

***Europapolitischer Antrag  
des CDU-Bundesvorstands  
an den 26. Parteitag***



**CDU**



1 **1.**

2 **Präambel**

3 **Für ein starkes Deutschland in einem starken Europa**

4 **1. Deutschlands Zukunft in Europa**

5 1.1 Europa der Werte – was uns eint

6 1.2 Gute Partnerschaften – Schlüssel zum Erfolg

7 1.3 Europa der Bürger – bürgernahes Europa

8 1.4 Gutes Regieren in Europa – Entscheidungsvorgänge  
9 verbessern

10 **2. Europas Wohlstand sichern –**  
11 **stabiler Euro, nachhaltige Wachstumschancen eröffnen,**  
12 **Beschäftigung schaffen**

13 2.1 Soziale Marktwirtschaft, Binnenmarkt und freier Handel –  
14 Grundlage für ein wettbewerbsfähiges Europa

15 2.2 Stabiler Euro und solide Haushalte – starkes Europa

16 2.3 Finanzmarktregulierung – streng und wirksam

17 2.4 Mittelstand und Industrie – für Beschäftigung und  
18 Wohlstand

19 2.5 Europäischer Arbeitsmarkt: Chancen der Freizügigkeit  
20 nutzen –

21 missbräuchliche Zuwanderung in soziale  
22 Sicherungssysteme verhindern

23 2.6 Forschung – in Europas Zukunft investieren

24 2.7 Verkehr – wir machen Europa mobil

25 2.8 Europäische Energieversorgung – stärker im Verbund

26 2.9 Europa fit machen für die digitale Zukunft

27 **3. Lebenswertes Europa**

28 3.1 Bildungszusammenarbeit stärken – Neue Chancen eröffnen

29 3.2 Nachhaltige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft –  
30 sichere Versorgung

31 3.3 Gemeinsame Verantwortung – Europäische Umwelt- und  
32 Klimapolitik

- 33 3.4 Verbraucherschutz und gute Lebensmittel –
- 34 Vertrauen in Märkte und Produkte stärken
- 35 3.5 Gesundheit in Europa – im Dienste der Menschen
- 36 3.6 Stadt, Land, Europa – Regionalpolitik für eine starke Heimat
- 37 3.7 Vielfalt in Kultur und Medien – Europas Reichtum
- 38 3.8 Generationengerechtes Europa – Bevölkerungswandel
- 39 gestalten
- 40 3.9 Menschen mit Behinderung – für ein gutes Miteinander
- 41 3.10 Ehrenamt und Bürgerbeteiligung – Teilhabe und
- 42 Verantwortung
- 43 3.11 Kirchen und Religionsgemeinschaften – Glaube achten,
- 44 Werte leben
- 45 3.12 Vertriebene und nationale Minderheiten – lebendige Vielfalt

#### 46 **4. Europa: In Freiheit und Sicherheit leben**

- 47 4.1 Grenzüberschreitende und Organisierte Kriminalität
- 48 wirksam bekämpfen
- 49 4.2 Offene Grenzen in Europa – sichere Außengrenzen
- 50 gewährleisten
- 51 4.3 Gemeinsame Flüchtlings- und Asylpolitik –
- 52 Schutzbedürftigen helfen
- 53 4.4 Verantwortungsbewusste Datenpolitik – Privatsphäre
- 54 schützen
- 55 4.5 Netzsicherheit erhöhen – Freiheit in einem sicheren Netz

#### 56 **5. Europas Verantwortung in der Welt**

- 57 5.1 Europäische Außen- und Sicherheitspolitik –
- 58 weltweit für Frieden und Menschenrechte
- 59 5.2 Festigung vor Erweiterung – Europas Zusammenhalt
- 60 stärken
- 61 5.3 Europäische Nachbarschaftspolitik – für Demokratie,
- 62 Stabilität und Wohlstand
- 63 5.4 Nachhaltige Entwicklung – globale Gerechtigkeit

64 **2.**

65 **Präambel**

66 **Für ein starkes Deutschland in einem starken Europa**

67 Bei der Europawahl 2014 werden die Weichen für das Europa von  
68 morgen gestellt. Die Menschen in der Europäischen Union stimmen  
69 darüber ab, wie sie künftig leben wollen. Die internationale  
70 Finanzkrise und die Euro-Schuldenkrise haben uns gezeigt: Auch  
71 Deutschland wird es auf Dauer nur gut gehen, wenn es Europa gut  
72 geht. Europa ist ein weltweit einmaliges Projekt der gemeinsamen  
73 Werte und des Friedens. Ohne die Europäische Union ist  
74 Deutschland für uns Deutsche heute nicht mehr vorstellbar.

75 Die anstehenden Herausforderungen einer sich immer stärker  
76 verzahnenden Welt werden wir nur in einem geeinten und starken  
77 Europa bestehen können. Wenn wir unsere Werte, unseren  
78 Lebensstil, unseren Wohlstand und unsere sozialen  
79 Errungenschaften bewahren wollen, brauchen wir ein starkes  
80 Europa. Wir wollen ein Europa, das sich zu seinen Werten und zu  
81 seinen christlich-abendländischen Wurzeln bekennt. Seit 2009 ist  
82 die Charta der Grundrechte in der Europäischen Union rechtlich  
83 verbindlich für die Arbeit der EU-Institutionen. Dies ist ein wichtiger  
84 Schritt für das Europa der Werte. In der Rechtspraxis muss die  
85 Charta der Grundrechte aber noch stärker mit Leben erfüllt werden.  
86 Mit unserem Bekenntnis zu Toleranz trägt die Europäische Union zu  
87 einem friedlicheren Miteinander der Regionen und Religionen der  
88 Welt bei. Ein starkes und selbstbewusstes Europa ist unsere  
89 Alternative zu den auf Unterdrückung, Fanatismus und Hass  
90 setzenden Regimen in anderen Teilen der Welt. Die CDU steht  
91 besonders mit ihren Bundeskanzlern Konrad Adenauer, Helmut  
92 Kohl und Angela Merkel konsequent für dieses geeinte Europa,  
93 durch das die Deutschen in Einigkeit und Recht und Freiheit leben  
94 können.

95 **3.**

96 Deshalb erneuern und bekräftigen wir Christlichen Demokraten  
97 unser Bekenntnis zu Europa aus voller Überzeugung. Wir kämpfen  
98 in der Wahl zum Europäischen Parlament entschlossen für ein  
99 starkes und wettbewerbsfähiges Europa. Dafür wollen wir in den  
100 kommenden fünf Jahren im Europäischen Parlament zusammen mit  
101 unseren Schwesterparteien in der Europäischen Volkspartei (EVP)  
102 die Weichen richtig stellen. Wir wollen, dass es 2019 den Menschen  
103 in allen Teilen der Europäischen Union besser geht als heute. Unser  
104 Ziel ist, dass so wie Deutschland auch Europa gestärkt aus der  
105 Krise kommt. Mit einer weltweit wettbewerbsfähigen Industrie,  
106 stabilen Finanzen in allen Mitgliedstaaten und mehr Investitionen in  
107 die Zukunft können wir dieses Ziel erreichen.

108 Wir wissen, dass dafür weitere Anstrengungen nötig sind. Wir  
109 wissen aber auch: Wenn wir zusammen diese Schritte gehen,  
110 machen wir Deutschland und Europa fit für die Zukunft. Dafür  
111 wollen wir gemeinsam mit den Menschen in unserem Land arbeiten.  
112 In diesem Programm haben wir festgehalten, was uns in Europa  
113 wichtig ist und wofür wir uns im deutschen Interesse in den  
114 nächsten fünf Jahren einsetzen wollen. Dabei kommt dem  
115 Europäischen Parlament eine besondere Bedeutung zu. In einem  
116 starken Parlament wollen wir mit einer starken deutschen Stimme  
117 unsere Interessen in Europa vertreten.

118 **4.**

## 119 **1. Deutschlands Zukunft in Europa**

### 120 **1.1 Europa der Werte – was uns eint**

121 Freiheit, Demokratie und soziale Sicherheit stehen für uns  
122 in Europa in einem unauflöselichen Zusammenhang. Die 500  
123 Millionen Einwohner des größten Binnenmarktes der Welt  
124 leben heute in Sicherheit und genießen überwiegend einen

125 hohen Lebensstandard. Europa strahlt weit über seine  
126 Grenzen hinaus Stabilität und Wohlstand aus.

127 Unser Alltag in Deutschland und Europa kennt keine  
128 Mauern und keine Schlagbäume. Wir können frei reisen,  
129 überall wohnen, lernen und arbeiten. Immer mehr  
130 Menschen nutzen diese Chancen. Für viele Jüngere ist es  
131 eine Selbstverständlichkeit geworden, einen Teil ihrer  
132 Ausbildung oder ihres Arbeitslebens im europäischen  
133 Ausland zu verbringen.

134 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg, 75 Jahre nach der  
135 Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und 25 Jahre nach  
136 dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Kalten  
137 Krieges, der Wiedervereinigung Deutschlands und des  
138 gesamten europäischen Kontinents nach Jahrzehnten der  
139 Trennung, ist es Zeit, einmal mehr klar und stolz zu sagen:  
140 Europa ist die Lehre aus den Fehlern der ersten Hälfte des  
141 20. Jahrhunderts. Europa ist die Antwort für die großen  
142 Herausforderungen im 21. Jahrhundert!  
143 Dies verpflichtet uns, den Weg der europäischen Einigung  
144 entschlossen fortzusetzen und uns weiter für ein friedliches  
145 und demokratisches Europa einzusetzen. Diese Aufgabe ist  
146 für uns sowohl eine Frage der Vernunft als auch eine  
147 Herzenssache.

148 **5.**

149 Wir stehen in den nächsten Jahren vor großen  
150 Herausforderungen. Von den über sieben Milliarden  
151 Menschen auf der Welt lebt heute nur noch gut jeder  
152 Hundertste in Deutschland. Die Europäische Union steht  
153 heute mit ihren etwas mehr als 500 Millionen Menschen  
154 noch für etwa sieben Prozent der Weltbevölkerung. Bis  
155 2050 wird die weltweite Bevölkerung auf über neun

156 Milliarden Menschen ansteigen, während die deutsche und  
157 europäische Bevölkerungszahl weiter zurückgeht. In einer  
158 immer stärker globalisierten Welt können wir unsere Werte  
159 und Interessen nur gemeinsam als Europäer wirksam  
160 vertreten. Deshalb will die CDU eine starke Europäische  
161 Union. Gemeinsam wollen wir Demokratie und die Soziale  
162 Marktwirtschaft international durchsetzen. Dazu brauchen  
163 wir in Europa die notwendigen Handlungsmöglichkeiten mit  
164 den entsprechenden Zuständigkeiten. Europa ist und bleibt  
165 entscheidend, damit wir die Herausforderungen der Zukunft  
166 meistern können. Nur wenn wir Europäer mit einer Stimme  
167 sprechen, werden wir auch zukünftig weltweit gehört.

168 **6.**

169 **1.2 Gute Partnerschaften – Schlüssel zum Erfolg**

170 Eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller EU-  
171 Mitgliedstaaten ist der Schlüssel zum gemeinsamen Erfolg.  
172 Wir wollen mit allen Partnern zusammen nach Wegen  
173 suchen, wie wir Europa stärken. Denn Europa gelingt nur  
174 gemeinsam, unabhängig von der Größe eines  
175 Mitgliedstaates. Aber wir wissen auch, dass die  
176 Europäische Integration immer wieder einen deutsch-  
177 französischen Motor braucht. Deshalb kommt der  
178 Partnerschaft mit unserem Nachbarn eine besondere  
179 Bedeutung zu. Die deutsch-französische Freundschaft ist in  
180 ihrer Breite und Tiefe einzigartig. Unsere Länder haben als  
181 starke Wirtschaftsnationen ein besonderes Interesse, aber  
182 auch besondere Möglichkeiten, die europäische Einigung  
183 weiter voranzubringen. Dieser Verantwortung wollen wir  
184 auch in Zukunft durch gemeinsame Initiativen im Interesse  
185 Europas gerecht werden. So wie z. B. Airbus als  
186 europäisches Gemeinschaftsprojekt ein Erfolg geworden  
187 ist, wollen wir auch neue deutsch-französische

188 Technologie-Projekte von der Weltraumforschung bis zur  
189 Weiterentwicklung des Schnellbahnnetzes entwickeln.

190 Wir wollen unsere Partnerschaft mit unserem Nachbarn  
191 Polen weiter vertiefen und die vielfältigen Beziehungen  
192 nutzen, um die persönlichen Begegnungen zwischen den  
193 Menschen auszubauen und die lebendigen wirtschaftlichen  
194 Beziehungen weiterzuentwickeln. Deutschland wird die  
195 trilaterale Zusammenarbeit mit Frankreich und Polen  
196 (Weimarer Dreieck) weiter ausbauen, um der europäischen  
197 Einigung neue Impulse zu geben.

198 **7.**

### 199 **1.3 Europa der Bürger – bürgernahes Europa**

200 Unser Europa muss stärker ein Europa der Bürger werden.  
201 Wir arbeiten für ein Europa, das den Menschen Chancen für  
202 ihr berufliches und privates Wohlergehen eröffnet. Dazu  
203 fördern wir den Austausch zwischen unseren Ländern und  
204 erleichtern auf diesem Weg die Begegnungen der  
205 Menschen. Daher setzen wir uns für das Erlernen von  
206 Fremdsprachen sowie für Austauschprogramme von  
207 Jugendlichen, Arbeitnehmern, Studenten und Forschern in  
208 Europa ein. Das Deutsch-Französische Jugendwerk und  
209 das Deutsch-Polnische Jugendwerk werden wir als  
210 entscheidende Elemente der europäischen Verständigung  
211 weiter intensiv fördern. Wer die Sprache und Kultur des  
212 Nachbarn kennt, baut leichter Freundschaften über Grenzen  
213 hinweg auf. Neue Partnerschaften zwischen deutschen und  
214 europäischen Städten wollen wir anstoßen und bestehende  
215 mit neuem Leben füllen, um den europäischen Gedanken  
216 und das Verständnis füreinander in der unmittelbaren  
217 Begegnung der Menschen untereinander zu stärken. Ziel  
218 muss es sein, bei den Menschen mehr Begeisterung für die  
219 europäische Idee zu wecken.



220 Obwohl für immer mehr Bürger Europa im Alltag  
221 selbstverständlich ist, erscheint die Europäische Union mit  
222 ihren zahlreichen Behörden vielen Bürgern auch als fernes  
223 Gebilde, das wenig mit ihrer persönlichen  
224 Lebenswirklichkeit zu tun hat. Wir wollen daher mit unserer  
225 Politik das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union  
226 wieder stärken. Wir wollen ein Europa, das den Bürgern  
227 dient.

228 **8.**

#### 229 **1.4 Gutes Regieren in Europa – Entscheidungsvorgänge** 230 **verbessern**

231 Unser Leitbild ist ein bürgernahes und lebendiges Europa,  
232 das die Lebensqualität in den Regionen sichert und die  
233 unterschiedlichen Lebensarten achtet. Für uns gilt: Nicht  
234 jede Aufgabe in Europa ist auch eine Aufgabe für Europa.  
235 Europa darf sich nicht verzetteln, sondern muss sich auf  
236 die Aufgaben konzentrieren, die nur gesamteuropäisch  
237 bewältigt werden können. Wir haben erfolgreich die  
238 Regulierung von Ölkännchen in Restaurants oder  
239 Sonnenschirmen in Biergärten verhindert und werden uns  
240 auch gegen die Überregulierung von Duschköpfen  
241 einsetzen. Wir wollen, dass die Europäische Union tätig  
242 wird, wenn sie wirksamer handeln kann als die  
243 Mitgliedstaaten mit ihren Regionen und Kommunen. Mehr  
244 Europa muss aber nicht heißen, dass der höchste Standard  
245 zum Maßstab für alle wird. Die einzelnen Mitgliedstaaten  
246 dürfen nicht überfordert werden.

247 Unser Grundgesetz verwehrt den direkten Durchgriff des  
248 Bundes auf die Kommunen. Dies muss auch für die EU  
249 gelten. Der EU-Vertrag selbst sieht die ausdrückliche  
250 Anerkennung kommunaler und regionaler Selbstverwaltung

251 (Europa der Regionen) vor. Er hat den nationalen  
252 Parlamenten darüber hinaus die Möglichkeit gegeben,  
253 Verstöße gegen das Subsidiaritätsprinzip zu rügen. Deshalb  
254 müssen die nationalen Parlamente eng kooperieren, um  
255 sich in den notwendigen Fällen auf eine gemeinsame  
256 Position zu einigen. Wir brauchen eine wirksame  
257 Regulierungsbremse: Wenn nationale Parlamente eine  
258 Verletzung des Subsidiaritätsprinzips feststellen, sollten  
259 das Europäische Parlament oder die nationalen  
260 Regierungen über den Ministerrat ihr Recht wahrnehmen,  
261 das Gesetzgebungsverfahren zu beenden.

262 Die Entscheidungsvorgänge der Europäischen Union  
263 müssen gestrafft und nachvollziehbarer werden. Wir wollen  
264 daher die EU-Gesetzgebung vereinfachen und eine  
265 unabhängige Gesetzesfolgeabschätzung einführen sowie  
266 die Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und  
267 ihren Mitgliedstaaten – wenn nötig – neu ordnen. Zur  
268 Stärkung einer bürgernahen und demokratisch verfassten  
269 Politischen Union muss auch eine Rückführung von  
270 Zuständigkeiten auf die nationale Ebene möglich sein.

## 271 **9.**

272 Die neue Europäische Kommission muss sich bei ihren  
273 Gesetzgebungsvorschlägen auf die wirklich notwendigen  
274 Aufgaben konzentrieren. Auch das Europäische Parlament  
275 und der Ministerrat müssen als Gesetzgeber diesem Ziel  
276 folgen. Das Europäische Parlament und der Europäische  
277 Rat sollten den Kommissionspräsidenten vor seiner Wahl  
278 auf dieses Ziel verpflichten. Wir fordern zudem, dass die  
279 neue Europäische Kommission eine begrenzte Zahl von  
280 Vizepräsidenten erhält. Bei ihnen sollen die einzelnen  
281 Fachzuständigkeiten gebündelt und ihnen die übrigen EU-  
282 Kommissare fachlich unterstellt werden. Die Kommission

283 braucht ein effizientes Kollegium mit klaren  
284 Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Langfristig  
285 wollen wir zu einer Direktwahl des  
286 Kommissionspräsidenten kommen.

287 **10.**

288 Die Entscheidung über die Übertragung von  
289 Zuständigkeiten von der nationalen Ebene auf die  
290 europäische Ebene muss bei den EU-Mitgliedstaaten  
291 verbleiben. Die CDU will auch schwer zu durchschauende  
292 und schwer zu handhabende Regelungen vermeiden.  
293 Deshalb ziehen wir, im Falle europäischer  
294 Regelungsnotwendigkeit im Sinne der  
295 Gemeinschaftsmethode EU-Recht zwischenstaatlichen  
296 Vereinbarungen vor, die als Übergangslösung manchmal  
297 notwendig sind.

298 **11.**

299 Europapolitische Entscheidungen greifen oft tief in die  
300 Lebensgestaltung der Bürger ein. Für die Akzeptanz  
301 Europas ist es daher wichtig, die demokratische  
302 Legitimation zu stärken und Entscheidungen  
303 nachvollziehbarer zu gestalten. Unser Ziel ist außerdem,  
304 das Europäische Parlament zu stärken, indem es langfristig  
305 ein eigenes Initiativrecht erhält: Nicht nur die Kommission,  
306 sondern auch die von den Bürgern Europas gewählten  
307 Abgeordneten sollen eigene Gesetzesvorschläge  
308 einbringen können.

309 Die EU-Verträge müssen auch die wachsende europäische  
310 Zusammenarbeit widerspiegeln. Die notwendige Vertiefung  
311 der wirtschaftspolitischen Abstimmung in der Eurozone  
312 und der Aufbau einer Bankenunion sind Beispiele für eine

313 engere Zusammenarbeit, die Anpassungen der Verträge  
314 erfordern werden.

315 **12.**

316 **2. Europas Wohlstand sichern – stabiler Euro, nachhaltige**  
317 **Wachstumschancen eröffnen, Beschäftigung schaffen**

318 Wir wollen, dass Europa auch künftig im globalen  
319 Wettbewerb eine führende Rolle spielt. Nur so ist vieles,  
320 was wir als Freiheiten, Sicherheiten und Wohlstand im  
321 Alltag genießen, auch in Zukunft möglich. Heute leisten die  
322 Bürger in der Europäischen Union Beträchtliches für  
323 Wohlstand und soziale Sicherheit: Obwohl nur sieben  
324 Prozent der Weltbevölkerung in der Europäischen Union  
325 leben, produzieren wir Europäer 25 Prozent des weltweiten  
326 Bruttoinlandsprodukts und haben 50 Prozent aller  
327 Sozialleistungen auf der Welt. Gleichzeitig finden heute  
328 90 Prozent des weltweiten Wachstums außerhalb Europas  
329 statt. Diese Zahlen spiegeln die Herausforderung wider, vor  
330 der wir Europäer in der Zukunft gemeinsam stehen. Wir  
331 müssen die Weichen so stellen, dass wir unseren heutigen  
332 Lebensstandard auch künftig erwirtschaften und langfristig  
333 durch solide Finanzen, Zukunftsinvestitionen und  
334 Wachstum sichern können. Damit legen wir auch die beste  
335 Grundlage für die Schaffung von Arbeitsplätzen und zur  
336 Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit.

337 **13.**

338 Die letzte Europawahl fand 2009 statt. Damals hatte die  
339 internationale Finanz- und Wirtschaftskrise Deutschland  
340 und Europa stark getroffen. Deutschland erlebte den  
341 stärksten Wirtschaftseinbruch seit dem Zweiten Weltkrieg.  
342 Unser Land hat diese Krise eindrucksvoll überwunden.  
343 Unsere Wirtschaftskraft ist seit 2009 um fast 10 Prozent  
344 gewachsen und noch nie hatten so viele Menschen in

345 unserem Land eine Beschäftigung. Wir haben die  
346 Schuldenbremse im Grundgesetz verankert und seit Jahren  
347 die Neuverschuldung zurückgefahren. Der Bundeshaushalt  
348 für 2015 soll ganz ohne neue Schulden auskommen. Das ist  
349 ein Erfolg, den seit 40 Jahren keine Bundesregierung mehr  
350 erzielt hat. Damit halten wir nicht nur unsere nationale  
351 Schuldenbremse vorzeitig ein, sondern sind auch Vorbild  
352 für andere Länder.

353 Auch Europa hat in dieser Zeit schwierige Jahre  
354 durchgemacht. Die aus der Verschuldungskrise folgende  
355 tiefe Vertrauenskrise war ein Weckruf zur rechten Zeit. Die  
356 Krise hat seit 2010 in einigen Staaten der Eurozone  
357 offengelegt, dass wirtschaftliche Stärke auf Pump nicht  
358 nachhaltig ist. Heute sind wir in Europa auf dem Weg zu  
359 Stabilität und Wachstum ein gutes Stück vorangekommen.  
360 Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern haben wir  
361 große Anstrengungen unternommen und konnten so  
362 insbesondere die Eurozone stabilisieren. Wir haben das  
363 Fundament des Euro gefestigt, Schwachstellen bei der  
364 Einführung des Euro überwunden, den Stabilitäts- und  
365 Wachstumspakt gestärkt sowie um den Fiskalpakt ergänzt.

366 **14.**  
367 Der dauerhafte Europäische Rettungsschirm ESM  
368 funktioniert. Das Konzept „Hilfe zur Selbsthilfe“ wirkt –  
369 Unterstützung und Hilfe sowie Strukturreformen in den  
370 betroffenen Staaten und Konsolidierung der Finanzen sind  
371 zwei Seiten ein und derselben Medaille. Dadurch gibt es  
372 bereits spürbare Erfolge: Mit Irland und Spanien können  
373 zwei Länder die Früchte ihres Reformkurses ernten und die  
374 europäischen Hilfsprogramme verlassen. Auch in Portugal,  
375 Zypern und Griechenland gibt es erkennbare  
376 Verbesserungen.

377 Auch bei der Entwicklung eines stabilen und  
378 verantwortungsvollen Finanzsystems sehen wir große  
379 Fortschritte. Wir haben die europäische Bankenunion auf  
380 den Weg gebracht und auf den Finanzmärkten zahlreiche  
381 Tätigkeitsfelder und Produkte neu oder schärfer reguliert.  
382 So werden beispielsweise Rating-Agenturen schärfer  
383 überwacht, der Derivate-Handel ist transparenter geworden  
384 und Banken müssen mehr Eigenkapital vorhalten, mit dem  
385 sie selbst haften. Zudem gibt es nun auch strikere Grenzen  
386 für die Vergütung ihrer Manager. Damit wollen wir  
387 Gehaltsexzessen, die an den kurzfristigen Erfolg der Bank  
388 anknüpfen, künftig einen Riegel verschieben. Es ist  
389 grundlegend falsch und entspricht nicht unserem Bild der  
390 Sozialen Marktwirtschaft, wenn angestellte Manager – in der  
391 Finanzindustrie oder außerhalb – mit waghalsigen  
392 Geschäften extrem hohe Einkommen erzielen können, ohne  
393 im Gegenzug für Verluste aus diesen Geschäften haften zu  
394 müssen.

395 **15.**

396 Weil wir entschlossen und umsichtig gehandelt haben, ist  
397 der Euro weiterhin eine weltweit geschätzte Währung. Er ist  
398 heute neben dem US-Dollar die wichtigste Währung  
399 weltweit. Unsere gemeinsame Währung ist auch für die  
400 neueren EU-Mitgliedstaaten nach wie vor attraktiv –  
401 Lettland ist zum 1. Januar 2014 als 18. Mitglied der  
402 Eurozone beigetreten.

403 Damit das so bleibt, brauchen wir auch in Zukunft solide  
404 Staatshaushalte. Dafür ist jeder EU-Mitgliedstaat selbst  
405 verantwortlich. Einer Schuldenvergemeinschaftung treten  
406 wir entschieden entgegen. Die nationalen  
407 Entscheidungskompetenzen und Haftung gehören

408 zusammen. Nationale Entscheidungen über die Haushalte  
409 und länderübergreifende, gemeinsame Haftung für die  
410 Folgen dieser Entscheidungen sind unvereinbar.  
411 Eurobonds und Schuldentilgungsfonds lehnen wir deshalb  
412 ab.

413 **16.**

## 414 **2.1 Soziale Marktwirtschaft, Binnenmarkt und freier Handel –**

### 415 **Grundlagen für ein wettbewerbsfähiges Europa**

416 Unser Leitbild für Deutschland und Europa ist die Soziale  
417 Marktwirtschaft. Sie ermöglicht Wohlstand und soziale  
418 Sicherheit. Denn sie baut auf zwei Säulen auf: Auf tüchtige,  
419 verantwortungsvolle Bürger und auf einem verlässlichen,  
420 handlungsfähigen Staat. Soziale Marktwirtschaft  
421 bevormundet die Bürger nicht, sondern traut ihnen etwas  
422 zu. So verbindet Soziale Marktwirtschaft in einzigartiger  
423 Weise die Vorteile einer Marktwirtschaft mit der  
424 Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit und ökologischen  
425 Verantwortung. Sie führt Leistung, Verantwortung und  
426 Solidarität zusammen. Sie ist daher die beste  
427 Wirtschaftsordnung für freie Menschen in einer  
428 solidarischen Gesellschaft.

429 **17.**

430 *Europäischer Binnenmarkt – eingebunden in den*  
431 *weltweiten Freihandel*

432 Mit wettbewerbsfähigen Produkten und Dienstleistungen  
433 kann Europa auch in Zukunft weltweit erfolgreich sein.

434 Dafür brauchen wir fairen Wettbewerb, nicht die  
435 Abschottung von Märkten und Branchen.

436 Der Europäische Binnenmarkt ist so erfolgreich, weil er  
437 europaweit einheitliche Wettbewerbsbedingungen für die  
438 Unternehmen geschaffen hat: Aus 150 000

439 unterschiedlichen nationalen Industrienormen und  
440 technischen Standards entstanden durch den  
441 Europäischen Binnenmarkt rund 19 000 verlässliche EU-  
442 Normen – eine bedeutende Erleichterung für den  
443 exportorientierten Mittelstand. Aus einer Vielzahl  
444 unterschiedlicher nationaler Patente wurde ein  
445 europäischer Patentschutz. Aus unübersichtlichen  
446 nationalen Überweisungs- und Gebührensystemen wurde  
447 ein einheitlicher europäischer Zahlungsraum. Aus  
448 ehemaligen Staatsmonopolen entstanden durch  
449 Liberalisierungen bei Energie, Postdiensten und Bahn  
450 unzählige neue Unternehmen, die tausende  
451 wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen haben.

## 452 **18.**

### 453 *Transatlantische Handels-und Investitionspartnerschaft* 454 *und Internationaler Freihandel*

455 Die CDU will Handelsbeschränkungen weltweit abbauen  
456 und den internationalen Freihandel stärken. So begrüßen  
457 wir die Ende 2013 erzielten Fortschritte bei der  
458 sogenannten „Doha-Runde“. Wir wollen deren Fortführung,  
459 damit eine weitere Öffnung der Märkte und eine stärkere  
460 Einbeziehung der Entwicklungsländer in den Welthandel  
461 erreicht wird.

462 Wir wollen die Erfolgsgeschichte des EU-Binnenmarktes  
463 um eine Transatlantische Handels-und  
464 Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den USA erweitern.  
465 Eine nordatlantische Freihandelszone schafft den weltweit  
466 größten Wirtschaftsraum. Damit sorgt sie für Wachstum  
467 und Beschäftigung auf beiden Seiten des Atlantiks.  
468 Bewährte Verbraucher-, Daten- und Umweltschutzniveaus  
469 der EU müssen dafür Grundlage sein. Wir sehen es



470 ebenfalls als unsere Aufgabe an, die kulturelle Vielfalt zu  
471 schützen.

472 **19.**

## 473 **2.2 Stabiler Euro und solide Haushalte – starkes Europa**

474 Die Eurozone ist für unsere Wirtschaft und unsere  
475 Arbeitsplätze von zentraler Bedeutung. Knapp 40 Prozent  
476 der deutschen Ausfuhren gehen in die Länder der  
477 Eurozone. Auch der Euro selbst ist eine weltweit  
478 nachgefragte Währung: Zwei Drittel aller deutschen Exporte  
479 in Länder außerhalb der EU werden in Euro bezahlt. Gerade  
480 für kleine und mittlere Unternehmen bedeutet das eine  
481 enorme Erleichterung bei internationalen Geschäften. Sie  
482 müssen sich Dank des Euro nicht mehr mit einer  
483 unübersichtlichen Anzahl von Wechsel- und  
484 Umrechnungskursen beschäftigen und keine komplizierten  
485 Geschäfte zur Absicherung der Währung betreiben. Unsere  
486 Unternehmen können sich damit auf das Wesentliche  
487 konzentrieren: hervorragende Produkte herzustellen, die  
488 weltweit gefragt sind. Dadurch schaffen sie sichere  
489 Arbeitsplätze und tragen entscheidend zum Wohlstand  
490 unseres Landes bei.

491 *Europa braucht eine stabile Währung*

492 Der Euro stärkt die Wirtschaft und macht Deutschland  
493 international wettbewerbsfähiger. Beides sind zentrale  
494 Voraussetzungen für Millionen gut bezahlter Arbeitsplätze  
495 und unseren Wohlstand insgesamt. Der Euro schafft aber  
496 auch politische Stabilität, indem er Europa zur  
497 Geschlossenheit nach innen und zu gemeinsamen  
498 Positionen nach außen bringt. Der Euro ist deshalb mehr  
499 als eine Währung. Er ist ein großes Gemeinschaftsprojekt  
500 und für eine gute Zukunft Europas unverzichtbar.

501 Eine Politik, die sich vom Euro abwendet und eine  
502 Rückkehr zu nationalen Währungen oder neue Experimente  
503 fordert, ist nicht nur rückwärtsgewandt, sondern  
504 ökonomisch und politisch völlig unverantwortlich: Sie  
505 gefährdet unseren wirtschaftlichen Wohlstand und das  
506 friedliche Zusammenleben der Völker in Europa. Deshalb  
507 arbeiten wir auch in Zukunft für einen starken Euro und  
508 stabile Preise.

509 **20.**

510 Für eine stabile Währung ist die Unabhängigkeit der  
511 Europäischen Zentralbank unverzichtbar. Sie hat dafür  
512 gesorgt, dass auch in der Krise ein hohes Maß an  
513 Preisstabilität und Kaufkraft herrschte. Die Preise sind in  
514 Deutschland seit Einführung des Euro stabiler als zu Zeiten  
515 der Deutschen Mark. Auch der Wert des Euro gegenüber  
516 dem US-Dollar ist in den vergangenen 13 Jahren deutlich  
517 gestiegen. Damit der Euro starkbleibt, treten wir für den  
518 weiteren Abbau der Neuverschuldung, ausgeglichene  
519 Haushalte in allen EU-Mitgliedstaaten sowie die strikte  
520 Einhaltung nationaler Schuldenbremsen ein. Wir wollen,  
521 dass alle Staaten, die den Euro eingeführt haben, diesen  
522 auch gemeinsam verteidigen. Denn eine gemeinsame  
523 Währung ist ein unverzichtbares Instrument im  
524 internationalen Handel und in der weltweiten  
525 Währungspolitik.

526 **21.**

527 *Solidarität für Solidität*

528 Wir bekennen uns zur Solidarität mit unseren europäischen  
529 Partnern. Deshalb unterstützen wir Euroländer, die aus  
530 eigener Kraft nicht aus der Krise kommen. Wir wollen, dass  
531 sie schnell wieder auf eigenen Füßen stehen können. Dabei  
532 handeln wir nach dem Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“:

533 Jedes Land ist zunächst selbst gefragt, bevor es  
534 Unterstützung aus dem Rettungsschirm erhalten kann.  
535 Voraussetzung ist zudem, dass das Land langfristig seine  
536 Schulden allein tragen kann.

537 Solidarische Hilfe kann aber nur dann nützen, wenn die  
538 Krisenländer konsequent an der Beseitigung der Ursachen  
539 arbeiten. Deshalb dürfen Hilfen nur im Gegenzug zu strikten  
540 Auflagen gewährt werden. Dazu gehört die Pflicht,  
541 Schuldenberge abzubauen und die eigene  
542 Wettbewerbsfähigkeit durch Reformen und  
543 Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und  
544 Technologie zu steigern. Die Troika aus Europäischer  
545 Zentralbank, Europäischer Kommission und  
546 Internationalem Währungsfonds unterstützt und überwacht  
547 die Länder bei ihren Reformanstrengungen. Ihre Arbeit ist  
548 unverzichtbar.

549 Die Krise ist für die betroffenen Länder eine Chance,  
550 überfällige wirtschafts- und sozialpolitische Reformen  
551 anzugehen. Die finanz- und wirtschaftspolitischen Auflagen  
552 sind notwendig, um die Krisenländer auf einen  
553 nachhaltigen Wachstumspfad zu bringen. Nur so helfen wir  
554 den betroffenen Ländern, dauerhaft echtes Wachstum und  
555 damit auch Wohlstand für ihre Bürger zu erreichen. Die  
556 Erfolgsbeispiele Irland und Spanien zeigen, dass der von  
557 uns eingeschlagene Weg der richtige Weg aus der Krise ist.  
558 Auch einige mittel- und osteuropäische Staaten haben in  
559 den letzten Jahren bewiesen, dass eine konsequente  
560 Reformpolitik auf einen stabilen Wachstumspfad führen  
561 kann.

562 **22.**

563 *Reformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit*

564 Viele Menschen in den Krisenstaaten müssen noch  
565 erhebliche Opfer für die fehlerhafte Politik früherer Jahre in  
566 ihren Ländern erbringen. Besonders bedrückend ist die  
567 hohe Arbeitslosigkeit von jungen Menschen in Europa.  
568 Betroffen sind häufig nicht diejenigen, die zuvor von der auf  
569 Pump finanzierten Scheinblüte profitiert haben. Umso mehr  
570 ist Europa diesen Menschen verpflichtet, jetzt kraftvoll zu  
571 handeln. Die wirtschafts- und finanzpolitischen  
572 Fehlentwicklungen der Vorkrisenjahre müssen grundlegend  
573 beseitigt werden. Das erfordert nicht nur Reformen in den  
574 Krisenstaaten, sondern auch an der EU und der Eurozone  
575 selbst.

576 **23.**

577 *Bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik*

578 Wir wollen deshalb, dass die in den letzten Jahren  
579 beschlossenen Reformen im Zuge des Stabilitäts- und  
580 Wachstumspaktes konsequent umgesetzt werden. Wir  
581 brauchen zudem eine stärkere Abstimmung in der  
582 Wirtschaftspolitik der Euroländer, um eine dauerhaft  
583 krisenfeste Wirtschafts- und Währungsunion zu schaffen.  
584 Dazu müssen wir die Unterschiede in der Wirtschaftskraft  
585 der Länder der Währungsunion abbauen, indem wir die  
586 notwendigen Reformen in allen Euroländern durchführen  
587 und unter allen Euroländern künftig früher und besser  
588 abstimmen. Soweit es hier um nationale Zuständigkeiten  
589 geht, wollen wir dies mit verbindlichen vertraglichen  
590 Vereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten und der  
591 Europäischen Kommission erreichen. Die EU-Staaten sollen  
592 sich im Rahmen des Europäischen Semesters mit der  
593 Europäischen Kommission auf konkrete Maßnahmen  
594 verständigen, um ihre Situation zu verbessern. Dabei ist es

595 unser Ziel, die Schwachen zu stärken und die Leistung der  
596 Besten zum Maßstab für alle zu machen. Wir wenden uns  
597 energisch gegen eine Bestrafung derer, die heute schon  
598 erfolgreich sind.

599 Wir wollen, dass die Euroländer künftig in allen Bereichen  
600 der Wirtschaftspolitik besser zusammenarbeiten. Dafür  
601 müssen wir langfristig die EU-Verträge anpassen. Auch die  
602 parlamentarischen Beratungsmöglichkeiten innerhalb des  
603 Europäischen Parlamentes müssen dafür gestärkt werden.  
604 Nur so können wir Verfahren und Institutionen auch  
605 demokratisch verankern. Bei allen Maßnahmen für eine  
606 engere Zusammenarbeit der Euroländer werden wir die  
607 Einheit der EU erhalten. Wir wollen weiterhin den  
608 gemeinsamen EU-Binnenmarkt von Euroländern und Nicht-  
609 Euroländern. Klar ist außerdem: Die Tür zur Eurozone ist  
610 auch in Zukunft für alle EU-Mitgliedstaaten offen, die die  
611 notwendigen Kriterien erfüllen.

## 612 **24.**

613 *Keine Schuldenunion, keine Transferunion*

614 Nationale Verantwortung für den Haushalt und  
615 länderübergreifende, gemeinsame Haftung sind  
616 unvereinbar. Solange jeder Staat im Rahmen seiner  
617 Haushaltspolitik eigenverantwortlich über Einnahmen und  
618 Ausgaben entscheidet, ist eine Haftungsgemeinschaft für  
619 Staatsschulden unverantwortlich. Eine systematische  
620 Vergemeinschaftung der Schulden wird es mit der CDU  
621 nicht geben. Eurobonds oder Schuldentilgungsfonds, wie  
622 sie andere fordern, lehnen wir deshalb ab. Eine  
623 gemeinsame Haftung aller Euroländer für die  
624 Staatsschulden ohne Entscheidungszuständigkeit würde  
625 jeden Anreiz zu Reformen nehmen. In einer Schuldenunion  
626 gleichen sich am Ende alle dem Schwächsten an. Für uns

627 aber muss der Stärkste der Maßstab sein. Gemeinsame  
628 Haftung setzt gemeinsame Haushalts- und Finanzpolitik  
629 voraus. Davon sind wir noch weit entfernt.

630 **25.**

631 *Haushaltsregeln strikt einhalten*

632 Die hohen Staatsschulden der Euroländer müssen weiter  
633 zurückgeführt werden. Das ist eine der Lehren aus den  
634 letzten Jahren. In einer gemeinsamen Währung kann nicht  
635 jeder so viele Schulden machen wie er will, wenn nicht die  
636 Gemeinschaft als Ganzes in Gefahr geraten soll. Deshalb ist  
637 es notwendig, dass wir künftig die Haushalte und die  
638 Schuldenentwicklung in den einzelnen Euroländern besser  
639 überwachen. Denn nur mit soliden Haushalten schaffen wir  
640 nachhaltiges Wachstum in allen Mitgliedstaaten der  
641 Währungsunion.

642 Die neuen Regeln, die wir mit dem gestärkten Stabilitäts-  
643 und Wachstumspakt und dem Europäischen Fiskalvertrag  
644 geschaffen haben, müssen wir konsequent durchsetzen.  
645 Wer gegen die vereinbarten Grenzwerte des Stabilitäts- und  
646 Wachstumspaktes verstößt, muss mit Sanktionen rechnen.  
647 Die Möglichkeiten der Europäischen Kommission zur  
648 Kontrolle der nationalen Haushalte wollen wir weiter  
649 stärken. Die Kommission muss Haushalte, die nicht den  
650 EU-Schuldenkriterien entsprechen, zurückweisen können.

651 **26.**

652 *Sparsame Haushaltsführung – Vorfahrt für Investitionen in  
653 die Zukunft*

654 Wir wollen, dass die EU sparsam mit dem Geld der  
655 Steuerzahler umgeht und es nur für die Aufgaben ausgibt,  
656 die Europa voranbringen. Bei der Überprüfung des  
657 Mehrjährigen Finanzrahmens im Jahr 2016 muss deshalb

658 der Schwerpunkt des EU-Haushaltes noch stärker auf  
659 Wachstum, Beschäftigung und Innovation gesetzt werden.  
660 Automatisch steigende Ausgaben darf es auch auf  
661 europäischer Ebene nicht geben.

662 Solide Finanzen sind eine Seite des wirtschaftlichen  
663 Erfolgs. Die andere Seite sind sinnvolle Investitionen in die  
664 Zukunft. Die CDU setzt sich deshalb nachdrücklich dafür  
665 ein, dass der im Jahr 2012 geschlossene Pakt für  
666 Wachstum und Beschäftigung umgesetzt wird. Zusammen  
667 mit dem Fiskalpakt ist er zentraler Bestandteil unserer  
668 Politik für nachhaltiges Wachstum.

669 Wir wollen zudem dafür sorgen, dass die Fördermittel der  
670 Europäischen Union stärker auf Projekte ausgerichtet  
671 werden, die die Wettbewerbsfähigkeit steigern und  
672 Arbeitsplätze schaffen. Das gilt ganz besonders für  
673 Maßnahmen gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in  
674 vielen europäischen Krisenländern.

## 675 **27.**

### 676 *Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuervermeidung*

677 Jeder Steuerpflichtige muss seinen Anteil am  
678 Steueraufkommen tragen. Wer Steuern hinterzieht oder  
679 Steuerzahlungen auf unfaire Weise vermeidet, betrügt nicht  
680 nur den Staat, sondern die Gesellschaft als Ganze. Deshalb  
681 haben wir in Deutschland die Gesetze gegen  
682 Steuerhinterziehung massiv verschärft und mit zahlreichen  
683 internationalen Abkommen dafür gesorgt, dass  
684 Steueroasen durch eine bessere internationale  
685 Zusammenarbeit trocken gelegt werden können.

686 Wir werden den Kampf gegen Steuerbetrug und aggressive  
687 Steuervermeidungsstrategien auch weiterhin entschlossen

688 führen. In einer Welt der offenen Grenzen brauchen wir  
689 dafür eine stärkere Zusammenarbeit in Europa. Damit sich  
690 nicht einzelne Bürger zulasten der Gemeinschaft der  
691 ehrlichen Steuerzahler ihrer Steuerpflicht in einem Staat  
692 entziehen können, wollen wir den automatisierten  
693 steuerlichen Informationsaustausch ohne Wenn und Aber  
694 zwischen allen europäischen Staaten und darüber hinaus  
695 international etablieren.

696 **28.**

697 Bei unseren europäischen Partnern werden wir uns dafür  
698 einsetzen, gemeinsam Gestaltungsmöglichkeiten im  
699 Steuerrecht zu reduzieren. Wir wollen vor allem  
700 unterbinden, dass sich internationale Unternehmen  
701 Steuervorteile verschaffen, indem sie die europaweite  
702 Niederlassungsfreiheit und die unterschiedliche  
703 Besteuerung in Europa geschickt ausnutzen.

704 Zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs treten wir auf  
705 europäischer Ebene weiterhin für eine konsequente  
706 Nutzung des sogenannten Reverse-Charge-Verfahrens ein.  
707 Bei diesem Verfahren geht die Steuerschuld bei der  
708 Umsatzsteuer unter bestimmten Voraussetzungen vom  
709 Leistungserbringer auf den Kunden über.

710 Europäische Regelungen zur Verbesserung und  
711 Vereinfachung des Steuerrechts werden wir vorantreiben,  
712 insbesondere durch eine europaweite Gemeinsame  
713 Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage.



714 **29.**

715 *Effiziente Strafverfolgung bei grenzüberschreitenden*  
716 *Finanzdelikten*

717 Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, eine  
718 Europäische Staatsanwaltschaft (EStA) zu schaffen. Diese  
719 soll in der EU „Straftaten gegen die finanziellen Interessen  
720 der EU“ verfolgen. Wir stehen diesem Vorschlag  
721 aufgeschlossen gegenüber. Es ist gerade auch im Interesse  
722 der deutschen Steuerzahler, beim Umgang mit EU-Mitteln in  
723 manchen anderen Mitgliedstaaten in Zukunft besser  
724 hinschauen zu können. Voraussetzung ist dabei für uns:  
725 Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und dem  
726 Subsidiaritätsprinzip muss die nationalstaatliche  
727 Strafverfolgung weiterhin die Regel bleiben. Wir werden  
728 deshalb genau darauf achten, dass die Zuständigkeit klar  
729 und rechtssicher definiert ist und keine Doppelstrukturen  
730 entstehen. Zudem muss gewährleistet sein, dass es weder  
731 zu Lücken bei der Strafverfolgung noch zu Doppelverfahren  
732 kommt.

733 **30.**

734 **2.3 Finanzmarktregulierung – streng und wirksam**

735 Soziale Marktwirtschaft bedeutet: Die Wirtschaft muss dem  
736 Menschen dienen. Das wollen wir auch für die Finanzmärkte  
737 durchsetzen. Für uns gilt erstens: Der Zusammenhang  
738 zwischen Entscheidung und Haftung muss gerade im  
739 Finanzmarkt gelten. Wer die Freiheit will, mit riskanten  
740 Geschäften hohe Gewinne zu erzielen, muss auch dafür  
741 einstehen, wenn es schief geht. Zweitens sagen wir: Wir  
742 wollen Regeln für jedes Produkt und jeden Akteur auf  
743 jedem Finanzmarkt. Beim Aufbau dieser Regeln sind wir gut  
744 vorangekommen. Deutschland ist dabei nicht nur Vorreiter  
745 in der nationalen Umsetzung, sondern auch in Europa  
746 treibende Kraft.

747 Wir haben uns erfolgreich für einheitliche europäische  
748 Mindeststandards in der nationalen Einlagensicherung  
749 eingesetzt. Unser bewährtes deutsches System, das über  
750 die europäischen Mindestanforderungen hinausgeht,  
751 wollen wir erhalten. Europa als Ganzes nützt es, wenn  
752 oberhalb der Mindeststandards ein funktionierender  
753 Wettbewerb um die beste Lösung im Sinne der Sparer  
754 stattfindet. Wir wollen außerdem nicht, dass deutsche  
755 Sparer für die Einlagen in anderen Ländern haften.

756 **31.**

757 Unser Ziel sind strenge Regeln für die Finanzmärkte, auf die  
758 sich Sparer und Investoren verlassen können. Dabei kommt  
759 es nicht darauf an, dass es besonders viele Regeln gibt.  
760 Wichtig ist, dass die Regeln wirksam sind. Deshalb werden  
761 wir insbesondere bei neuen Regulierungen darauf achten,  
762 ob diese notwendig und zielführend sind. Wir wollen  
763 zudem, dass die EZB und die europäische Bankenaufsicht  
764 die verschiedenen Regulierungsmaßnahmen auf  
765 Praktikabilität und Zielgenauigkeit überprüfen.

766 Wir wollen am bewährten Universalbankensystem  
767 festhalten und in Europa gemeinsam verhindern, dass sich  
768 Finanzmarktakteure durch Verlagerung in den  
769 Schattenbankensektor ihrer Verantwortung entziehen. Wir  
770 wollen nicht, dass Zweckgesellschaften, Geldmarktfonds  
771 oder Hedgefonds klassische Bankgeschäfte außerhalb des  
772 regulierten Bankensektors abwickeln. Sonst entstehen  
773 neue Risiken, die mit allen bisherigen und künftigen  
774 Regulierungsmaßnahmen gerade vermieden werden sollen.

775 Wir setzen uns auch künftig dafür ein, dass bei  
776 europäischen Finanzmarktregeln nationale Besonderheiten

777 berücksichtigt werden. Dazu zählt etwa unser bewährtes  
778 Drei-Säulen-System aus Privatbanken,  
779 Genossenschaftsbanken und Sparkassen.

## 780 **32.**

### 781 *Finanztransaktionssteuer einführen*

782 Unser Ziel ist, europa- und weltweit eine  
783 Finanztransaktionssteuer durchzusetzen. Dazu haben wir  
784 zusammen mit zehn anderen Ländern in Europa verabredet,  
785 möglichst schnell eine entsprechende Steuer einzuführen.  
786 Finanzgeschäfte sollen – so wie andere Dienstleistungen  
787 auch – einer wirksamen Besteuerung unterliegen. Bei der  
788 Ausgestaltung der Steuer wollen wir vermeiden, dass  
789 Anleger an andere Finanzplätze ausweichen. Dabei gilt es,  
790 die Auswirkungen der Steuer auf Instrumente der  
791 Altersversorgung, auf die Kleinanleger sowie die  
792 Realwirtschaft zu bewerten und negative Folgen zu  
793 vermeiden. Bei der Umsetzung werden wir zudem darauf  
794 achten, dass Wettbewerbsverzerrungen vermieden und die  
795 Interessen des Finanzplatzes Deutschlands gewahrt  
796 bleiben. Nur als ein starker und wettbewerbsfähiger  
797 Finanzplatz kann Deutschland auch weiterhin aktiv die  
798 Regulierung der internationalen Finanzmärkte mitgestalten.

## 799 **33.**

### 800 *Europäische Bankenunion*

801 Das Herzstück der europäischen Finanzmarktregulierung  
802 ist die Errichtung der Bankenunion. Wir haben gesehen, wie  
803 Staaten mit der Bewältigung von Bankenkrisen so  
804 überfordert waren, dass sie am Ende selbst in  
805 Schwierigkeiten geraten sind. Diesen Teufelskreis aus  
806 Schieflagen von Staaten und Banken wollen wir  
807 durchbrechen. Dabei handeln wir auch im Interesse der

808 Steuerzahler, damit sie nicht mehr für die Rettung von  
809 Banken herangezogen werden.

810 Nach Vollendung der Bankenunion wird es in Europa  
811 einheitliche Regeln für große Banken geben, bis hin zu  
812 deren Abwicklung im Krisenfall. Für die Überwachung und  
813 Durchsetzung der Regeln schaffen wir gemeinsame  
814 europäische Institutionen.

815 Bei der Europäischen Zentralbank werden wir für die  
816 großen, systemrelevanten Banken eine zentrale  
817 europäische Aufsicht errichten. Für die übrigen  
818 Geldinstitute, nicht zuletzt die regionalen Sparkassen und  
819 Genossenschaftsbanken, bleibt es bei der bisherigen  
820 bewährten Bankenaufsicht. Die europäische Aufsicht wird  
821 die Einhaltung der neuen Regeln in der Eurozone  
822 sicherstellen – und zwar unabhängig von nationalen  
823 Befindlichkeiten. Hinzu kommt ein einheitlicher  
824 europäischer Abwicklungsmechanismus. Seine Aufgabe  
825 wird es sein, in Schieflage geratene Banken so zu  
826 schließen, dass es keine Ansteckungsgefahr für das  
827 Finanzsystem als Ganzes gibt und der Steuerzahler dabei  
828 verschont bleibt. Zuerst müssen Manager, Bankeigentümer  
829 und große Anleger in angemessenem Umfang  
830 herangezogen werden. Reicht das nicht aus, springt ein  
831 Abwicklungsfonds ein, in den die Banken zuvor selbst  
832 eingezahlt haben.

833 **34.**

834 **2.4 Mittelstand und Industrie – für Beschäftigung und**  
835 **Wohlstand**

836 Starke Unternehmen in Mittelstand und Industrie, die sich  
837 im internationalen Wettbewerb behaupten können, sorgen  
838 für gute Arbeitsplätze und Wohlstand. Wenn aus Ideen neue  
839 Produkte und Arbeitsplätze entstehen sollen, brauchen wir  
840 tüchtige und gut ausgebildete Arbeitnehmer. Und genauso  
841 brauchen wir Menschen, die bereit sind, unternehmerische  
842 Verantwortung und persönliche Risiken zu übernehmen.  
843 Wir wollen sie dabei unterstützen, aus ihren Geschäftsideen  
844 Unternehmen zu entwickeln und Arbeitsplätze zu schaffen.

845 *Wirtschaftsstandort Europa stärken*

846 Wir unterstützen das Ziel der EU-Kommission, dass bis  
847 2020 wieder 20 Prozent der europäischen  
848 Wirtschaftsleistung im verarbeitenden Gewerbe  
849 erwirtschaftet werden. Unsere ausgewogene  
850 Wirtschaftsstruktur in Deutschland hat uns während der  
851 weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise Kraft  
852 gegeben. Mit unserem starken Mittelstand und unserer  
853 leistungsfähigen Industrie haben wir in Deutschland die  
854 Krise schneller und besser überwunden als andere Länder.  
855 Wir wollen Europa als wettbewerbsfähigen Standort von  
856 Industrie und Mittelstand stärken und damit auch zukünftig  
857 Wohlstand in Europa ermöglichen. Wir unterstützen das  
858 Vorhaben der EU-Kommission, sämtliche  
859 Gesetzesvorhaben einem Wettbewerbscheck zu  
860 unterziehen.

861 *Sichere Unternehmensfinanzierung*

862 Wer ein Unternehmen gründen und aufbauen will, braucht  
863 eine leicht zugängliche und sichere Finanzierung. In diesem  
864 Sinne sind vor allem die nach wie vor hohen Kreditkosten

865 für unternehmerische Investitionen in den Krisenländern  
866 kritisch. Wir begrüßen, dass die Europäische  
867 Investitionsbank ein Bürgschaftsprogramm speziell zur  
868 Absicherung von Krediten für kleine und mittlere  
869 Unternehmen durch die Europäische Investitionsbank  
870 eingeführt hat. Wir setzen uns dafür ein, das Engagement  
871 noch zu verstärken.

872 **35.**

873 *Weniger Bürokratie*

874 Der Abbau von Bürokratie ist ein kostenloses  
875 Wachstumsprogramm. Unternehmen sollen ihr Geld für  
876 neue Ideen und Arbeitsplätze ausgeben und nicht für  
877 Bürokratie. Dank des von uns eingerichteten  
878 Normenkontrollrates haben sich die Bürokratiekosten der  
879 Wirtschaft in Deutschland um 25 Prozent reduziert. So  
880 wurden rund 500 000 Unternehmen von Bilanzierungs- und  
881 Buchführungspflichten sowie der Pflicht zur  
882 Stichtagsinventur befreit. 40 000 Handwerksbetriebe  
883 müssen seit 2008 keine Befragungen zur Konjunktur mehr  
884 beantworten und für die Industrie hat sich die Zahl der  
885 monatlichen Befragungen von 48 000 auf 23 000 mehr als  
886 halbiert.

887 Wir wollen auch auf europäischer Ebene einen  
888 Mentalitätswandel. Bei allen europäischen Maßnahmen  
889 sollen die damit verbundenen Kosten und der  
890 Bürokratieaufwand berücksichtigt und transparenter  
891 werden. Denn: Industrie, kleine und mittlere Unternehmen,  
892 landwirtschaftliche Betriebe, die Freien Berufe und das  
893 Handwerk müssen auch auf europäischer Ebene von  
894 unnötigen Vorschriften entlastet werden. Die Europäische  
895 Union soll sich dabei in erster Linie selbst begrenzen und  
896 unnötige Regelungen vermeiden. Die Stoiber-Kommission

897 hat mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zum  
898 Bürokratieabbau geleistet. Sie hat vor allem ein deutliches  
899 Problembewusstsein geschaffen und damit die zentrale  
900 Voraussetzung für das REFIT-Programm der EU-  
901 Kommission für intelligente Regulierung. Wir brauchen  
902 darüber hinaus ein Frühwarnsystem auf europäischer  
903 Ebene, insbesondere für Maßnahmen, die den Mittelstand  
904 betreffen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass in allen  
905 künftigen EU-Gesetzgebungen geprüft wird, ob kleine und  
906 mittlere Unternehmen von bestimmten Regelungen  
907 ausgenommen werden können. Wir wollen deshalb einen  
908 unabhängigen EU-Normenkontrollrat schaffen.

909 Das unterschiedliche Gesellschaftsrecht in den EU-Staaten  
910 ist gerade für kleine und mittlere Unternehmen, die auf dem  
911 Europäischen Binnenmarkt über nationale Grenzen hinweg  
912 aktiv sind, eine erhebliche bürokratische Herausforderung.  
913 Deshalb setzen wir uns für die Schaffung einer  
914 Europäischen Privatgesellschaft („Europa-GmbH“) ein, für  
915 die europaweit einheitliche Regeln gelten.

## 916 **36.**

### 917 *Ausgewogene Beihilfe-Regeln*

918 Gleichzeitig müssen in Europa die politischen  
919 Rahmenbedingungen so gesetzt sein, dass unsere Industrie  
920 im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig ist. Wir  
921 wollen noch stärker gegen unfairen Wettbewerb vorgehen  
922 und Subventionen abbauen, die Wettbewerb verzerren. Es  
923 darf nicht sein, dass wir in Europa Industriezweige  
924 verlieren, weil Konkurrenten auf anderen Kontinenten durch  
925 Subventionen oder Marktabschottung vor Wettbewerb  
926 geschützt werden. Gleichzeitig müssen die europäischen  
927 Beihilfe-Regeln den globalen Wettbewerb berücksichtigen.  
928 So müssen Ausnahmeregelungen bei den Strompreisen für

929 energieintensive Unternehmen in Deutschland, die im  
930 internationalen Wettbewerb stehen, weiterhin möglich  
931 bleiben. Dabei müssen auch innereuropäische  
932 Unterschiede in der Energiepolitik berücksichtigt werden.  
933 Zudem brauchen wir Spielräume, um der Situation von  
934 Schlüsselindustrien im internationalen Wettbewerb  
935 Rechnung zu tragen. Dazu zählen die Mikroelektronik, die  
936 Luft- und Raumfahrt, die Sicherheits- und  
937 Verteidigungsindustrie sowie die maritime Wirtschaft.

938 **37.**

939 **2.5 Europäischer Arbeitsmarkt: Chancen der Freizügigkeit**

940 **nutzen –**

941 **missbräuchliche Zuwanderung in soziale**

942 **Sicherungssysteme verhindern**

943 Wir sagen Ja zur Freizügigkeit in Europa. Sie ist eine der  
944 Grundfreiheiten unseres gemeinsamen Binnenmarktes und  
945 damit Grundlage unseres Wohlstandes. Vor allem hilft  
946 dieser gemeinsame Arbeitsmarkt all jenen, die in ihrem  
947 Heimatland arbeitslos sind und deshalb im Ausland eine  
948 Stelle suchen. Wir wollen die Chancen des gemeinsamen  
949 Arbeitsmarktes noch mehr Menschen eröffnen. Konkret  
950 wollen wir die Vermittlung von Arbeitskräften und  
951 Arbeitsplätzen in der EU verbessern. Deshalb setzen wir  
952 uns dafür ein, dass die Aus- und Weiterbildung in Europa  
953 sowie die Arbeitsuche noch besser abgestimmt werden.  
954 Zudem wollen wir, dass Sprachen noch besser vermittelt  
955 werden und Bildungsabschlüsse leichter übertragbar sind.  
956 Schritt für Schritt muss die Mobilität im Arbeitsmarkt  
957 gesteigert werden.

958 *Willkommenskultur für Fachkräfte*

959 Um den wirtschaftlichen Erfolg und den Wohlstand in  
960 Deutschland auf Dauer zu erhalten, müssen wir verstärkt



961 qualifizierte und leistungsbereite Menschen aus anderen  
962 Ländern für uns gewinnen. Sie sind bei uns willkommen.  
963 Bereits heute fehlen uns Fachkräfte in einigen Branchen.  
964 Dieser Mangel wird in den nächsten Jahren zunehmen.  
965 Daher haben wir die Weichen für die Zuwanderung von  
966 Fachkräften bereits richtig gestellt: Berufsabschlüsse aus  
967 dem Ausland werden leichter anerkannt. Und die  
968 sogenannte Blaue Karte gibt Hochqualifizierten ein  
969 Aufenthaltsrecht in Deutschland und der EU. Zudem setzen  
970 wir uns für eine Willkommenskultur ein, die dafür sorgt,  
971 dass Deutschland für qualifizierte Zuwanderer attraktiver  
972 wird.

973 **38.**

974 *Zuwanderung in soziale Sicherungssysteme verhindern*

975 Eine wesentliche Ursache für Armutswanderung innerhalb  
976 der Europäischen Union ist das Wohlstandsgefälle  
977 zwischen ärmeren und reicheren Mitgliedstaaten. Solange  
978 die Unterschiede so groß wie gegenwärtig sind, müssen wir  
979 darauf achten, dass die Arbeitnehmer-Freizügigkeit dies  
980 berücksichtigt und nicht durch Armutswanderung  
981 überlagert wird. Einer Zuwanderung aus anderen EU-  
982 Staaten, die darauf gerichtet ist, die europäische  
983 Freizügigkeit zu missbrauchen und die sozialen  
984 Sicherungssysteme unseres Landes auszunutzen, treten  
985 wir entschieden entgegen. Sie führt in einigen Städten in  
986 Deutschland zu erheblichen sozialen Problemlagen und  
987 Belastungen.

988 Damit niemand allein wegen Armut sein Land verlassen  
989 muss, setzen wir uns dafür ein, dass die Herkunftsstaaten  
990 die Lebens- und Arbeitsbedingungen vor Ort und die  
991 Integration von Minderheiten nachhaltig verbessern. Hierbei  
992 wird europäische Solidarität gewährt. Wir müssen darauf

993 achten, dass sie auch in Anspruch genommen wird, dass  
994 europäische Fördergelder abgerufen und zielgerichtet  
995 eingesetzt werden.

996 **39.**

997 Wir werden unser deutsches Recht im Rahmen  
998 europarechtlicher Vorgaben so gestalten, dass die  
999 ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Sozialleistungen  
1000 effektiver unterbunden werden kann. Dafür ist ein  
1001 konsequenter Verwaltungsvollzug vor Ort gegenüber  
1002 denjenigen, die die Not der Zuwanderer ausnutzen, wie  
1003 auch gegenüber denjenigen, die unsere  
1004 Sozialgesetzgebung missbrauchen, notwendig. Ebenso ist  
1005 die Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit und  
1006 Schwarzarbeit erforderlich. Dazu brauchen wir eine  
1007 verbesserte Zusammenarbeit zwischen dem Zoll und den  
1008 Behörden vor Ort, einen besseren behördlichen  
1009 Datenaustausch, Sperren zur Wiedereinreise sowie  
1010 Beschränkungen beim Anspruch auf Sozialleistungen.

1011 Das hohe Niveau der deutschen Sozialleistungen steht in  
1012 einem engen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen  
1013 Stärke Deutschlands und seiner Wettbewerbsfähigkeit.  
1014 Insofern ist dies nur national zu regeln. Eine sachgerechte  
1015 Lösung muss auf die Unterschiede in den EU-Ländern  
1016 Rücksicht nehmen, indem durch geeignete Regelungen  
1017 Anreize für eine allein durch Sozialleistungen motivierte  
1018 Zuwanderung nachhaltig gesenkt werden. Soweit die  
1019 bestehenden Möglichkeiten des EU-Rechts hierfür nicht  
1020 ausreichen, müssen Änderungen erfolgen. Das gilt  
1021 insbesondere für die Freizügigkeitsrichtlinie.

1022 **40.**

1023 *Jugendarbeitslosigkeit abbauen – duale Ausbildung*  
1024 *stärken*

1025 Für Jugendliche sind die Chancen auf Arbeit in Europa  
1026 ungleich verteilt. Während Deutschland die geringste  
1027 Jugendarbeitslosigkeit in der EU hat, haben Jugendliche  
1028 gerade in den Krisenländern wenig Chancen auf einen Job.  
1029 Insgesamt gibt es zu viele arbeitslose  
1030 Hochschulabsolventen und in einigen Mitgliedstaaten ist  
1031 das Ausbildungssystem nicht auf der Höhe der Zeit. Wir  
1032 wollen diese jungen Menschen nicht im Stich lassen. Wir  
1033 wollen deshalb die von uns auf den Weg gebrachte EU-  
1034 Jugend-Offensive fortführen und ausbauen. Mit ihr werden  
1035 Investitionen und Maßnahmen zur Bekämpfung der  
1036 Jugendarbeitslosigkeit in Europa auf den Weg gebracht.  
1037 Wir wollen, dass die getroffenen Vereinbarungen zur  
1038 Jugendgarantie – also eines Ausbildungsangebotes an  
1039 jeden Jugendlichen in Europa – umgesetzt werden. Zudem  
1040 werden wir andere europäische Länder dabei unterstützen,  
1041 die erfolgreiche duale Ausbildung in Schule und Betrieb  
1042 einzuführen, weil sie jungen Menschen eine gute berufliche  
1043 Zukunft eröffnen kann.

1044 *Gute Ausbildung*

1045 Wir wollen möglichst vielen Menschen in der EU die Chance  
1046 auf die bestmögliche Ausbildung bieten. Dafür brauchen  
1047 wir Bildungssysteme auf der Höhe der Zeit und moderne  
1048 Wege, lebenslanges Lernen zu ermöglichen. Um mehr  
1049 Menschen einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen zu  
1050 können, fördern wir eine integrative und aktive  
1051 Beschäftigungspolitik, die auch zur Lebenswirklichkeit der  
1052 Menschen passt. Ideen, wie die der Europäischen  
1053 Kommission, nur noch junge Menschen zur Kranken- und  
1054 Altenpflegeausbildung zuzulassen, die mindestens zwölf

1055 Jahre allgemeine Schulbildung, also praktisch Abitur,  
1056 haben, treten wir weiterhin mit Nachdruck entgegen. Solche  
1057 Pläne gehen an der Lebenswirklichkeit vorbei.

1058 **41.**

1059 *Der Meisterbrief sichert Qualität*

1060 Die Meister in Deutschland garantieren mit ihrem guten  
1061 Namen die Qualität der betrieblichen Ausbildung und  
1062 stützen so die duale Ausbildung insgesamt. Außerdem  
1063 steht der Meisterbrief für die Güte der erbrachten  
1064 Handwerksleistungen und schützt so die Verbraucher.  
1065 Daher setzen wir uns auf europäischer Ebene für den Erhalt  
1066 des Meisterbriefs ein. Die gegenseitige Anerkennung der  
1067 Berufsabschlüsse darf weder auf Kosten der dualen  
1068 Ausbildung noch der Verbraucher geschehen.

1069 *Jungunternehmer unterstützen*

1070 Unternehmensgründer und Jungunternehmer brauchen  
1071 Startkapital. Häufig fällt es ihnen schwer, dieses über  
1072 Bankkredite und andere traditionelle Finanzierungswege zu  
1073 bekommen. Wir wollen es daher leichter machen, neue  
1074 Finanzierungswege zu nutzen, indem wir sie rechtssicher  
1075 ausgestalten. Insbesondere für das sogenannte  
1076 Crowdfunding, bei dem eine große Zahl von  
1077 Kleinstanlegern ein bestimmtes Projekt finanziert, wollen  
1078 wir einen europaweiten Rechtsrahmen entwickeln. Dabei  
1079 kommt es uns darauf an, dass das Crowdfunding für  
1080 Unternehmer und Anleger gleichermaßen attraktiv ist.

1081 Wir unterstützen das Mobilitätsprogramm für  
1082 Jungunternehmer der EU nach dem Vorbild des Erasmus-  
1083 Programms. Das Programm bietet angehenden  
1084 Jungunternehmern die Möglichkeit, im EU-Ausland bei  
1085 erfahrenen Unternehmern zu lernen. 10 000

1086 Austauschplätze könnten über dieses Programm  
1087 organisiert werden. Damit erleichtern wir es einer neuen  
1088 Unternehmergegeneration, die Vorzüge des Binnenmarktes zu  
1089 nutzen.

1090 **42.**

1091 *Sichere Altersvorsorge in der Europäischen Union*

1092 Wer im Ausland arbeitet oder dorthin umzieht, muss auch  
1093 an seine Altersvorsorge denken. Bei der betrieblichen  
1094 Altersvorsorge kann der Wechsel derzeit in einigen Ländern  
1095 zu Einbußen führen. Sei es, weil die Ansprüche verfallen  
1096 oder diese oftmals nicht zum neuen Arbeitgeber  
1097 mitgenommen werden können. Wir wollen die betriebliche  
1098 Altersvorsorge grundsätzlich weiter stärken, gerade auch in  
1099 kleinen und mittleren Unternehmen. Sie muss dabei so  
1100 ausbalanciert werden, dass sie attraktiv ist und gleichzeitig  
1101 die Bindung der Mitarbeiter an ihre Firma ermöglicht. In  
1102 Europa muss klar sein: Wer sein Recht auf Freizügigkeit  
1103 ausübt, sollte nicht dafür bestraft werden.

1104 Die Pläne der Europäischen Kommission, die betriebliche  
1105 Altersversorgung dem sogenannten Solvency-II-  
1106 Eigenkapitalregime für Versicherungskonzerne zu  
1107 unterwerfen, lehnen wir deshalb ab. Eingriffe durch  
1108 europäisches Recht auf die betriebliche Altersvorsorge  
1109 werden wir verhindern und mit Nachdruck für den Erhalt  
1110 des bewährten Systems kämpfen. Wir setzen uns dafür ein,  
1111 dass auch künftig alleine die Mitgliedstaaten für die  
1112 Gestaltung der Renten- und Pensionssysteme zuständig  
1113 sind. Hierbei ist jedoch eine einfache, unbürokratische  
1114 Übertragbarkeit der Ansprüche, insbesondere für  
1115 Grenzgänger, europaweit zu gewährleisten.

1116 **43.**

1117 *Europäische Sozialpartnerschaft leben*

1118 Die Sozialpartnerschaft ist ein wesentlicher Grundpfeiler  
1119 der Sozialen Marktwirtschaft. In der Tarifpartnerschaft, der  
1120 betrieblichen Mitbestimmung und der Selbstverwaltung der  
1121 Sozialversicherungen tragen Arbeitgeberverbände und  
1122 Gewerkschaften Mitverantwortung für die soziale  
1123 Flankierung der Arbeitswelt und einen fairen Ausgleich  
1124 zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen.

1125 Tarifautonomie und Mitbestimmung sind für uns um ihrer  
1126 selbst willen ein hohes Gut, zahlen sich aber auch  
1127 ökonomisch aus und sind ein wichtiger Standortvorteil.  
1128 Gerade in der Krise hat sich das Zusammenspiel von  
1129 Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten sowie  
1130 Arbeitgebern und deren Verbänden bewährt. Die  
1131 Tarifpartner haben mit verantwortungsvollen  
1132 Entscheidungen zur Wettbewerbsfähigkeit unserer  
1133 Unternehmen beigetragen und gleichzeitig die Sicherheit  
1134 der Arbeitsplätze und Teilhabe der Arbeitnehmer an der  
1135 Wirtschaftsentwicklung im Blick gehabt. Diese  
1136 Standortvorteile wollen wir auch in Europa bewahren und  
1137 durch geeignete Rahmenbedingungen unterstützen. Unser  
1138 Ziel ist es, die Sozialpartnerschaft zu einem Erfolgsmodell  
1139 in der gesamten Europäischen Union zu entwickeln.

1140 Denn die Verantwortung für ein gutes Miteinander zwischen  
1141 Arbeitnehmern und Arbeitgebern entsteht in verlässlicher  
1142 Tarifvertragsgestaltung, in der Zusammenarbeit der  
1143 Selbstverwaltung und in den Betrieben. Deshalb sind wir  
1144 davon überzeugt, dass der soziale Dialog der Tarifpartner  
1145 auch auf europäischer Ebene mit Blick auf die  
1146 Wettbewerbsfähigkeit und gute Arbeit eine wichtige  
1147 Funktion hat.

1148 Moderne Gleichstellungspolitik wirkt sich positiv auf die  
1149 Wettbewerbsfähigkeit aus. Die Mitgliedstaaten haben dafür  
1150 Sorge zu tragen, dass dies auch gelingt.

1151 **44.**

## 1152 **2.6 Forschung – in Europas Zukunft investieren**

1153 Forschung, Technologie und Innovation sind der Schlüssel  
1154 zu wirtschaftlichem Erfolg, zu zukunftsfähigen  
1155 Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum. Von ihnen  
1156 kommen neue Ideen zur menschlichen Gestaltung des  
1157 gesellschaftlichen Wandels und für neue Produkte und  
1158 Dienstleistungen, mit denen wir auch morgen auf den  
1159 Weltmärkten erfolgreich sind.

1160 *Beste Bedingungen für Hochschulen, Forschung und*

1161 *Innovation*

1162 Unser Ziel lautet deshalb: Europa soll zur führenden  
1163 Wissensgesellschaft der Welt werden. Aus diesem Grund  
1164 wollen wir die bestmöglichen Bedingungen für Forschung  
1165 und Innovation, Wissenschaftler, Hochschulen und  
1166 Exzellenzzentren in ganz Europa schaffen. Wir wollen  
1167 Forschungsinfrastrukturen auf Weltniveau, die europaweite  
1168 Stärkung der Forschung durch Kooperation und  
1169 Vernetzung sowie die Bildung europäischer  
1170 Innovationscluster.

1171 *3-Prozent-Ziel erreichen – Hightech-Strategie für Europa*

1172 Deutschland ist durch die Politik der CDU-geführten  
1173 Bundesregierung die führende Innovationsnation Europas.  
1174 Wir investieren inzwischen drei Prozent unseres  
1175 Bruttoinlandsproduktes in Forschung. Wir erfüllen damit  
1176 ein gemeinsames europäisches Ziel. Mittelfristig müssen  
1177 alle Mitgliedstaaten der EU dieses Ziel erreichen. Nur wenn

1178 wir verabredete Ziele auch einhalten, wird Europa  
1179 glaubwürdig sein. Es ist unser Ziel, dies auch für die  
1180 Europäische Union als Ganzes zu erreichen. Wir werden  
1181 unsere Verantwortung bei der Ausgestaltung des  
1182 Europäischen Forschungsraums wahrnehmen.

1183 **45.**

1184 Mit dem neuen EU-Rahmenprogramm für Forschung und  
1185 Innovation „Horizon 2020“ ist ein wichtiger Grundstein für  
1186 die nächsten Jahre gelegt. Wir haben uns erfolgreich dafür  
1187 eingesetzt, dass es zum weltweit größten  
1188 Forschungsförderprogramm ausgebaut wird. Mehr als 70  
1189 Mrd. Euro werden so in den nächsten Jahren in Forschung  
1190 und Entwicklung investiert. Die Förderung wird auch  
1191 Anreize schaffen für private Investitionen in Forschung,  
1192 Innovationen und Infrastruktur. Wir werden das neue  
1193 Forschungsprogramm für Kooperationen in  
1194 Schlüsselbereichen der medizinischen, industriellen,  
1195 ökologischen und gesellschaftswissenschaftlichen  
1196 Forschung nutzen. Wir werden weiterhin dafür eintreten,  
1197 dass auch in der europäischen Forschungspolitik ethisch  
1198 motivierte Grenzen respektiert werden, deshalb lehnen wir  
1199 das Klonen von Menschen ab und treten gegen die  
1200 verbrauchende Embryonenforschung ein.

1201 Wir werden unsere nationale Hightech-Strategie und  
1202 „Horizon 2020“ sinnvoll vernetzen. Deutsche Forscher,  
1203 Wissenschaftsinstitute und unsere innovativen  
1204 Unternehmen sollen sich erfolgreich an EU-Projekten  
1205 beteiligen. Deshalb setzen wir uns für einfachere und  
1206 unbürokratische Antragsverfahren ein, insbesondere für  
1207 kleine und mittlere Unternehmen.



1208 Die CDU steht zur Europäischen Weltraumagentur ESA, die  
1209 die Entwicklung der europäischen Raumfahrt koordiniert  
1210 und fördert. Luft- und Raumfahrt spielen eine strategische  
1211 Rolle für den Innovationsstandort Deutschland. Um im  
1212 globalen Wettbewerb der Raumfahrt-Nationen bestehen zu  
1213 können, brauchen wir die europäische Kooperation. Das  
1214 Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt ist dabei ein  
1215 wichtiger Partner.

1216 **46.**

1217 *Weltweite Zusammenarbeit – beste Forscher für Europa*  
1218 *gewinnen*

1219 Europa soll zum Anziehungspunkt für die weltbesten  
1220 Forscher werden. Deutsche Forscher sollen sich mit den  
1221 Besten in Europa und der Welt zusammenschließen und in  
1222 gemeinsamen Projekten vertrauensvoll zusammenarbeiten.  
1223 Nur so können wir unsere Forschungserfolge nachhaltig  
1224 sichern. Dazu werben wir um Talente in der ganzen Welt  
1225 und setzen uns für eine bessere Mobilität für Studierende  
1226 und Forscher ein.

1227 *Brücke von der Forschung in die Märkte schlagen*

1228 Unser Ziel ist es, Exzellenz in der Grundlagenforschung  
1229 überall in Europa zu sichern. Mehr Geld für neue Ideen hilft  
1230 aber wenig, wenn sie nicht in die Praxis umgesetzt werden.  
1231 Deshalb wollen wir den Weg von den Ideen hin zu neuen  
1232 Produkten, Dienstleistungen und Verfahren verkürzen.  
1233 Dafür setzen wir auf ein Bündel von Maßnahmen. Hierzu  
1234 zählen gemeinsame europäische  
1235 Forschungsinfrastrukturen wie Superrechner und  
1236 Speziallabore. Wir wollen exzellente Wissenschaftler und  
1237 neue Technologien, wie Biotechnologie, Nanotechnologie  
1238 und Photonik, fördern. Die Zusammenarbeit von  
1239 Wissenschaft und Wirtschaft wollen wir ausbauen und den

1240 Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu  
1241 Innovationsprozessen erleichtern. Wir brauchen mehr  
1242 europäisches Risikokapital für Start-Ups und den  
1243 Mittelstand, um Arbeitsplätze zu schaffen. Wir werden  
1244 öffentlich private Partnerschaften voranbringen.

1245 *Forschung und Regionalförderung verbinden*  
1246 Deutschland wird Forschung und Regionalentwicklung  
1247 stärker verbinden. Wir werden auch andere Mitgliedstaaten  
1248 ermutigen, die europäische Regionalförderung zukünftig  
1249 verstärkt für den Aufbau einer europäisch vernetzten und  
1250 leistungsfähigen Forschungsinfrastruktur und die  
1251 Unterstützung der innovativen Wirtschaft einzusetzen.

1252 *Ethische Grenzen beachten*  
1253 Die Charta der Grundrechte der EU enthält wichtige  
1254 Prinzipien für eine wertorientierte Politik zum Schutz des  
1255 menschlichen Lebens. So wird etwa die  
1256 Kommerzialisierung des menschlichen Körpers und seiner  
1257 Teile als solches ausdrücklich ausgeschlossen. Die  
1258 Menschenwürde steht an erster Stelle. Dort, wo die  
1259 Europäische Union aber keine Rechtsgrundlage hat,  
1260 müssen ethische Entscheidungen der Mitgliedstaaten  
1261 respektiert werden.

1262 **47.**

## 1263 **2.7 Verkehr – wir machen Europa mobil**

1264 Die besten Ideen und Produkte nützen nichts, wenn sie  
1265 nicht auch von A nach B kommen. Wir brauchen ein gut  
1266 ausgebautes Straßen- und Schienennetz genauso wie  
1267 leistungsstarke Flughäfen und Wasserstraßen, um die  
1268 Vorteile des europäischen Binnenmarktes noch besser  
1269 nutzen zu können. Dazu gehören auch die großen  
1270 europäischen Verkehrsachsen, von denen mehr als die

1271 Hälfte durch unser Land gehen. Gerade wir in Deutschland  
1272 sind als starke Exportnation darauf angewiesen. Wir wollen  
1273 deshalb, dass Europa hier einen Schwerpunkt setzt und  
1274 sich stärker der Zukunftsaufgabe widmet, die Verkehrs-  
1275 Infrastruktur zu stärken. Damit fördern wir Wirtschaftskraft  
1276 und Arbeitsplätze.

#### 1277 *Stärkung unserer Infrastruktur*

1278 Europa hat ein starkes Netz aus Straßen, Schienen und  
1279 Wasserwegen. Das ist ein großer Standortvorteil im  
1280 weltweiten Wettbewerb. Ziel einer vorausschauenden  
1281 Verkehrspolitik muss es deshalb sein, diesen Vorteil nicht  
1282 nur zu sichern, sondern durch gezielte Investitionen  
1283 auszubauen. Das ist auch deshalb wichtig, weil Prognosen  
1284 zeigen, dass der Verkehr in Europa erheblich zunehmen  
1285 wird. Ohne weitere Ausgaben für die Infrastruktur wird  
1286 dieser Zuwachs nicht zu bewältigen sein. Dabei kommt es  
1287 auch darauf an, nicht nur mehr zu bauen, sondern alle  
1288 Verkehrsträger auch besser miteinander zu verknüpfen.

#### 1289 **48.**

#### 1290 *Ausbau der transeuropäischen Netze*

1291 Die Europäische Union fördert den Auf- und Ausbau von  
1292 Verkehrsinfrastruktur im Rahmen der Transeuropäischen  
1293 Netze (TEN-V). Diese sind wichtig für Wirtschaftswachstum  
1294 und Arbeitsplätze in Europa. Durch den Ausbau dieser  
1295 Netze sollen die verschiedenen nationalen Verkehrsnetze  
1296 besser miteinander verknüpft werden. Die CDU unterstützt  
1297 deshalb deren weiteren Ausbau auch unter Einbeziehung  
1298 von Finanzierungsmodellen mit öffentlich-privaten Mitteln.  
1299 Herzstück ist ein transeuropäisches Kernnetz, das zentrale  
1300 und strategisch wichtige Knotenpunkte wie große Städte,  
1301 Flughäfen oder Häfen miteinander verbindet. Wir wollen  
1302 dieses Netz auch nutzen, um die Verkehrsverbindungen

1303 nach Osteuropa zu verbessern. Das bietet große  
1304 Wachstumschancen für unsere Wirtschaft.

### 1305 *Europäischer Eisenbahnmarkt*

1306 Der grenzüberschreitende Schienenverkehr ist für die  
1307 europäische Verkehrspolitik von strategischer Bedeutung.  
1308 Denn gerade der Schienengüterverkehr ist die wichtigste  
1309 Alternative zu den überlasteten Straßennetzen. Unser Ziel  
1310 ist ein reibungsloser und qualitativ hochwertiger Güter- und  
1311 Personenverkehr für Bürger und Unternehmen. Dafür sind  
1312 verschiedene Schritte notwendig. So wurden zwar die  
1313 nationalen Hochgeschwindigkeitsnetze ausgebaut,  
1314 unterschiedliche Spurbreiten, Signalsysteme und  
1315 Spannungen behindern aber weiterhin den  
1316 grenzüberschreitenden Bahnverkehr. Deshalb brauchen wir  
1317 eine technische Harmonisierung. Zudem ist eine bessere  
1318 Abstimmung der Streckenvergabe durch die EU-  
1319 Mitgliedstaaten notwendig. Schließlich brauchen wir starke  
1320 und unabhängige Regulierungsbehörden in allen EU-  
1321 Ländern sowie transparente Vorschriften für die  
1322 Berechnung der Trassenpreise. Bei der Liberalisierung des  
1323 europäischen Schienenverkehrsmarktes setzen wir uns für  
1324 einheitliche europäische Regelungen ein. Das gilt gerade  
1325 für technische Bestimmungen. Die Anforderungen an  
1326 Sicherheit und Qualität müssen dabei europaweit so weit  
1327 wie möglich vereinheitlicht werden. Auch müssen wir für  
1328 faire Wettbewerbsbedingungen sorgen. Dazu gehört für  
1329 uns, dass alle Bahnunternehmen uneingeschränkten  
1330 Zugang zu den Märkten haben – bei Aufrechterhaltung der  
1331 Deutschen Bahn AG als integrierter Konzern.

1332 **49.**

1333 *Schifffahrt und Häfen stärken*

1334 Fast 95 Prozent des interkontinentalen Warenaustauschs  
1335 und 90 Prozent des europäischen Außenhandels verlaufen  
1336 über den Seeweg. Die europäischen Häfen sind eine  
1337 Drehscheibe für den internationalen Warenverkehr und  
1338 wichtige Logistik- und Dienstleistungszentren. Wir wollen  
1339 sie in ihrer Leistungsfähigkeit stärken und  
1340 Kapazitätsengpässe im Rahmen der Transeuropäischen  
1341 Verkehrsnetze beseitigen. Dabei sollte das leistungsfähige  
1342 System der Hafendienstleistungen in Deutschland nach  
1343 Möglichkeit erhalten bleiben.

1344 *Verkehrslärm reduzieren*

1345 Beim Ausbau der Verkehrsnetze werden wir die Bürger vor  
1346 Ort mit einbinden und beim Thema Lärmschutz einen  
1347 besonderen Schwerpunkt setzen. Im Bereich des  
1348 Schienenverkehrs begrüßen wir ausdrücklich, dass die  
1349 Umrüstung auf leisere Bremsen im Güterverkehr künftig mit  
1350 europäischen Mitteln unterstützt werden kann. Für Wagen,  
1351 die nicht entsprechend umgerüstet sind, fordern wir ein EU-  
1352 weites Durchfahrverbot ab 2020. Entscheidungen über  
1353 Lärmschutzmaßnahmen müssen auch künftig vor Ort  
1354 getroffen und nicht durch die Europäische Union infrage  
1355 gestellt werden können.

1356 *Einheitlicher Europäischer Luftraum*

1357 Wir setzen uns für die schnelle Realisierung des  
1358 Einheitlichen Europäischen Luftraumes (Single European  
1359 Sky) ein. Dieser würde nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit  
1360 und die Sicherheit des europäischen Luftverkehrs und  
1361 seiner großen Drehkreuze stärken. Er würde gleichzeitig  
1362 einen wesentlichen Beitrag leisten, den Ausstoß von  
1363 Treibhausgasen zu verringern. Europäische Regelungen für

1364 Flughäfen (wie Bodenverkehrsdienste,  
1365 Lärmschutzmaßnahmen) müssen Raum für regionale und  
1366 lokale Besonderheiten lassen; Beihilferegulungen müssen  
1367 auch die wirtschaftliche Bedeutung von Regionalflughäfen  
1368 berücksichtigen. Wir stehen für eine wettbewerbsneutrale  
1369 Ausgestaltung des EU-Emissionshandels im Flugverkehr.

1370 **50.**

1371 *Alternative Antriebe*

1372 Der Verkehrssektor kann einen wesentlichen Beitrag  
1373 leisten, um die nationalen und internationalen Energie- und  
1374 Klimaschutzziele zu erreichen. Wir benötigen europaweit  
1375 Alternativen zu den herkömmlichen Kraftstoffen. Sie  
1376 müssen fortentwickelt und marktauglich gemacht werden.  
1377 Wir werden Forschung und Entwicklung sowie die  
1378 Markteinführung alternativer Antriebe und die  
1379 entsprechende Infrastruktur unterstützen.

1380 *Intelligente Vernetzung und Verkehrssteuerung*

1381 Auch durch eine intelligente Vernetzung kann Mobilität  
1382 deutlich effizienter, sauberer und sicherer werden.  
1383 Voraussetzung dafür sind flächendeckende Angebote, die  
1384 ineinander greifen. Intelligente Informationsdienste können  
1385 dem Nutzer eine wertvolle Entscheidungshilfe bei der Wahl  
1386 der Verkehrsmittel sein. Wir wollen dafür sorgen, dass für  
1387 diese Dienste eine gemeinsame Datenbasis der  
1388 Verkehrsträger bereitgestellt wird. Damit die verschiedenen  
1389 Verkehrswege noch besser genutzt werden können, sind  
1390 zudem intelligente Verkehrssteuerungssysteme von großer  
1391 Bedeutung. Neue Möglichkeiten zur besseren Steuerung  
1392 der Verkehrsflüsse und Steigerung der Sicherheit sehen wir  
1393 auch im europäischen Satellitennavigationssystem Galileo  
1394 mit praktischen und wirtschaftlich sinnvollen Angeboten.

1395 **51.**

1396 **2.8 Europäische Energieversorgung – stärker im Verbund**

1397 Mit der Energiewende beschreiten wir in Deutschland den  
1398 Weg in die Industriegesellschaft der Zukunft. Diese  
1399 verbindet nachhaltiges Wachstum mit der Bewahrung der  
1400 Schöpfung. Wir wollen Arbeitsplätze und Wertschöpfung in  
1401 Deutschland sichern, uns unabhängiger von  
1402 Energieimporten machen sowie Umwelt und Klima  
1403 schützen. Im Hinblick auf die Tatsache, dass jeder vierte  
1404 Euro unserer Wirtschaftsleistung in der Industrie  
1405 erwirtschaftet wird, wollen wir deren Wettbewerbsfähigkeit  
1406 besonders in den Blick nehmen. Wir wollen die  
1407 Energiewende gemeinsam mit unserer Wirtschaft und ihren  
1408 Beschäftigten auf den Weg bringen. Auch in der  
1409 Europäischen Union werden wir für diesen Weg werben. Die  
1410 Bürger sind grundsätzlich für die Energiewende und den  
1411 Umstieg auf Erneuerbare Energien. Sie erwarten jedoch  
1412 völlig zu Recht, dass Energie sicher, sauber und bezahlbar  
1413 bleibt. Wir wollen unsere hohe Versorgungssicherheit und  
1414 industriellen Arbeitsplätze, die Grundlage unseres  
1415 wirtschaftlichen Erfolges sind, erhalten. Auch zukünftig  
1416 messen wir unsere Energiepolitik zu gleichen Anteilen an  
1417 den Zielen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und  
1418 Umwelt- bzw. Klimaverträglichkeit.

1419 Zum Wohle der Bürger wollen wir in Europa eine  
1420 Energiepolitik der getrennten Wege überwinden. Deshalb  
1421 setzen wir uns für einen europäischen Energie-Binnenmarkt  
1422 ein. Solange dieser allerdings nicht existiert, müssen  
1423 ausreichend Spielräume für eine nationale Energie- und  
1424 Klimapolitik gewährleistet werden. Zu diesem sollen alle  
1425 Verbraucher Zugang haben. Dies ist nicht nur wichtig, um  
1426 die energiepolitischen Ziele der EU zu erreichen. Sondern  
1427 es ist eine entscheidende Voraussetzung, damit Europa mit

1428 einer leistungsfähigen Energiewirtschaft international  
1429 wettbewerbsfähig bleibt.

1430 **52.**

1431 *Moderne Stromnetze und ein gemeinsamer europäischer*  
1432 *Energieverbund*

1433 Um den gemeinsamen Strommarkt weiterzuentwickeln,  
1434 streben wir verbindliche europäische Standards an. Wir  
1435 setzen uns für ein Zusammenwachsen der europäischen  
1436 Stromversorgung und einen gemeinsamen Energieverbund  
1437 ein. Dadurch können Schwankungen in der  
1438 Stromerzeugung der Länder besser ausgeglichen und  
1439 regionale Vorteile in der Energieerzeugung – etwa bei der  
1440 Solar- oder Windenergie – genutzt werden.

1441 Dazu müssen vor allem bestehende Hindernisse bei der  
1442 grenzüberschreitenden Durchleitung von Strom abgebaut  
1443 werden. Konkret brauchen wir genügend und vor allem  
1444 leistungsfähige Grenzkuppelstellen, die den Stromfluss  
1445 zwischen den einzelnen Ländern gewährleisten.

1446 Den Ausbau der Stromnetze und Speicher, die unabdingbar  
1447 sind, um unsere Versorgungssicherheit zu gewährleisten,  
1448 werden wir europaweit vorantreiben. Gleichzeitig wollen wir  
1449 die technischen Verbesserungsmöglichkeiten bei den  
1450 bestehenden Netzen ausschöpfen. Unser Ziel sind  
1451 intelligente Netze und Messsysteme für Verbraucher. Diese  
1452 können dafür sorgen, dass der Strom möglichst dann  
1453 verbraucht wird, wenn viel Energie produziert wird und im  
1454 Netz verfügbar ist. Für die Verbraucher kann der Strom  
1455 damit kostengünstiger werden. Zugleich werden die Netze  
1456 gleichmäßiger ausgelastet. Sie sind damit stabiler und  
1457 weniger ausfallgefährdet.



1458 Für einen europäischen Energie-Binnenmarkt brauchen wir  
1459 schließlich noch bessere Rahmenbedingungen: Wir  
1460 brauchen mehr private und öffentliche Investitionen. Wir  
1461 müssen einen klaren Rechtsrahmen schaffen. Und wir  
1462 müssen Investitionen in neue Ideen, in Forschung und  
1463 Entwicklung fördern.

1464 **53.**

1465 *Industriestandort Deutschland mit bezahlbaren*  
1466 *Energiepreisen*

1467 In der anhaltenden Wirtschaftskrise hat sich gezeigt, dass  
1468 diejenigen Länder in Europa die Krise besser überstehen,  
1469 die auf eine leistungsfähige Industrie setzen können. Auch  
1470 deshalb wollen wir, dass Deutschland ein  
1471 wettbewerbsfähiges Industrieland bleibt. Etwa eine Million  
1472 Arbeitsplätze sind in Deutschland mit energieintensiven  
1473 Industrien verbunden. Wir wollen diese Arbeitsplätze  
1474 erhalten und sicherstellen, dass die Beschäftigten und  
1475 deren Angehörige in diesen Unternehmen eine gute  
1476 Perspektive haben. Deutsche Unternehmen, die bereits  
1477 heute mehr für Energie bezahlen als europäische oder  
1478 andere internationale Konkurrenten, dürfen nicht zu den  
1479 Verlierern unterschiedlicher internationaler und  
1480 innereuropäischer Rahmenbedingungen bei Steuern und  
1481 Abgaben im Energiebereich werden. Deshalb wollen wir die  
1482 energieintensiven Unternehmen, die in einem harten  
1483 internationalen und innereuropäischen Wettbewerb stehen,  
1484 auch künftig zielgenau entlasten.

1485 **54.**

1486 *Erneuerbare Energien*

1487 Europa braucht jedoch nicht nur ein von allen EU-Staaten  
1488 gemeinsam genutztes Stromnetz. Es braucht vor allem eine  
1489 Verständigung über den Ausbau der Erneuerbaren

1490 Energien. Diese können einen wichtigen Beitrag zum  
1491 wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt in Europa  
1492 leisten, um die Treibhausgasemissionen und die  
1493 Abhängigkeit von Energieimporten aus Drittstaaten zu  
1494 verringern.

1495 Beim weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien in  
1496 Europa kommt es für uns darauf an, diese kostengünstig  
1497 und wirtschaftlich nach einheitlichen Kriterien  
1498 weiterzuentwickeln. Hierfür setzen wir auf die  
1499 verpflichtende Direktvermarktung von Erneuerbaren  
1500 Energien und perspektivisch auf europäische  
1501 Ausschreibungen.

1502 Unser Ziel ist es, die Förderung der Erneuerbaren Energien  
1503 in Deutschland in den Europäischen Binnenmarkt zu  
1504 integrieren. Dafür werden wir das Erneuerbare-Energien-  
1505 Gesetz (EEG) in Übereinstimmung mit dem Europarecht  
1506 weiterentwickeln. Wir streben einen verlässlichen  
1507 Ausbaupfad für die Erneuerbaren Energien an, der allen  
1508 Beteiligten Planungssicherheit gibt. Mit der EEG-Reform  
1509 wollen wir Ausmaß und Geschwindigkeit des  
1510 Kostenanstiegs spürbar bremsen, indem  
1511 Vergütungssysteme vereinfacht und die Kosten auf einem  
1512 vertretbaren Niveau stabilisiert werden. Zudem setzen wir  
1513 uns dafür ein, dass die europäischen Rahmenbedingungen  
1514 einen kosteneffizienten Ausbau der Erneuerbaren Energien  
1515 in Deutschland und Europa auch weiterhin unterstützen.

1516 *Versorgungssicherheit – die Rolle der Gas- und*  
1517 *Kohlekraftwerke*

1518 Eine sichere und zuverlässige Stromversorgung hat in  
1519 Europa einen hohen Stellenwert und ist gerade auch für  
1520 den Wirtschaftsstandort Deutschland unverzichtbar. Um bei

1521 einem steigenden Anteil Erneuerbarer Energien die  
1522 Schwankungen in der Einspeisung auszugleichen und die  
1523 Grundlast abzusichern, werden mittelfristig auch moderne  
1524 und leicht steuerbare Gas- und Kohlekraftwerke mit hohen  
1525 Wirkungsgraden benötigt. Durch geeignete  
1526 Rahmenbedingungen soll der wirtschaftliche Betrieb dieser  
1527 notwendigen Reservekapazitäten gewährleistet werden. Die  
1528 wirtschaftliche Nutzung der Braunkohle ist auch als  
1529 Grundstoff für die chemische Industrie von Bedeutung und  
1530 eröffnet dort Möglichkeiten für Wachstum und  
1531 Beschäftigung.

## 1532 **55.**

### 1533 *Effizienz als wichtiger Faktor einer nachhaltigen*

#### 1534 *Energiewende*

1535 Eine Senkung des Energieverbrauchs durch eine  
1536 effizientere Nutzung des Stroms ist eine wichtige Stütze der  
1537 Energiewende, die wir stärken wollen. Deutsche Betriebe  
1538 haben bei der Entwicklung energieeffizienter Produkte und  
1539 Verfahren viel Erfahrung und nehmen auch im  
1540 internationalen Vergleich eine Vorreiterrolle ein. Diese  
1541 Chancen, die sich daraus gerade auch für mittelständische  
1542 Unternehmen ergeben, wollen wir nutzen. Wir wollen  
1543 deshalb die EU-Energieeffizienzrichtlinie wirksam  
1544 umsetzen. Sie hat das Ziel, die Energieeffizienz um 20  
1545 Prozent bis 2020 zu steigern. Wir werden uns dafür  
1546 einsetzen, auch nach 2020 Ziele für die Energieeffizienz so  
1547 fortzuschreiben, dass sie technologieoffen,  
1548 wettbewerbsneutral und damit weiterhin attraktiv für  
1549 unseren Mittelstand ausgestaltet sind. Bei der Steigerung  
1550 der Energieeffizienz verfolgen wir einen Ansatz, der  
1551 Gebäude, Industrie, Gewerbe und Haushalte umfasst und  
1552 dabei Strom, Wärme und Kälte gleichermaßen in den Blick  
1553 nimmt.

1554 *Sicherheit von Kernkraftwerken*  
1555 Risiken machen nicht an Grenzen halt. Deshalb müssen die  
1556 Kraftwerke so sicher wie möglich sein. Wir werden uns in  
1557 Europa dafür einsetzen, die Sicherheit der Kernkraftwerke  
1558 zu erhöhen und verbindliche Sicherheitsziele  
1559 festzuschreiben. Wir wollen ein System wechselseitiger  
1560 Kontrolle bei fortbestehender nationaler Verantwortung für  
1561 die Sicherheit. Wir setzen uns auf europäischer Ebene für  
1562 eine enge Zusammenarbeit und umfassende Transparenz in  
1563 allen sicherheitsrelevanten Fragen ein.

1564 Deutschland will auf die internationale  
1565 Sicherheitsdiskussion Einfluss nehmen. Daher werden  
1566 auch nach dem Ausstieg geeignete institutionell geförderte  
1567 Forschungseinrichtungen, unabhängige  
1568 Sachverständigeninstitutionen und ausreichende  
1569 behördliche Fachkompetenz zur Beurteilung der Sicherheit  
1570 von Kernkraftwerken und ihres Rückbaus, des  
1571 Strahlenschutzes und der nuklearen Entsorgung gebraucht.  
1572 Eine Förderung der Kernenergie lehnen wir jedoch  
1573 nachdrücklich ab.

1574 **56.**

## 1575 **2.9 Europa fit machen für die digitale Zukunft**

1576 Das Internet und digitale Technologien prägen heute unser  
1577 Leben. Smartphones und Tablet-Computer sind aus dem  
1578 Alltag nicht mehr wegzudenken. Mehr als jeder zweite  
1579 Europäer ist bereits regelmäßig online. In der Wirtschaft hat  
1580 unterdessen die vierte industrielle Revolution begonnen.  
1581 Mit dem „Internet der Dinge“ finden Waren schon heute  
1582 eigenständig ihren Weg vom Regal im Großlager über die  
1583 Laderampe bis hin zur Auslieferung beim Kunden. Künftig  
1584 können Produktionsketten und Alltagsgegenstände über

1585 das Internet angesteuert werden oder mit anderen  
1586 Produkten in Verbindung treten: Das kaputte Fließband  
1587 wird eigenständig den Mechaniker rufen und der  
1588 Kühlschrank bestellt automatisch Lebensmittel nach.  
1589 Gerade im Bereich der Industrie 4.0 müssen Deutschland  
1590 und Europa neue Anstrengungen unternehmen, um auch  
1591 hier Technologieführer zu werden.

1592 Europa muss in den nächsten Jahren die  
1593 Rahmenbedingungen so verbessern, dass wir global wieder  
1594 eine entscheidende Rolle spielen. Insbesondere müssen die  
1595 Grundvoraussetzungen für jährliche Zukunftsinvestitionen  
1596 verbessert werden, z. B. im europäischen  
1597 Wettbewerbsrecht.

1598 Wir sehen auch die anderen Folgen der digitalen Technik –  
1599 von der ständigen Erreichbarkeit im Beruf bis hin zum  
1600 Wegfall von Arbeitsplätzen durch Automatisierung. Und vor  
1601 allem sehen wir immer wieder Fälle von  
1602 verantwortungslosem Umgang mit persönlichen Daten.  
1603 Deshalb wollen wir die notwendigen Lösungen für eine gute  
1604 digitale Zukunft in Europa auch im Dialog mit den Bürgern  
1605 diskutieren und entwickeln. Dazu gehört auch, dass durch  
1606 die europäische Datenschutzgrundverordnung Sicherheit  
1607 für Verbraucher und Unternehmen geschaffen werden  
1608 muss. Außerdem wollen wir die Vermittlung von Medien-  
1609 und Informationskompetenz in allen Altersgruppen der  
1610 Bevölkerung stärken.

1611 **57.**

1612 *Die digitale Wirtschaft stärken*

1613 Digitale Technologien bieten uns eine Chance für  
1614 Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand. In einigen  
1615 Bereichen, gerade im Mittelstand, gibt es in Deutschland

1616 und Europa viele Weltmarktführer. Deshalb wollen wir  
1617 Europa auch an die Weltspitze des digitalen Fortschritts  
1618 führen und mit innovativen Ideen und guten  
1619 Rahmbedingungen zum digitalen Wachstumskontinent  
1620 werden. Dazu soll Europa ein führender Standort für  
1621 Internet- und IT-Unternehmen aus der ganzen Welt werden.  
1622 Wir wollen industriepolitisch dazu beitragen, dass wir bei  
1623 digitaler Technologie und Forschung zu den heutigen  
1624 Spitzenreitern USA und Asien aufschließen. Dazu gehört,  
1625 dass Unternehmen im digitalen Sektor schneller und  
1626 leichter gegründet werden können, z. B. durch weniger  
1627 Bürokratie und bessere Finanzierungsmöglichkeiten.

1628 *Mehr Sicherheit durch technologische Unabhängigkeit*  
1629 Schon in der Vergangenheit haben wir uns bei  
1630 Spitzentechnologien dafür entschieden, unabhängiger von  
1631 Technik aus dem außereuropäischen Ausland zu werden.  
1632 Daher haben wir mit Airbus eine Alternative zu Boeing  
1633 aufgebaut. Im Bereich der Geodaten und digitalen  
1634 Navigation sind wir dabei, mit Galileo – einem  
1635 Alternativsystem zum amerikanischen GPS –  
1636 eigenständiger zu werden. Es muss das Ziel der gesamten  
1637 Europäischen Union sein, eigene Kompetenzen auch im  
1638 Bereich der Hard- und Software aufzubauen. Die digitale  
1639 Infrastruktur muss europäischer und damit unabhängiger  
1640 von außereuropäischem Einfluss und Missbrauch werden.  
1641 Insbesondere mit Blick auf die Sicherheit unserer  
1642 Netzwerke und Systeme ist dies von größter Bedeutung.  
1643 Wir sehen besorgt, dass in Deutschland und in Europa an  
1644 einigen wichtigen Stellen die technologischen Fähigkeiten  
1645 dazu noch nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind.  
1646 Deshalb müssen wir gemeinsam mit unseren europäischen  
1647 Partnern auch im Internetbereich, in der digitalen

1648 Sicherheitstechnik und im Bereich der Hardware-  
1649 Komponenten unabhängiger und handlungsfähiger werden.

1650 **58.**

1651 *Ziele der digitalen Agenda erreichen*

1652 Die EU Kommission hat mit ihrer „Digitalen Agenda“  
1653 wichtige Impulse gesetzt. Einige der Ziele darin wurden  
1654 schon erreicht: So nimmt die Internetnutzung auch bei  
1655 Menschen mit langer Arbeitslosigkeit oder geringerer  
1656 Bildung deutlich zu und immer mehr ältere Menschen  
1657 entdecken das Netz für sich. Zudem findet das ultraschnelle  
1658 Internet (Anschlüsse mit mehr als 100 Mbit/s) immer  
1659 größere Verbreitung.

1660 Weitere Schritte sollen folgen. Daher setzen wir uns mit  
1661 Nachdruck dafür ein, dass die EU-Kommission gemeinsam  
1662 mit den Mitgliedstaaten und unter Einbindung des  
1663 Europäischen Parlamentes alle Ziele der „Digitalen  
1664 Agenda“ erreicht und alle vorgeschlagenen Maßnahmen  
1665 umsetzt. Dabei sehen wir einen Schwerpunkt bei Themen  
1666 aus den Bereichen E-Health, intelligente Mobilität, vernetzte  
1667 Städte und altersgerechte Assistenzsysteme. Diese  
1668 zentralen Vorhaben wollen wir auch durch das europäische  
1669 Forschungsprogramm „Horizon 2020“ weiter unterstützen.

1670 *Schnelles Internet in Stadt und Land – in ganz Europa*

1671 Schnelles Internet ist für Bürger und Unternehmen heute  
1672 genauso wichtig wie die Versorgung mit Strom, Wasser und  
1673 Gas. Deshalb wollen wir in Stadt und Land flächendeckende  
1674 Anschlüsse für schnelles Internet. Dazu wollen wir  
1675 gemeinsam mit den Telekommunikations- und  
1676 Netzunternehmen Lösungen entwickeln. Auch private  
1677 Investitionen in die Netze sollen über geeignete  
1678 Fördermaßnahmen attraktiver werden. Wir wollen den

1679 Ausbau technologieoffen gestalten und gerade in den  
1680 Städten den Zugang zum drahtlosen Internet über WLAN  
1681 weiter ausbauen. Hierzu gibt es in vielen Städten Europas  
1682 gute Beispiele, die wir schnell und unbürokratisch auch auf  
1683 andere Regionen übertragen wollen.

1684 **59.**

1685 *Auf dem Weg zu einem vernetzten Kontinent*

1686 Wir wollen den Weg in Richtung eines echten  
1687 Binnenmarktes für Telekommunikation weiter gehen. Das  
1688 Europäische Parlament muss die dazu vorliegenden  
1689 Vorschläge der EU-Kommission nun weiterentwickeln. Dazu  
1690 gehören auch die Sicherung der Netzneutralität sowie der  
1691 Ausbau des mobilen Internets. Besondere Schwerpunkte  
1692 bei der weiteren Arbeit müssen bei den Themen  
1693 Datenschutz, Netzsicherheit, Urheberrecht, digitales  
1694 Lernen, Open Data sowie Online-Bürgerbeteiligung und  
1695 E-Government gesetzt werden. Beim Cloud-Computing sind  
1696 transparente und einheitliche Standards in Europa und ein  
1697 gesamteuropäischer Datenschutz entscheidend für die  
1698 weitere Entwicklung.

1699 *Gründungen in der digitalen Wirtschaft fördern*

1700 Gründungen im Bereich der digitalen Wirtschaft stehen im  
1701 Mittelpunkt der Initiative „Startup Europe“. Vielfältige  
1702 Programme auf europäischer Ebene unterstützen und  
1703 vernetzen Gründer und Kapitalgeber aus allen Ländern.  
1704 Zudem fördern sie innovations- und wachstumsfreundliche  
1705 Rahmenbedingungen. Diese werden wir weiter  
1706 unterstützen. Dazu gehört aber auch eine  
1707 technikfreundliche Unternehmenskultur, wie etwa das  
1708 Silicon Valley zeigt. Eine Kultur, die Mut zum  
1709 verantwortungsvollen Risiko nicht bestraft und die Fehler  
1710 und Scheitern auch als Chance begreift.



1711 **60.**

1712 **3. Lebenswertes Europa**

1713 Die CDU will ein Europa, in dem die Menschen gerne leben.  
1714 Europa hat viel zu bieten. Es ist reich an unterschiedlichen  
1715 Kulturen, Traditionen und Landschaften. Diesen Reichtum  
1716 gilt es zu bewahren und zu pflegen. Wir wollen, dass  
1717 Europa noch lebenswerter wird.

1718 **3.1 Bildungszusammenarbeit stärken – Neue Chancen eröffnen**

1719 Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt zu  
1720 sichern, stellt Europa vor immer neue Herausforderungen.  
1721 Umso wichtiger ist es, unser Wissen und Können laufend  
1722 weiterzuentwickeln. Denn es begründet den Reichtum  
1723 Europas und hilft seinen Wohlstand zu erhalten.

1724 *Lernen und Studieren in Europa*

1725 Bildung hilft, die Persönlichkeit zu entfalten und  
1726 Lebenschancen wahrzunehmen. Bildung ist zudem wichtig  
1727 für das Zusammenwachsen Europas. Deshalb unterstützt  
1728 die CDU das Ziel, dass Schüler, Auszubildende und  
1729 Studierende sowie Lehrkräfte in Schule und Hochschule  
1730 überall in Europa lernen und lehren. So knüpfen sie ein  
1731 lebendiges Band zwischen den Menschen Europas.

1732 Der Aufenthalt in europäischen Nachbarländern ermöglicht  
1733 es gerade jungen Menschen, interkulturelle Kompetenzen  
1734 und neues Wissen zu erwerben und zu vertiefen. Dies  
1735 erweitert den persönlichen Horizont und verhilft zu  
1736 besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

1737 Die Vielfalt der Bildungssysteme in Europa ist ein Schatz,  
1738 den wir wahren müssen: Die Gestaltung des  
1739 Bildungswesens beruht auf nationalen Erfahrungen,

1740 gewachsenen Traditionen und Wertvorstellungen, die für  
1741 die Menschen eine hohe Identitätskraft besitzen, wie das  
1742 Abitur oder die duale Ausbildung in Deutschland. Da  
1743 Entscheidungen im Bildungsbereich die kulturellen Wurzeln  
1744 einer Nation berühren, lehnen wir es ab, die  
1745 Gemeinschaftskompetenzen im Bildungsbereich  
1746 auszuweiten.

1747 **61.**

1748 *Mit „Erasmus+“ ins Ausland*

1749 Die CDU begrüßt das EU-Programm „Erasmus+“. Mit  
1750 diesem Austauschprogramm für Jugend, Bildung und Sport  
1751 können bis zu fünf Millionen Europäer zwischen 13 und 30  
1752 Jahren bis zum Jahr 2020 Auslandsstipendien beantragen –  
1753 unabhängig von ihrer jeweiligen Bildungsstufe. Die CDU  
1754 unterstützt die Mobilität der Studierenden bzw. der Schüler,  
1755 Berufsschüler und Auszubildenden: Bis zum Jahr 2020  
1756 sollen mindestens 50 Prozent der Hochschulabsolventen  
1757 einen Teil ihres Studiums im Ausland verbracht haben. Bei  
1758 den jungen Erwachsenen in der Ausbildung sollen es  
1759 mindestens zehn Prozent sein.

1760 *Mehr gemeinsame Studiengänge in Europa*

1761 Um die Mobilität der Studierenden weiter zu fördern, wird  
1762 sich die CDU auch für mehr gemeinsame Studiengänge  
1763 zwischen deutschen Hochschulen und europäischen  
1764 Partner-Hochschulen einsetzen. Wir wollen die Zahl dieser  
1765 Studiengänge von heute fünf auf zehn Prozent im Jahr 2020  
1766 erhöhen. Dazu gehört es auch, Doppelabschlüsse als  
1767 Regelabschluss vorzusehen. Daneben wirken wir darauf  
1768 hin, verbindliche Mobilitätsfenster in den  
1769 Rahmenlehrplänen der einzelnen Studiengänge zu  
1770 verankern. Zugleich wollen wir eine bessere Anerkennung  
1771 der im Ausland erbrachten Studien- und

1772 Prüfungsleistungen erreichen. Um den Studierenden die  
1773 Entscheidung für eine ausländische Hochschule zu  
1774 erleichtern, wollen wir ein Güte-Siegel für besonders  
1775 vorbildliche Einrichtungen.

1776 **62.**

1777 **3.2 Nachhaltige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft –**  
1778 **sichere Versorgung**

1779 Europa hat eine vielfältige, nachhaltige und  
1780 wettbewerbsfähige Landwirtschaft. Sie erzeugt hochwertige  
1781 Lebensmittel unter höchsten Verbraucher-, Umwelt- und  
1782 Tierschutzstandards. Sie leistet gleichzeitig einen Beitrag  
1783 zu Energiesicherheit und Klimaschutz.

1784 *Nachhaltige und marktorientierte Landwirtschaft –*  
1785 *Gemeinsame Agrarpolitik praxisgerecht umsetzen*

1786 Mit der Reform der EU-Agrarpolitik 2014 bis 2020 haben wir  
1787 eine gute Grundlage geschaffen, damit sich die  
1788 europäische Landwirtschaft und die ländlichen Räume gut  
1789 entwickeln können. Die Beschlüsse müssen nun  
1790 praxisgerecht und unbürokratisch umgesetzt werden. Wir  
1791 wollen, dass die Gelder aus Brüssel zielgerichtet bei den  
1792 Landwirten ankommen. Den Weg der Marktorientierung  
1793 werden wir im Interesse unserer Landwirtschaft  
1794 weitergehen. Aber die Bauern können sich ebenso darauf  
1795 verlassen, dass sie in Krisenzeiten Unterstützung erhalten.  
1796 Wir setzen auf nachhaltige Anbauverfahren, die wir  
1797 insbesondere im Rahmen der ökologischen Vorrangflächen  
1798 fördern wollen. Deshalb muss auf den sogenannten  
1799 „Greening-Flächen“ eine landwirtschaftliche Produktion  
1800 möglich bleiben. Damit soll Europa auch unabhängiger vom  
1801 Import von Eiweißfuttermitteln werden. Ein ausreichender  
1802 umweltschonender Pflanzenschutz und eine  
1803 bedarfsgerechte Düngung sind für uns auch weiterhin Teil

1804 einer modernen und leistungsfähigen Landwirtschaft. Bei  
1805 einer Zwischenbewertung der EU-Agrarpolitik in der Mitte  
1806 der Förderperiode setzen wir auf Verlässlichkeit. Denn  
1807 unsere Bauern benötigen Planungssicherheit für ihre  
1808 Betriebs- und Investitionsentscheidungen.

1809 **63.**

1810 *Umwelt und Tierschutz – hohe europäische und*  
1811 *internationale Standards*

1812 Wir arbeiten weiter daran, Landwirtschaft, Umweltschutz,  
1813 Tierschutz und Tiergesundheit noch besser in Einklang zu  
1814 bringen. Dies können wir nur zusammen mit den  
1815 Landwirten erreichen. Deshalb setzen wir auf positive  
1816 Anreize für die europäischen Landwirte, auf  
1817 Forschungsförderung und eine EU-einheitliche  
1818 Weiterentwicklung der Standards. Diese müssen in allen  
1819 Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt werden. Nur so  
1820 können wir die Tierhaltung in Europa weiterentwickeln, den  
1821 Tierschutz vorantreiben, effektive Strategien zur  
1822 Bekämpfung von gefährlichen Tierseuchen und zur  
1823 Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes entwickeln. Wir  
1824 wollen höchste Tierschutz- und Umweltschutzstandards mit  
1825 einer wettbewerbsfähigen Produktion in Europa verbinden.  
1826 Letztlich streben wir einheitliche internationale Regelungen  
1827 an.

1828 Unsere hohen Standards müssen bei Handelsabkommen  
1829 berücksichtigt werden. Bei diesen wollen wir auch einen  
1830 einfachen und schnellen Zugang unserer Agrarwirtschaft zu  
1831 den Märkten in Drittstaaten erreichen.

1832 *Saatgutvielfalt sichern*

1833 Bei den Beratungen über eine Saatgutverordnung in der  
1834 Europäischen Union setzen wir uns dafür ein, dass die

1835 Sortenvielfalt, eine hohe Saatgutqualität und damit auch die  
1836 Wahlfreiheit der Bauern erhalten werden. Die Interessen  
1837 kleinerer und mittlerer Züchter, von Saatgutbetrieben sowie  
1838 der privaten Gärtner und Hobbyzüchter müssen gewahrt  
1839 werden. Alte und seltene Saatgutsorten sollen weiterhin  
1840 regional frei handelbar sein.

1841 **64.**

1842 *Schutz der Kulturlandschaft und der Wälder*

1843 Unser Ziel ist der Schutz der Kulturlandschaft und eine  
1844 flächendeckende Bewirtschaftung von Agrarflächen auch  
1845 dort, wo es schwierig ist, wie zum Beispiel in Berg- oder  
1846 Grünlandgebieten mit Wiesen und Weiden. Die Betriebe  
1847 dort sind für lokale Kreisläufe, den Tourismus und die  
1848 ländliche Infrastruktur wichtig. Die Landwirtschaft in  
1849 benachteiligten Gebieten werden wir weiterhin unterstützen  
1850 und regionale Kreisläufe und Wertschöpfung fördern.  
1851 Deshalb treten wir auch weiterhin für den EU-weiten Schutz  
1852 regionaler Ursprungsbezeichnungen von Nahrungsmitteln  
1853 wie Allgäuer Emmentaler, Altenburger Ziegenkäse,  
1854 Lüneburger Heidschnucke oder Odenwälder  
1855 Frühstückskäse ein.

1856 Land- und Forstwirtschaft in Europa können einen  
1857 wichtigen Beitrag zur umweltfreundlichen  
1858 Energieversorgung und zur Erreichung unserer  
1859 Klimaschutzziele leisten. Nachwachsende Rohstoffe und  
1860 Bioenergie müssen umweltfreundlich erzeugt sein. Deshalb  
1861 setzen wir uns für effektive Zertifizierungssysteme für die  
1862 Biomasse und den Einsatz von Reststoffen ein.

1863 40 Prozent Europas werden von Wäldern bedeckt. Sie sind  
1864 ein einzigartiger Schatz wertvoller Ökosysteme, eine  
1865 wichtige Einnahmequelle in ländlichen Regionen und die

1866 Grundlage unserer leistungsfähigen Forst- und  
1867 Holzwirtschaft. Wir wollen sie erhalten und befürworten  
1868 eine neue EU-Forststrategie, über die die Mitgliedstaaten  
1869 ihre Forstpolitik abstimmen. Sie soll in Zukunft noch mehr  
1870 als bisher das Prinzip der nachhaltigen Bewirtschaftung in  
1871 den Mittelpunkt stellen. Die Zuständigkeit in der Forstpolitik  
1872 muss aber weiterhin bei den Mitgliedstaaten verbleiben.

1873 **65.**

1874 **3.3 Gemeinsame Verantwortung – Europäische Umwelt- und  
1875 Klimapolitik**

1876 Die Bewahrung der Schöpfung ist gerade aus christlicher  
1877 Perspektive eine herausragende Aufgabe. Wir tragen nicht  
1878 nur Verantwortung für die heutige Generation, sondern  
1879 auch dafür, dass unsere Kinder und Enkel in einer guten  
1880 und gesunden Umwelt aufwachsen können. Bei vielen  
1881 Umweltproblemen benötigen wir eine engere europäische  
1882 Zusammenarbeit, weil Schadstoffe keine Grenzen kennen  
1883 und einseitige nationale Maßnahmen die  
1884 Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie aufs Spiel setzen.  
1885 Darum wollen wir möglichst viel gemeinsam erreichen.

1886 *Bekämpfung des Klimawandels*

1887 Die Bekämpfung des Klimawandels erfordert gemeinsame  
1888 Maßnahmen. Wir werden uns weiter engagiert für eine  
1889 europäische Führungsrolle im weltweiten Klimaschutz  
1890 einsetzen. Es ist gelungen, die Weltgemeinschaft auf das  
1891 Ziel zu verpflichten, dass sich die Erdatmosphäre nur um  
1892 maximal zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen  
1893 Zeitalter erwärmen soll. Viele andere Länder und Regionen  
1894 der Welt haben begonnen, Klimaschutzmaßnahmen  
1895 umzusetzen. Wir setzen uns mit Nachdruck für ein  
1896 verbindliches weltweites Klimaschutzabkommen ein, das  
1897 sich an das Kyoto-Abkommen anschließt. Dabei müssen

1898 nicht nur die Industrieländer, sondern auch wichtige  
1899 Schwellenländer konkrete Verpflichtungen übernehmen.

1900 Wir bekennen uns zu dem Ziel, Treibhausgase bis zum Jahr  
1901 2030 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu verringern. Ein  
1902 Zieldreieck aus Treibhausgasreduktion, Ausbau der  
1903 Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz halten wir  
1904 weiterhin für sinnvoll und werden uns in Europa dafür  
1905 einsetzen.

1906 **66.**

1907 *Reform des Emissionshandels*

1908 Das zentrale marktwirtschaftliche Mittel der europäischen  
1909 Klimapolitik ist der Emissionshandel. Wir setzen uns dafür  
1910 ein, dass dessen gegenwärtige Probleme beseitigt und  
1911 wirksame Anreize gesetzt werden, klimaschädliche  
1912 Treibhausgase zu vermeiden. Die Anzahl der  
1913 Verschmutzungsrechte soll gemäß den EU-Klimazielen  
1914 verringert und dabei die marktwirtschaftliche Struktur des  
1915 Emissionshandelssystems gewahrt werden. Darüber hinaus  
1916 ist es unser Ziel, möglichst viele Länder einzubeziehen und  
1917 ein weltweites Handelssystem zu entwickeln.

1918 *Ressourceneffizienz verbessern*

1919 Wir setzen uns dafür ein, den Rohstoff- und  
1920 Energieverbrauch weiter zu senken und vom  
1921 Wirtschaftswachstum zu entkoppeln. Eine höhere  
1922 Ressourceneffizienz stärkt Innovationen,  
1923 Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze und hat erhebliche  
1924 Vorteile für Umwelt und Gesundheit. Wir wollen die Abfälle  
1925 weiter verringern und die Möglichkeiten der  
1926 Wiederverwertung in vollem Umfang nutzen. Wir wollen die  
1927 Sammelmengen von Elektro- und Elektronikschrott  
1928 erhöhen, Rücknahmesysteme für wieder verwendbare

1929 Produkte ausbauen und die Rückgabe von  
1930 Gebrauchtgeräten erleichtern. In unserer Umweltpolitik  
1931 setzen wir vor allem auf Anreize und marktwirtschaftliche  
1932 Instrumente. Ordnungsrecht sollte mit Augenmaß  
1933 eingesetzt werden. Daher werden wir uns für eine maßvolle  
1934 Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie einsetzen.

1935 **67.**

1936 *Gewässer- und Meeresschutz*

1937 Den Gewässer- und Meeresschutz wollen wir verstärken.  
1938 Wir setzen uns für ein Schutzgebietsnetz für  
1939 Hochseegebiete und für Verhandlungen zu einem  
1940 internationalen Durchführungsübereinkommen ein, mit dem  
1941 die Zuständigkeiten und die Zusammenarbeit der  
1942 betroffenen internationalen Organisation zum Schutz der  
1943 Hohen See und zur Ausweisung von Meeresschutzgebieten  
1944 festgelegt werden. Die EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie  
1945 wollen wir umsetzen und den geforderten guten  
1946 Umweltzustand in den deutschen Meeressgewässern bis  
1947 spätestens 2020 erreichen. Dazu gehört die Ausweisung  
1948 von Schutzgebieten, die Bekämpfung der Überfischung und  
1949 klare Regeln für Tiefseebergbau und Öl- oder Gasförderung  
1950 aus großen Tiefen. Wir setzen uns für eine integrierte  
1951 europäische Meerespolitik ein, die die Förderung der  
1952 Schifffahrt mit Umweltschutz und einer nachhaltigen  
1953 Bewirtschaftung der Meere verbindet. Das Problem der  
1954 zunehmenden Belastung der Weltmeere durch Plastikmüll  
1955 wollen wir gemeinsam mit den europäischen Partnern  
1956 angehen. Einem Verbot oder einer Belastung der  
1957 Verbraucher durch ein Pfand stehen wir jedoch kritisch  
1958 gegenüber. Wir setzen auf das bewährte System des  
1959 Recyclings in Deutschland.



1960 *Fracking – Vorrang für den Umweltschutz*  
1961 Im Hinblick auf eine Gewinnung von Gas durch das  
1962 sogenannte Fracking ist für die CDU klar: Gefahren für die  
1963 Menschen und unser Trinkwasser müssen dabei  
1964 ausgeschlossen werden. Die Sicherheit hat für uns  
1965 absoluten Vorrang. Eine Gasgewinnung mittels  
1966 gesundheitsgefährdender Chemikalien lehnen wir ab.

1967 **68.**  
1968 *Hochwasserschutz*  
1969 Wir wollen den Hochwasserschutz stärken und den Flüssen  
1970 wieder mehr Raum geben. Mit unseren europäischen  
1971 Nachbarländern werden wir den Dialog zum  
1972 Hochwasserschutz verstärken.

1973 *Schutz der Artenvielfalt*  
1974 Wir wollen den Naturreichtum und die Artenvielfalt in  
1975 Europa bewahren. Wir setzen uns für eine Stärkung des  
1976 internationalen Schutzes der Artenvielfalt und für den  
1977 Schutz, Erhalt und den Wiederaufbau von Wäldern ein. Den  
1978 Wildtierschutz wollen wir verbessern und verstärkt gegen  
1979 Wilderei und illegalen Wildtierhandel vorgehen. Gleiches  
1980 gilt für den großflächigen Vogelfang mit Netzen. Den  
1981 Artenschutz wollen wir im Rahmen internationaler  
1982 Artenschutzabkommen stärken und effizienter sowie  
1983 transparenter gestalten.

1984 Wir setzen uns für einen konsequenten und besseren  
1985 Schutz der Wale ein, die im Ökosystem und in der  
1986 Nahrungskette eine wichtige Rolle spielen. Wir stehen für  
1987 eine nachhaltige europäische Fischereipolitik, deren Regeln  
1988 für europäische Fischer auch außerhalb der Grenzen der  
1989 europäischen Gewässer gelten müssen.

1990 **69.**

1991 **3.4 Verbraucherschutz und gute Lebensmittel –**

1992 **Vertrauen in Märkte und Produkte stärken**

1993 Die CDU setzt sich für ein verbraucherfreundliches Europa  
1994 ein. Die Verbraucher sollen beim grenzüberschreitenden  
1995 Einkauf, bei Bankgeschäften oder bei Reisen in die  
1996 Regelungen der Märkte und die Wirtschaft vertrauen  
1997 können. Wir wollen einen transparenten Binnenmarkt, auf  
1998 dem sichere und gute Produkte zu fairen und nachhaltigen  
1999 Bedingungen hergestellt und angeboten werden.  
2000 Verbraucher sollen selbstbestimmt entscheiden können.  
2001 Dafür brauchen sie verständliche und vergleichbare  
2002 Angebote.

2003 *EU-Verbraucherpolitik weiterentwickeln*

2004 Wir arbeiten daran, das hohe deutsche Schutzniveau in  
2005 ganz Europa zu verankern. Dabei haben wir schon viel  
2006 erreicht: Die Lebensmittelkennzeichnung ist klar geregelt.  
2007 Verständliche Angaben zu Nährwerten und Inhaltsstoffen  
2008 werden Pflicht. Irreführende Werbeaussagen sind verboten.  
2009 Auch bei Kosmetika muss nun besser über das  
2010 Mindesthaltbarkeitsdatum, besondere  
2011 Vorsichtsmaßnahmen für den Gebrauch und über die  
2012 Bestandteile informiert werden. Reisende erhalten EU-weit  
2013 verbindliche Entschädigungen bei Zug- und Flugausfällen  
2014 oder -verspätungen. Die Reform der EU-Finanzmärkte  
2015 schafft mehr Sicherheit für die Bankkunden. Diesen  
2016 erfolgreichen Weg der Stärkung des Verbraucherschutzes  
2017 insbesondere durch Transparenz und erhöhte  
2018 Beratungsstandards werden wir konsequent weiter gehen.

2019 *Verbraucherrechte grenzüberschreitend durchsetzen*

2020 Die Durchsetzung der Verbraucherrechte muss  
2021 grenzüberschreitend einfach, qualitativ hochwertig und

2022 kostengünstig sein. Deshalb werden wir in Deutschland die  
2023 EU-Richtlinie über Alternative Streitbeilegung zeitnah und  
2024 verbraucherfreundlich umsetzen. Wir wollen die Schaffung  
2025 einer europaweiten Plattform für die Online-Streitbeilegung.  
2026 Diese soll die nationalen Schlichtungsstellen vernetzen und  
2027 den Verbrauchern und Händlern die Möglichkeit geben,  
2028 Unstimmigkeiten bei Online-Käufen in ihrer Landessprache  
2029 zu klären. Sammelklagen lehnen wir ab, da sie zu großen  
2030 Unsicherheiten für Unternehmen und Verbraucher führen  
2031 würden.

2032 Zur Verbesserung der Produktsicherheit setzen wir uns für  
2033 ein europäisches Sicherheitszeichen entsprechend dem  
2034 deutschen GS-Zeichen ein.

## 2035 **70.**

2036 *Lebensmittelsicherheit und -kennzeichnung weiter*  
2037 *verbessern*

2038 Auf dem Europäischen Binnenmarkt wollen wir qualitativ  
2039 hochwertige und sichere Nahrungsmittel. Wir werden  
2040 Lebensmittelbetrug europaweit verhindern, schnell  
2041 aufklären und hart bestrafen, damit sich Betrug in Zukunft  
2042 nicht mehr lohnt. Wir setzen uns für eine Verstärkung der  
2043 Einfuhrkontrollen an den Außengrenzen der Europäischen  
2044 Union ein. Wir fordern einheitlich hohe Standards und eine  
2045 hohe Kontrolldichte, die Rückverfolgbarkeit in der  
2046 Lebensmittelkette sowie ein Frühwarnsystem. Verbraucher  
2047 sollen nicht nur wissen, welche Inhaltsstoffe und wie viele  
2048 Kalorien ein Lebensmittel enthält, sondern auch wie es  
2049 hergestellt wurde. Deshalb setzen wir uns für eine  
2050 verlässliche Tierwohlkennzeichnung und für eine  
2051 verpflichtende Kennzeichnung für Produkte ein, die mit  
2052 gentechnischen Verfahren hergestellt wurden. Hierzu  
2053 gehört Fleisch von Tieren, die mit gentechnisch

2054 veränderten Pflanzen gefüttert wurden. Wir treten ebenso  
2055 für ein Verbot des Klonens zur Lebensmittelherstellung und  
2056 für ein Importverbot von geklonten Tieren ein. Wir fordern  
2057 zudem, dass Tiere und tierische Produkte, die von  
2058 geklonten Tieren und deren Nachkommen abstammen,  
2059 gekennzeichnet werden. Für Lebensmittel soll es eine  
2060 verpflichtende Kennzeichnung von Herkunfts- und  
2061 Produktionsort geben. Damit wollen wir auch regional  
2062 typische Spezialitäten stärken. Wir halten an unserem Ziel  
2063 fest, Lebensmittelabfälle bis 2020 europaweit zu halbieren.  
2064 Wir lehnen eine Bevormundung des Verbrauchers ab.  
2065 Lebensmittel können nicht generell in gut und böse oder  
2066 gesund und ungesund eingeteilt werden. Es kommt immer  
2067 auf die individuelle Situation und die Menge an.

2068 Wir wollen den Menschen helfen, sich ausgewogen zu  
2069 ernähren. Dabei muss bei Regulierungen auf die Belange  
2070 von Verbrauchern und kleinen und mittleren Unternehmen  
2071 geachtet werden. Wir wollen, dass die Verbraucher auch  
2072 weiterhin die Vielfalt von regional und handwerklich  
2073 erzeugten Lebensmitteln, wie Brot und Wurst vom örtlichen  
2074 Bäcker und Metzger, genießen können. Dies gilt auch in  
2075 dem Fall, dass die Europäische Kommission sogenannte  
2076 Nährwertprofile vorlegt, die die typische  
2077 Nährstoffzusammensetzung von Lebensmitteln  
2078 beschreiben und Anforderungen für gesundheitsbezogene  
2079 Angaben formulieren sollen.

## 2080 **71.**

### 2081 *Verbraucherrechte im digitalen Binnenmarkt*

2082 Die Verbraucher sollen auch im digitalen Binnenmarkt auf  
2083 die Sicherheit ihrer Daten vertrauen können, sei es beim  
2084 Online-Einkauf, bei Bankgeschäften oder in den sozialen  
2085 Netzwerken. Wir setzen uns für verbraucherfreundliche

2086 Regelungen beim Datenschutz und datenschutzfreundliche  
2087 Voreinstellungen von Diensten und Geräten ein. Wir wollen  
2088 Sicherheit und Anwendungsfreundlichkeit von e-  
2089 Signaturen, den schnellen Ausbau von  
2090 Hochgeschwindigkeitsnetzen und die Sicherung der  
2091 Netzneutralität.

2092 In den letzten Jahren wurden die Roaming-Gebühren  
2093 abgesenkt. Nun wollen wir das endgültige Ende der  
2094 Aufschläge und Extra-Gebühren bei der Nutzung von  
2095 Handys und Smartphones in anderen EU-Ländern. Wer in  
2096 der Europäischen Union Telefonate führt, SMS verschickt  
2097 oder mobil surft, soll nicht mehr bezahlen als im  
2098 Heimatland. Zum digitalen Binnenmarkt gehört zudem ein  
2099 einheitlicher Stecker zum Laden von Mobilfunkgeräten.

2100 Zur Verbraucherefreundlichkeit gehört auch ein integrierter  
2101 europäischer Markt für Karten-, Internet- und mobile  
2102 Zahlungen. Unser Ziel ist Sicherheit bei allen Bezahlformen  
2103 und der Abbau von zusätzlichen Gebühren in der EU.

#### 2104 *Rechte der Urlauber*

2105 Wir werden die Rechte von Reisenden und Urlaubern weiter  
2106 stärken. Bei der Neuregelung der  
2107 Fluggastrechteverordnung und des Pauschalreiserechts  
2108 setzen wir uns für den Erhalt des bestehenden  
2109 Schutzniveaus ein. Wir wollen ein Verbot überhöhter  
2110 Gebühren, z. B. für Namenswechsel oder verloren  
2111 gegangene Reiseunterlagen. Die europäischen Vorschriften  
2112 für Pauschalreisen wollen wir an das digitale Zeitalter  
2113 anpassen. Urlauber sollen bei Online-Buchungen dieselben  
2114 Rechte haben wie im Reisebüro.

2115 **72.**

2116 **3.5 Gesundheit in Europa – im Dienste der Menschen**

2117 Wir wollen, dass Europa weltweit Vorreiter für Innovation,  
2118 Qualität und Sicherheit in der Gesundheitsversorgung  
2119 bleibt. Schon heute arbeiten in Europa zehn Prozent der  
2120 Erwerbstätigen – mehr als 20 Millionen Menschen – im  
2121 Gesundheitsbereich.

2122 *Nationale Zuständigkeit – europäische Zusammenarbeit*

2123 Die Zuständigkeit und Verantwortung für die Organisation  
2124 der Gesundheitswesen liegt allein bei den Mitgliedstaaten.  
2125 Wir wollen die Vielfalt der historisch begründeten und  
2126 politisch gewollten nationalen Gesundheitssysteme und die  
2127 Kompetenz, sie eigenverantwortlich zu gestalten, auch in  
2128 Zukunft erhalten. Die europäischen Institutionen sind aber  
2129 verpflichtet, bei allen Maßnahmen ein hohes  
2130 Gesundheitsschutzniveau sicherzustellen.

2131 Maßnahmen der europäischen Institutionen sollen durch  
2132 offene Koordinierung den Austausch und die gemeinsame  
2133 Festlegung von Zielmarken befördern. Besondere  
2134 Bedeutung kommt der Europäischen Union in der  
2135 Gestaltung der Gesundheitsversorgung immer dann zu,  
2136 wenn grenzüberschreitende Fragen betroffen sind, etwa mit  
2137 Blick auf die Patientenmobilität in Europa. Gerade in der  
2138 grenzübergreifenden Zusammenarbeit stecken noch große  
2139 Reserven, zum Beispiel bei der Krankenhausplanung, bei  
2140 der ärztlichen Versorgung oder in der medizinischen  
2141 Forschung. Bei akuten grenzüberschreitenden  
2142 Gefahrenlagen – wie bei Seuchen – muss ein rasches  
2143 Handeln möglich sein. Besondere Aufmerksamkeit verdient  
2144 das steigende Problem der Antibiotikaresistenz. Wir setzen  
2145 uns für europäische Zusammenarbeit zur Bekämpfung der

2146 Ursachen ein. Erfolgreiche Modelle aus einem Mitgliedstaat  
2147 können europaweit übernommen werden.

2148 **73.**

2149 *Arzneimittel und Medizinprodukte*

2150 Im hoch innovativen Bereich der Arzneimittel und  
2151 Medizinprodukte ist der europäische Binnenmarkt längst  
2152 Wirklichkeit. Deutschland und Europa stehen mit ihren  
2153 medizinischen und pharmazeutischen Produkten im  
2154 weltweiten Wettbewerb. Regulierungen und Normen spielen  
2155 dabei eine wesentliche Rolle für die Patienten und  
2156 Unternehmen. Bestehende und bewährte Regelungen  
2157 müssen daher immer wieder daraufhin überprüft werden,  
2158 ob sie den aktuellen wissenschaftlichen Anforderungen an  
2159 größtmöglicher Sicherheit für die Patienten auch weiterhin  
2160 entsprechen. Hierbei gilt es, ein Gleichgewicht herzustellen,  
2161 das medizinischen Fortschritt nicht behindert, sondern für  
2162 Patienten schnell verfügbar macht. Dabei dürfen die  
2163 berechtigten Sicherheitsbedürfnisse der Patienten nicht  
2164 beeinträchtigt oder gefährdet werden.

2165 Innerhalb Europas und weltweit konkurrieren  
2166 Gesundheitsregionen um die notwendigen Fachkräfte in  
2167 Medizin und Pflege. Deutschland und Europa kommt hier  
2168 eine besondere Verantwortung zu, der wir uns bewusst sind  
2169 und die wir angesichts unserer demografischen  
2170 Entwicklung nur gemeinsam meistern können.

2171 **74.**

2172 **3.6 Stadt, Land, Europa – Regionalpolitik für eine starke Heimat**

2173 Die CDU ist die Kommunalpartei in Deutschland. Unsere  
2174 Städte, Landkreise und Gemeinden sollen auch in Zukunft  
2175 ihren Bürgern eine lebenswerte Heimat sein können. Wir  
2176 wollen dem Subsidiaritätsprinzip auf allen Ebenen Geltung

2177 verschaffen. Bundestag, Bundesrat sowie die kommunalen  
2178 Spitzenverbände sollen im Prozess der europäischen  
2179 Rechtsetzung rechtzeitig und angemessen beteiligt werden.

2180 Über 60 Prozent aller auf EU-Ebene verabschiedeten  
2181 Richtlinien und Verordnungen sind für die kommunale  
2182 Ebene bedeutsam. Das unterstreicht, wie wichtig eine  
2183 starke Stimme der Kommunen in Brüssel und Straßburg ist.  
2184 Deshalb werden wir uns auch in Zukunft stets für die  
2185 Belange der Kommunen einsetzen. Wie europäische  
2186 Vorgaben vor Ort umgesetzt werden können, ist nicht nur  
2187 entscheidend für den Erfolg der Maßnahmen. Dies prägt  
2188 auch wesentlich das Bild, das sich die Menschen von der  
2189 Europäischen Union machen. Wir wollen ein bürgernahes  
2190 und kommunalfreundliches Europa: Eine gute EU-  
2191 Regionalpolitik, überschaubare und nachvollziehbare  
2192 Regelungen sowie transparente Abläufe, möglichst wenig  
2193 Bürokratie und nicht zuletzt eine zukunftsweisende  
2194 regionale Förderpolitik. Dies sind die wichtigsten  
2195 Bausteine, für die wir im Interesse unserer Kommunen in  
2196 Europa arbeiten. Die in diesem Zusammenhang wichtige  
2197 Bedeutung des „Ausschusses der Regionen“ (AdR) gilt es  
2198 in Zukunft zu stärken. Es gilt, die Teilhabe und Mitwirkung  
2199 des AdR an den Entscheidungsprozessen der  
2200 Europäischen Kommission und des Europäischen  
2201 Parlamentes zu intensivieren. Gerade aus Sicht der  
2202 föderalen Struktur der Bundesrepublik und der  
2203 europäischen Zielsetzung „Europa der Regionen“ muss  
2204 dem Ausschuss der Regionen schrittweise mehr  
2205 Kompetenz zuwachsen.

2206 Die Förderung strukturschwacher Regionen durch die  
2207 Europäische Union hat viel dazu beigetragen, notwendigen  
2208 Strukturwandel vor Ort zu bewältigen. Der erfolgreiche



2209 Aufbau Ost wäre ohne die tatkräftige Unterstützung  
2210 Brüssels nicht möglich gewesen. In Zukunft wird es darum  
2211 gehen, die Regionalförderung nach einheitlichen Kriterien  
2212 in den neuen wie auch in den alten Ländern zu verstetigen.  
2213 Wir setzen uns zudem dafür ein, dass der Aufbau Ost auch  
2214 seitens der Europäischen Union weiterhin unterstützt wird.

2215 **75.**

2216 *Öffentliche Daseinsvorsorge sichern*

2217 Unsere historisch gewachsene kommunale und regionale  
2218 Selbstverwaltung ist den Menschen wichtig. Wir wollen sie  
2219 ebenso erhalten wie die qualitativ hochwertige öffentliche  
2220 Daseinsvorsorge. Deshalb haben wir uns erfolgreich dafür  
2221 eingesetzt, die Wasserversorgung aus dem  
2222 Anwendungsbereich der künftigen  
2223 EU-Konzessionsrichtlinie herauszunehmen. Das sichert  
2224 auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige und bezahlbare  
2225 Wasserversorgung in unseren Kommunen.

2226 *Förderung des ländlichen Raumes*

2227 Die sich wandelnde Bevölkerung, der Strukturwandel in der  
2228 Landwirtschaft und der Klimawandel stellen die ländlichen  
2229 Räume überall in Europa vor ähnlich große  
2230 Herausforderungen. Wir wollen die Städte und Gemeinden  
2231 bei dieser Aufgabe weiterhin unterstützen. Deshalb werden  
2232 wir uns für eine verlässliche Förderung der ländlichen  
2233 Regionen einsetzen, damit sie uns auch künftig eine  
2234 lebenswerte Heimat bleiben. Wir wollen die Infrastruktur  
2235 stärken. Vor allem den Breitbandausbau werden wir  
2236 vorantreiben, Landwirtschaft, Handwerk und  
2237 mittelständische Industrie stärken und das Natur- und  
2238 Kulturerbe der ländlichen Regionen erhalten.

2239 *Städtepartnerschaften – ein Band zwischen den Menschen*  
2240 Die Partnerschaften zwischen deutschen und europäischen  
2241 Städten wollen wir ausbauen. Mehr als 5000  
2242 Partnerschaften sind ein starkes Zeichen für lebendige  
2243 Begegnungen zwischen den Menschen, vor allem für die  
2244 jungen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass  
2245 Städtepartnerschaften unterstützt werden.

2246 **76.**

### 2247 **3.7 Vielfalt in Kultur und Medien – Europas Reichtum**

2248 Europa ist eine reiche Kultur- und Wertegemeinschaft. Die  
2249 Europäer sind zu Recht stolz auf ihre kulturelle Vielfalt.  
2250 Gerade in Krisenzeiten wirkt die Kultur identitäts- und  
2251 gemeinschaftsstiftend. Dies zeigt: Die Europäische Union  
2252 ist mehr als ein Binnenmarkt.

2253 Die kulturelle Vielfalt Europas zeigt sich vor allem in den  
2254 unterschiedlichen europäischen Landschaften und  
2255 Regionen. Die CDU bekennt sich daher ausdrücklich zur  
2256 Kulturhoheit der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen.

#### 2257 *Förderprogramm „Kreatives Europa“*

2258 Die Kultur verbindet die Europäer auf einzigartige Weise.  
2259 Deshalb unterstützen wir das EU-Programm „Kreatives  
2260 Europa“ (2014-2020). Es führt wichtige Initiativen von  
2261 grenzüberschreitender Bedeutung fort. Hierzu gehören  
2262 beispielsweise die Aktion „Kulturhauptstädte Europas“, das  
2263 „Europäische Kulturerbe-Siegel“ oder die „Europäischen  
2264 Tage des Denkmals“. Auf diese Weise leistet das Programm  
2265 einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der kulturell-  
2266 künstlerischen Bildung in Europa. Bei diesen Initiativen  
2267 kommt den Mitgliedstaaten die tragende Rolle zu.

2268 *Modernes Urheberrecht*

2269 Wir wollen das Urheberrecht den Erfordernissen und  
2270 Herausforderungen des digitalen Zeitalters anpassen. Ziel  
2271 muss ein gerechter Ausgleich der Interessen von Urhebern,  
2272 Verwertern und Nutzern sein. Markeninhaber, Urheber und  
2273 andere Kreative vor Rechtsverletzungen im digitalen Netz  
2274 brauchen wirkungsvollen Schutz. Deshalb streben wir den  
2275 Ausbau verbindlicher europäischer und internationaler  
2276 Vereinbarungen an.

2277 **77.**

2278 *Vielfalt und Qualität in der Medienlandschaft*

2279 Meinungs- und Informationsfreiheit sind notwendige  
2280 Grundlagen unserer freiheitlich-demokratischen  
2281 Grundordnung. Freie und starke Medien sind ein zentrales  
2282 Element. Ihre Vielfalt wollen wir auch in Zukunft  
2283 unterstützen. Wir wollen daher auch die  
2284 Rahmenbedingungen in Europa so gestalten, dass sich die  
2285 Medienlandschaft bestmöglich entwickeln und ihrem  
2286 Kulturauftrag nachkommen kann.

2287 Zuschauer, Hörer oder Leser können nicht mehr  
2288 unterscheiden, ob Inhalte beispielsweise über den  
2289 „klassischen“ Rundfunk oder über das Internet zu ihm  
2290 gelangen. Heute nutzen wir den Computer auch als  
2291 Fernseher und gehen mit dem Fernseher auch ins Internet.  
2292 Diese technische Konvergenz der Medien prägt die aktuelle  
2293 Entwicklung der Medienwelt. In Zukunft werden sich daher  
2294 medienrechtliche und netzpolitische Fragen immer stärker  
2295 überschneiden. Die europäische Politik muss den  
2296 Rechtsrahmen an die neuen Bedingungen anpassen.  
2297 Angesichts der zunehmenden Konvergenz ist es wichtig,  
2298 ein neues Verständnis zu entwickeln, wie audiovisuelle  
2299 Medien, elektronische Dienste und Anwendungen

2300 zusammenwirken. Wir setzen uns hier für ein einheitliches  
2301 Regulierungsniveau ein. Bestehende Überregulierung  
2302 wollen wir abbauen.

2303 **78.**

2304 Wir wollen für alle Medien faire Wettbewerbschancen.  
2305 Inhalte aller Medien müssen sich refinanzieren und es  
2306 müssen sich neue Geschäftsmodelle entwickeln können.  
2307 Wir setzen uns dafür ein, die Richtlinie über audiovisuelle  
2308 Mediendienste zu überprüfen und anzupassen. So wollen  
2309 wir beispielsweise die quantitativen Werberegeln  
2310 deregulieren. Außerdem lehnen wir weitere Werbeverbote  
2311 ab.

2312 Wir wollen mediale Vielfalt und journalistische  
2313 Chancengleichheit im Internet auch auf europäischer Ebene  
2314 sicherstellen. Deshalb setzen wir uns für Netzneutralität  
2315 ein: Bestimmte Daten dürfen bei der Durchleitung im  
2316 Internet nicht bevorzugt werden. Zudem wollen wir  
2317 Plattformneutralität:

2318 Gleichgültig ob Smartphone, Tablet, PC oder internetfähiger  
2319 Fernseher – Filme, Fernsehen und Videos müssen auf allen  
2320 Endgeräten leicht auffindbar und zugänglich sein.

2321 Für den Erhalt des digitalen Antennenfernsehens (DVB-T2)  
2322 müssen geeignete europäische Rahmenbedingungen  
2323 geschaffen werden.

2324 Bei der Ausgestaltung der EU-Datenschutz-  
2325 Grundverordnung ist darauf zu achten, dass  
2326 Refinanzierungsmöglichkeiten der medialen  
2327 Inhalteproduktion erhalten bleiben.

2328 Die bereits vielfältig bestehenden Aktivitäten zur  
2329 Vermittlung von (digitaler) Medienkompetenz wollen wir  
2330 stärken.

### 2331 *Zukunft des Buches*

2332 Eine lebendige Literatur ist ein elementarer Bestandteil  
2333 unserer Kultur. Wir wollen daher auch im digitalen Zeitalter  
2334 eine Zukunft für das Buch. Deshalb wollen wir den  
2335 ermäßigten Mehrwertsteuersatz auch für elektronische  
2336 Bücher und Hörbücher. Wir werden auf europäischer Ebene  
2337 darauf hinwirken.

## 2338 **79.**

### 2339 **3.8 Generationengerechtes Europa – Bevölkerungswandel 2340 gestalten**

2341 Die Menschen in Europa leben erfreulicherweise immer  
2342 länger. Jeden Tag nimmt die durchschnittliche  
2343 Lebenserwartung in Deutschland um sechs Stunden zu.  
2344 Gleichzeitig werden aber weniger Kinder als früher  
2345 geboren. Die Zahl der Menschen mit  
2346 Zuwanderungsgeschichte nimmt zu. Dadurch wird unsere  
2347 Gesellschaft älter, vielfältiger, aber auch kleiner. Diese  
2348 Entwicklung trifft alle Länder in Europa und stellt für  
2349 unseren gesamten Kontinent eine große Herausforderung  
2350 dar. Unser Ziel ist, auch bei einer langfristig kleiner und  
2351 älter werdenden Bevölkerung zu den innovativsten und  
2352 wettbewerbsfähigsten Regionen der Welt zu gehören.  
2353 Genauso wollen wir aber auch die Voraussetzungen  
2354 schaffen, dass überall in Europa wieder mehr Familien  
2355 gegründet und Kinder geboren werden.

### 2356 *Voneinander lernen*

2357 Deutschland nimmt eine Vorreiterrolle bei der Frage ein, wie  
2358 auf diese Veränderungen reagiert werden kann: Wir haben

2359 unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest  
2360 aufgestellt. Unsere solide Finanzpolitik ist ein Beitrag zu  
2361 mehr Generationengerechtigkeit. Mit neuen Konzepten  
2362 gelingt es uns, auch in dünnbesiedelten Regionen eine gute  
2363 Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Deutschland  
2364 kann sich hier zum innovativen Leitmarkt entwickeln und  
2365 ganz Europa wichtige Impulse geben. Gerade im Osten  
2366 Deutschlands sind die Veränderungen besonders schnell  
2367 vorangeschritten. Dort haben wir Regionen, in denen sich  
2368 die Bevölkerungsdichte in den vergangenen 20 Jahren  
2369 nahezu halbiert hat. Hier sind bereits viele regionale  
2370 Modelle und Lösungskonzepte umgesetzt worden. Die so  
2371 gewonnenen Erfahrungen wollen wir auch für andere  
2372 Länder und Regionen zugänglich machen.

2373 Der Bevölkerungswandel ist jedoch eine Herausforderung,  
2374 die alle gesellschaftlichen Gruppen angeht. Die  
2375 Europäische Kommission muss deshalb mit ihrer  
2376 Förderpolitik darauf reagieren.

2377 **80.**

2378 *Europäisches Demografieforum*

2379 Wir setzen uns dafür ein, das Europäische  
2380 Demografieforum weiterzuentwickeln. Seit 2006 beraten  
2381 dort politische Entscheidungsträger, Sachverständige und  
2382 Interessenvertreter aus ganz Europa über Antworten auf  
2383 den demografischen Wandel. Auch der Europäische  
2384 Demografiebericht soll als Instrument der Bewertung von  
2385 bereits auf den Weg gebrachten Maßnahmen  
2386 fortgeschrieben werden. Schließlich müssen die  
2387 verschiedenen Demografiestrategien und Maßnahmen der  
2388 Länder und Regionen grenzübergreifend besser bekannt  
2389 gemacht werden. Ein gutes Beispiel hierfür ist das  
2390 „Demographic Change Regions Network“ (DCRN), in dem

2391 sich verschiedene vom Wandel besonders betroffene  
2392 Regionen zu einem Netzwerk zusammengeschlossen  
2393 haben.

2394 *Besonders betroffene Regionen besser fördern*

2395 Für viele Regionen ist es schwer, den Bevölkerungswandel  
2396 zu bewältigen. Damit sind auch finanzielle Anstrengungen  
2397 verbunden. Wir wollen deshalb, dass in den Strukturfonds  
2398 neue Schwerpunkte gesetzt werden, die die Folgen der  
2399 Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Regionen  
2400 stärker berücksichtigen.

2401 *Mit mehr Flexibilität den Anpassungsprozess gestalten*

2402 Ein wichtige Hilfe für die betroffenen Länder und Regionen  
2403 können auch mehr und besser nutzbare  
2404 Handlungsspielräume sein, mit denen sie flexibel auf  
2405 Änderungen reagieren können, die auf sie zukommen.  
2406 Besonders stark vom Bevölkerungsrückgang betroffenen  
2407 Ländern wollen wir daher mit Erprobungsklauseln in  
2408 Vorschriften und Gesetzen die Möglichkeit eröffnen, von  
2409 europäischen Standards vorübergehend abweichen zu  
2410 können.

2411 **81.**

2412 *Solidarität zwischen den Generationen stärken*

2413 Wir wollen möglichst vielen Menschen ermöglichen, bis ins  
2414 hohe Alter selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben  
2415 teilzuhaben. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten auch  
2416 unsere Mehrgenerationenhäuser. Wir wollen sie zu  
2417 sorgenden Gemeinschaften weiterentwickeln und auch bei  
2418 unseren europäischen Nachbarn für diese Idee werben.

2419 Ältere Menschen haben einen großen Erfahrungsschatz,  
2420 den wir besser und stärker nutzen wollen. Dies ist zum

2421 Vorteil aller Generationen. Wir wenden uns gegen jede Art  
2422 der Altersdiskriminierung. Wir wollen daher Projekte  
2423 unterstützen, die Europa altersfreundlicher machen und  
2424 den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Auf diesem  
2425 Weg wollen wir die Lebensqualität und Gesundheit älterer  
2426 Menschen und zugleich den barrierefreien Zugang zu  
2427 Leistungen in allen gesellschaftlichen Bereichen  
2428 verbessern. Davon profitieren auch junge Familien oder  
2429 Menschen mit Behinderung.

2430 Deutschland hat mit der Rente mit 67 einen wichtigen  
2431 Schritt für ein stabiles und generationengerechtes  
2432 Rentensystem gemacht. Wir ermutigen die anderen Staaten  
2433 der Europäischen Union, ihre Systeme zur Alterssicherung  
2434 ebenso zukunftssicher aufzustellen und längere  
2435 Lebensarbeitszeiten in Betracht zu ziehen. Das Ziel muss  
2436 sein, die jüngere und ältere Generation gleichermaßen im  
2437 Arbeitsmarkt zu integrieren.

2438 **82.**

### 2439 **3.9 Menschen mit Behinderung – für ein gutes Miteinander**

2440 In der Europäischen Union leben rund 80 Millionen  
2441 Menschen mit einer Behinderung. Das sind 16 Prozent der  
2442 Gesamtbevölkerung. Menschen mit und ohne Behinderung  
2443 leben häufig noch in zwei getrennten Welten. Das wollen  
2444 wir ändern.

2445 Die Europäische Union hat ebenfalls die UN-Konvention  
2446 über die Rechte von Menschen mit Behinderung  
2447 unterschrieben und ratifiziert. Sie hat sich damit  
2448 verpflichtet, die Konvention in ihren  
2449 Zuständigkeitsbereichen umzusetzen. Zudem soll sie die  
2450 Mitgliedstaaten bei der Umsetzung in den Bereichen  
2451 nationaler Zuständigkeit begleiten und unterstützen.



2452 Die CDU bekennt sich zur UN-Konvention und den dort  
2453 verankerten Rechten für Menschen mit Behinderung.  
2454 Deswegen setzen wir uns für eine Umsetzung der  
2455 „Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit  
2456 Behinderung 2010-2020“ sowie für ihre Weiterentwicklung  
2457 ein.

#### 2458 *Barrierefreiheit*

2459 Wir setzen uns dafür ein, dass in ganz Europa das  
2460 Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung eine  
2461 Selbstverständlichkeit wird. Eine wichtige Voraussetzung  
2462 hierfür ist die Schaffung von Barrierefreiheit auf allen  
2463 gesellschaftlichen Ebenen, im Wohnungs- und Straßenbau,  
2464 im Verkehr, in der Kommunikation, im Sport, in der Freizeit  
2465 und Kultur.

#### 2466 *Inklusive Bildung*

2467 Wir stehen für inklusive Bildung. Wir wollen, dass allen  
2468 Menschen die gleichen Möglichkeiten für eine lebenslange  
2469 und hochwertige Bildung, unter Berücksichtigung ihrer  
2470 individuellen Lernbedürfnisse, offenstehen.

#### 2471 *Chancen auf dem Arbeitsmarkt*

2472 Die CDU setzt sich dafür ein, dass Menschen mit  
2473 Behinderung mehr Chancen auf einen Arbeitsplatz haben.  
2474 Dies gilt insbesondere auch für Jugendliche mit  
2475 Behinderung. Wir brauchen ein größeres Angebot an  
2476 Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.

2477 Um unser Ziel einer inklusiven Gesellschaft zu erreichen,  
2478 soll die EU-Gesetzgebung in allen Politikbereichen die  
2479 Belange von Menschen mit Behinderung ausreichend  
2480 berücksichtigen. Dabei ist die Beteiligung von Menschen

2481 mit Behinderung als Experten in eigener Sache  
2482 sicherzustellen.

2483 **83.**

2484 **3.10 Ehrenamt und Bürgerbeteiligung – Teilhabe und**  
2485 **Verantwortung**

2486 Die Europäische Union ist ein wichtiger Bestandteil unserer  
2487 Lebenswirklichkeit, zu der auch das aktive Engagement der  
2488 Bürger gehört. Wir wollen daher, dass sich die Menschen  
2489 verstärkt auch als Europäer fühlen und sich mit der  
2490 Europäischen Union identifizieren.

2491 *Europäischer Freiwilligendienst*

2492 Wir werden daher die Projekte im Rahmen der  
2493 Begegnungskultur, des Jugendaustauschs,  
2494 Bürgerbegegnungen im Rahmen von  
2495 Städtepartnerschaften, Vernetzung von Partnerstädten und  
2496 Bürgerprojekte wie Bürgercafés oder Bürgergremien  
2497 fortführen und stärken. Wir unterstützen die  
2498 grenzüberschreitende Zusammenarbeit von  
2499 zivilgesellschaftlichen Organisationen wie  
2500 Forschungseinrichtungen, Vereinen, Verbänden,  
2501 Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen, kirchlichen und  
2502 karitativen Organisationen. Dabei setzen wir uns besonders  
2503 für den Ausbau der Europäischen Freiwilligendienste ein.

2504 *Politische Teilhabe und Bürgerbeteiligung*

2505 Wir setzen uns dafür ein, die Bürger aktiv an der Gestaltung  
2506 europäischer Politik zu beteiligen. Als Instrument für  
2507 politische Teilhabe liegt uns die Europäische  
2508 Bürgerinitiative besonders am Herzen. Damit können eine  
2509 Million EU-Bürger die Europäische Kommission auffordern,  
2510 sich mit einem Thema zu befassen oder eine  
2511 Gesetzesinitiative zu ergreifen.

2512 Die Bürger Europas wollen aktiv und unmittelbar an  
2513 Entscheidungen mitwirken, die ihr Lebensumfeld betreffen.  
2514 Im Interesse größerer Bürgernähe müssen alle  
2515 europäischen Entscheidungen für die Bürger  
2516 nachvollziehbar sein. Informationen müssen einfach,  
2517 verständlich und leicht zu finden sein. Wir setzen uns  
2518 deshalb dafür ein, Deutsch als meistgesprochene  
2519 Muttersprache in der Europäischen Union weiter zu stärken.  
2520 Unser Ziel ist, dass Deutsch in den EU-Behörden mit dem  
2521 Englischen und Französischen gleichbehandelt wird.

2522 **84.**

2523 **3.11 Kirchen und Religionsgemeinschaften – Glaube achten,  
2524 Werte leben**

2525 Wir wollen ein Europa, das sich zu seinen christlich-  
2526 abendländischen Wurzeln und den Ideen der Aufklärung  
2527 bekennt und aus ihnen lebt. Wir halten an unserem Ziel fest,  
2528 auf lange Sicht die im Grundgesetz betonte Verantwortung  
2529 vor Gott auch im EU-Vertrag deutlich zu machen.

2530 *Vermittler von Werten in Europa*

2531 Die Rolle der Kirchen in den europäischen  
2532 Entscheidungsprozessen wollen wir stärken. Wir wollen  
2533 uns dafür einsetzen, dass sie an den für sie relevanten  
2534 europäischen Gesetzgebungsprozessen besser beteiligt  
2535 werden, indem sie unter anderem bessere Informations-,  
2536 Vorschlags- und Anhörungsrechte erhalten. Ihre im Vertrag  
2537 vorgesehenen Rechte sollen in der Praxis besser  
2538 ausgestaltet werden.

2539 *Nationale Traditionen achten*

2540 Dabei bleibt es in der Zuständigkeit der einzelnen  
2541 Mitgliedstaaten, ihr eigenes Verhältnis zu ihren Kirchen und

2542 Religionsgemeinschaften frei zu gestalten. Es ist daher  
2543 darauf zu achten, dass europäisches Recht die  
2544 staatskirchenrechtlichen Verhältnisse in den  
2545 Mitgliedstaaten weder direkt noch indirekt verändert. Dies  
2546 gilt insbesondere für alle Fragen, die in den Mitgliedstaaten  
2547 der eigenen Ausgestaltung durch Kirchen und  
2548 Religionsgemeinschaften unterliegen.

2549 **85.**

### 2550 **3.12 Vertriebene und nationale Minderheiten – lebendige Vielfalt**

2551 Die CDU bekennt sich zum Schutz nationaler Minderheiten  
2552 in der Europäischen Union. Ihre Sprache und Kultur als  
2553 Ausdruck ihrer Identität sind eine Bereicherung für die  
2554 Kultur in Europa. Sie zu bewahren und zu fördern, ist auch  
2555 eine europäische Aufgabe. Insbesondere müssen nationale  
2556 Minderheiten in die Lage versetzt werden, in ihren  
2557 angestammten Heimat- und Siedlungsgebieten zu leben, zu  
2558 arbeiten sowie ihre Sprache und kulturellen Traditionen zu  
2559 pflegen, ohne diskriminiert zu werden.

#### 2560 *Die Heimatvertriebenen – Brücke zu unseren Nachbarn*

2561 Die deutschen Heimatvertriebenen, die deutschen  
2562 Aussiedler und Spätaussiedler sowie die deutschen  
2563 Volksgruppen in Mittel- und Osteuropa haben eine wichtige  
2564 Brückenfunktion bei der Zusammenarbeit Deutschlands mit  
2565 den östlichen Nachbarstaaten. Unsere Hilfen für die  
2566 deutschen Volksgruppen in Mittel- und Osteuropa werden  
2567 wir fortsetzen. Wir verpflichten uns weiterhin zur Förderung  
2568 der vier nationalen Minderheiten in Deutschland – Dänen,  
2569 Sorben, Friesen sowie deutsche Sinti und Roma – und der  
2570 deutschen Minderheit in Dänemark.

2571 *Recht auf die Heimat*  
2572 Die in der Europäischen Union geltende Freizügigkeit ist ein  
2573 Schritt hin zur Verwirklichung des Rechts auf die Heimat  
2574 auch der deutschen Vertriebenen – in einem Europa, in dem  
2575 die Völker und Volksgruppen einträchtig zusammenleben.  
2576 Auch die jüngere europäische Geschichte macht deutlich,  
2577 dass Vertreibungen jeder Art international geächtet und  
2578 verletzte Rechte anerkannt werden müssen.

2579 **86.**

#### 2580 **4. Europa: In Freiheit und Sicherheit leben**

2581 Die Menschen in Europa leben in Freiheit und Sicherheit.  
2582 Das ist mit Blick auf die Geschichte unseres Kontinents  
2583 keine Selbstverständlichkeit, sondern eine große  
2584 Errungenschaft. Den gemeinsamen Raum der Freiheit, der  
2585 Sicherheit und des Rechts in Europa wollen wir bewahren.

2586 Die offenen Grenzen in Europa verdanken wir der  
2587 erfolgreichen europäischen Einigung. Sie sind ein Gewinn  
2588 für uns alle. Diese Freiheit gilt es sowohl nach innen wie  
2589 nach außen zu schützen. Auch bei offenen Grenzen muss  
2590 die Sicherheit der Menschen in Europa gewährleistet sein.  
2591 Mit den Osterweiterungen der Europäischen Union sind die  
2592 Herausforderungen hierfür gewachsen.

#### 2593 **4.1 Grenzüberschreitende und Organisierte Kriminalität** 2594 **wirksam bekämpfen**

2595 Die innere Sicherheit in einem geeinten Europa wollen wir  
2596 weiter verbessern. Dafür werden wir die vertrauensvolle  
2597 Zusammenarbeit und den Austausch von Informationen  
2598 zwischen den Sicherheitsbehörden der EU-Mitgliedstaaten  
2599 weiter stärken. So wollen wir die volle Funktionsfähigkeit  
2600 des Schengen-Raumes sicherstellen.

2601 *Sicherheit im Schengen-Raum*

2602 Die entfallenen Grenzkontrollen im Schengen-Raum wollen  
2603 wir auch künftig durch Kontrollen ohne Anlass entlang der  
2604 deutschen Grenzen ausgleichen. Die Beschränkung der  
2605 europäischen Visumpolitik auf die Alternativen Visumpflicht  
2606 oder aber völliger Verzicht auf Kontrolle vor der Einreise ist  
2607 nicht mehr zeitgemäß. Deshalb setzen wir auf elektronische  
2608 Verfahren zur Reisegenehmigung, mit denen andere  
2609 Staaten bereits gute Erfahrungen gesammelt haben. Wir  
2610 wollen die Vorteile dieser Verfahren auch für die  
2611 Europäische Union nutzen und ein europäisches Ein- und  
2612 Ausreiseregister aufbauen; dabei muss der Datenschutz  
2613 besonders beachtet werden. Dies schafft einen  
2614 Sicherheitsausgleich für weitere Lockerungen bei der  
2615 Visumpflicht und visumfreies Reisen für  
2616 Drittstaatsangehörige. Die Aussetzung der Visumfreiheit in  
2617 besonderen Lagen muss weiterhin möglich sein.

2618 **87.**

2619 *Kampf gegen Kriminalität in Grenzregionen*

2620 Besondere Aufmerksamkeit verlangt der Kampf gegen  
2621 steigende Kriminalität in den grenznahen Regionen zu  
2622 Polen und Tschechien. Vor allem gegen Menschen- und  
2623 Drogenhandel sowie gegen Einbruchs- und Kfz-Diebstähle  
2624 werden wir konsequent vorgehen. Wir wollen für eine  
2625 angemessene Ausstattung der Polizeikräfte in den Gebieten  
2626 an den deutschen Grenzen sorgen. Zudem wollen wir die  
2627 Zusammenarbeit von Bundespolizei und der jeweiligen  
2628 Landespolizei in Grenznähe noch enger verzahnen. An die  
2629 Erfolge der grenzüberschreitenden polizeilichen  
2630 Zusammenarbeit wollen wir anknüpfen. Hierzu zählen  
2631 insbesondere die gemeinsam mit unseren europäischen  
2632 Nachbarn aufgebauten polizeilichen Zentren.

2633 *Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution*  
2634 Wir wollen Frauen vor Menschenhandel, Gewalt und  
2635 Zwangsprostitution besser schützen. Täter wollen wir  
2636 konsequenter bestrafen. Auch auf europäischer Ebene  
2637 muss das Hauptaugenmerk auf Regelungen liegen, die die  
2638 Strafverfolgung der Täter verstärken und den Opferschutz  
2639 betonen. Die CDU setzt sich für eine zügige Umsetzung der  
2640 EU-Strategie zur Beseitigung des Menschenhandels in  
2641 nationales Recht ein.

2642 *Zusammenarbeit von Justiz und Zoll*  
2643 Die Zusammenarbeit von Justiz und Zoll zwischen den EU-  
2644 Mitgliedstaaten sowie mit Drittländern wollen wir weiter  
2645 stärken. Dabei ist der Europäische Haftbefehl eines der  
2646 erfolgreichsten Werkzeuge, um die justizielle  
2647 Zusammenarbeit zu fördern. Mit einer wirksamen  
2648 Koordinierung von Fahndungen wollen wir die nachhaltige  
2649 Zerschlagung krimineller Netzwerke ermöglichen.  
2650 Besonders wichtig ist dabei die volle Anerkennung von  
2651 Beweismitteln, Urteilen und Einziehungsentscheidungen in  
2652 allen Mitgliedstaaten. Die CDU befürwortet zudem einen  
2653 Europäischen Untersuchungsbeschluss. Dieser würde es  
2654 einfacher machen, Informationen und Beweismittel  
2655 grenzüberschreitend zu beschaffen.

2656 **88.**

#### 2657 **4.2 Offene Grenzen im Innern – sichere Außengrenzen** 2658 **gewährleisten**

2659 Ein wirksamer Schutz der Außengrenzen ist ein Garant für  
2660 die Sicherheit in Europa. Mit der Abschaffung der  
2661 Binnengrenzen haben die Schengen-Staaten die Kontrollen  
2662 an den gemeinsamen Außengrenzen verstärkt. So erhöhen  
2663 sie die Sicherheit für die Menschen, die in der  
2664 Europäischen Union leben und reisen.

2665 An seinen Außengrenzen ist der Schengen-Raum jedoch  
2666 weiterhin durch illegale Zuwanderung, Menschen-, Waffen-  
2667 und Drogenhandel sowie den internationalen Terrorismus  
2668 bedroht. Für die Sicherung der Außengrenzen wollen wir  
2669 die erfolgreiche Arbeit der europäischen Agentur FRONTEX  
2670 weiter stärken. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union  
2671 müssen auch in Zukunft bei der Grenzverwaltung eng  
2672 zusammenarbeiten. Dies gilt ebenso für die  
2673 Zusammenarbeit mit den Grenz- und Zollbehörden von  
2674 Drittländern.

2675 **89.**

2676 **4.3 Gemeinsame Flüchtlings- und Asylpolitik –**  
2677 **Schutzbedürftigen helfen**

2678 Die schrecklichen Bilder der ertrinkenden Flüchtlinge vor  
2679 den Küsten Europas haben viele Menschen tief bewegt.  
2680 Wenn Boote im Mittelmeer kentern, dann ist es die erste  
2681 und oberste Pflicht, Menschenleben zu retten. Wir treten für  
2682 den Schutz politisch Verfolgter ein. Das entspricht unserem  
2683 Grundgesetz und unserer christlichen Überzeugung. Wer  
2684 politisch verfolgt wird und schutzbedürftig ist, muss auf  
2685 Deutschland und Europa vertrauen können.

2686 *Gemeinsames Europäisches Asylsystem*

2687 Wir haben die rechtlichen Grundlagen für einen Raum des  
2688 Flüchtlingsschutzes und der Solidarität in der  
2689 Europäischen Union geschaffen. Mit dem Gemeinsamen  
2690 Europäischen Asylsystem haben wir hohe Schutzstandards  
2691 für Flüchtlinge errichtet. Damit verfügt die Europäische  
2692 Union über ein Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht, das  
2693 weltweit zu den modernsten und weitreichendsten zählt.

2694 Das Dublin-Verfahren hat sich grundsätzlich bewährt.  
2695 Danach ist ein Asylgesuch in dem Mitgliedstaat zu stellen,



2696 in dem der Asylsuchende erstmals in die Europäische  
2697 Union gelangt ist. In der Praxis weist das Verfahren jedoch  
2698 Mängel auf. Insbesondere scheitert bei einer großen Zahl  
2699 der Fälle die Überstellung in den eigentlich zuständigen  
2700 Mitgliedstaat. Wir müssen weiterhin auf ein  
2701 funktionierendes Gemeinsames Asylsystem vertrauen.  
2702 Denn kein Mitgliedstaat kann die anstehenden Probleme  
2703 alleine lösen. Hierfür wollen wir die Umsetzung des  
2704 Gemeinsamen Asylsystems vorantreiben und die  
2705 praktische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten  
2706 verstärken. Wir werden darauf drängen, dass alle  
2707 Mitgliedstaaten die gemeinsamen Asylregelungen in der  
2708 Praxis tatsächlich anwenden. Für uns gilt weiterhin das  
2709 Prinzip: Einheitliches Schutzniveau und solidarische  
2710 Lastenteilung.

2711 Bosnien und Herzegowina, Mazedonien sowie Serbien  
2712 haben eine Perspektive als EU-Mitglieder und müssen  
2713 insofern künftig als sichere Herkunftsstaaten gelten.  
2714 Dadurch können aussichtslose Asylanträge von  
2715 Angehörigen dieser Staaten schneller bearbeitet und ihr  
2716 Aufenthalt in Deutschland schneller beendet werden. Wir  
2717 wollen uns gegenüber den Regierungen dieser Staaten und  
2718 der Europäischen Kommission dafür einsetzen, dass  
2719 nachhaltige Maßnahmen zur Verbesserung der  
2720 Lebenssituation der Menschen vor Ort ergriffen werden.

2721 **90.**

2722 *Achtung menschenrechtlicher und humanitärer Standards*  
2723 Nach wie vor nimmt Deutschland einen großen Teil der  
2724 Flüchtlinge auf, die nach Europa kommen, und setzt bei der  
2725 Flüchtlingshilfe Maßstäbe. Gleichzeitig sind die Staaten an  
2726 den Außengrenzen der Europäischen Union mit einer  
2727 zunehmenden Zahl von Flüchtlingen belastet. Beim Schutz

2728 der Außengrenzen treten wir für die konsequente  
2729 Einhaltung menschenrechtlicher und humanitärer  
2730 Standards ein. Die Grenzüberwachung müssen wir  
2731 verstärken, damit wir ein besseres Lagebild über die  
2732 Situation auf See erzielen können. So kann Flüchtlingen in  
2733 Seenot schneller geholfen werden. Der Grundsatz der  
2734 Nichtzurückweisung und die Pflicht zur Seenotrettung  
2735 müssen uneingeschränkt anerkannt und umfassend  
2736 geachtet werden.

### 2737 *Hilfe für Flüchtlinge*

2738 Wir sind solidarisch mit Drittländern in Krisenregionen, die  
2739 die größte Verantwortung für Flüchtlinge tragen. Wir  
2740 werden auch weiterhin das Flüchtlingshilfswerk der  
2741 Vereinten Nationen nach Kräften unterstützen. Auch in  
2742 Zukunft werden wir Flüchtlingen helfen. Dabei setzen wir  
2743 uns auch für neue Formen des Schutzes ein. Dazu zählt die  
2744 Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten, wenn ihnen  
2745 eine baldige Rückkehr in ihr Herkunftsland nicht möglich  
2746 ist. Oder wenn sie nicht dauerhaft in das Land eingegliedert  
2747 werden können, das sie zuerst aufgenommen hat. Dabei  
2748 bauen wir weiterhin auf die vertrauensvolle  
2749 Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshochkommissar der  
2750 Vereinten Nationen. Das gilt auch für die Hilfe für  
2751 Flüchtlinge weltweit.

2752 Unser Ziel muss sein, dass sich Flüchtlinge gar nicht erst in  
2753 eine lebensbedrohliche Situation begeben. Eine nachhaltige  
2754 Asylpolitik setzt daher bei den Fluchtursachen an. Die  
2755 Europäische Union muss sich dafür einsetzen, dass sich  
2756 die Lebenssituation in den Herkunftsländern der  
2757 Flüchtlinge anhaltend verbessert.

2758 *Strategie zur Rückführung*  
2759 Zur konsequenten Rückführung nicht schutzbedürftiger  
2760 Menschen werden wir eine abgestimmte Strategie  
2761 entwickeln. Hierdurch sollen Zuwanderungs-, Außen- und  
2762 Entwicklungspolitik besser ineinander greifen. Dies schließt  
2763 die Rückkehrförderung und Identitätsklärung mit ein.

2764 Die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitstaaten  
2765 in Afrika muss besser werden. Das gilt für den Kampf  
2766 gegen Schleuserkriminalität und illegale Zuwanderung, die  
2767 Steuerung legaler Zuwanderung und den Flüchtlingsschutz.  
2768 Dazu sollte die Europäische Union mit diesen Staaten  
2769 Partnerschaften aufbauen und sie bei der Entwicklung  
2770 eigener Asylsysteme unterstützen.

2771 **91.**

2772 **4.4 Verantwortungsbewusste Datenpolitik – Privatsphäre**  
2773 **schützen**

2774 Deutschland und Europa brauchen eine  
2775 verantwortungsbewusste Datenpolitik. Sie soll die  
2776 Menschen in ihrer Privatsphäre schützen. Das Internet zeigt  
2777 besonders deutlich, dass der technologische Fortschritt  
2778 das bestehende rechtliche Rahmenwerk vor immer neue  
2779 Herausforderungen stellt. Die Rechtsentwicklung muss mit  
2780 der technologischen Entwicklung Schritt halten.

2781 Auch in der digitalen Welt gilt es, ein besseres  
2782 Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit  
2783 herzustellen. Im Netz muss sich jedermann frei und sicher  
2784 bewegen können. Datenmissbrauch untergräbt jedoch das  
2785 Vertrauen in das Netz. Daher werden wir unser besonderes  
2786 Augenmerk auf die Sicherheit und die Privatsphäre des  
2787 Einzelnen legen. Unser Ziel lautet: Überall dort, wo  
2788 personenbezogene Daten verarbeitet werden, muss auch

2789 europäisches Recht gelten. Doch wir wissen auch: Kein  
2790 Datenschutzrecht kann den Einzelnen von seiner eigenen  
2791 Verantwortung für seine Daten freisprechen. Deshalb  
2792 setzen wir uns für konkrete Hilfen und Aufklärung im Alltag  
2793 ein, um digitale Persönlichkeitsrechte wirksam zu schützen.  
2794 Maßnahmen des Datenschutzes und der Daten- bzw. IT-  
2795 Sicherheit müssen dabei ineinander greifen.

2796 **92.**

2797 *Reform des europäischen Datenschutzrechts*

2798 Das europäische Datenschutzrecht wollen wir  
2799 durchgreifend reformieren, damit sich jeder in der  
2800 Europäischen Union auf ein einheitliches und hohes  
2801 Datenschutzniveau verlassen kann. Die strengen deutschen  
2802 Schutzstandards wollen wir dabei erhalten und an die  
2803 Herausforderungen der digitalen Gesellschaft anpassen.

2804 *Vertrauen in den Datenschutz wiederherstellen*

2805 Wirksamer Datenschutz umfasst auch den Schutz vor dem  
2806 Ausspähen durch fremde Nachrichtendienste. Angesichts  
2807 der bekannt gewordenen Spionagepraktiken müssen wir  
2808 verloren gegangenes Vertrauen in den Schutz  
2809 personenbezogener Daten zurückgewinnen. Zu diesem  
2810 Zweck wollen wir gemeinsame Standards für die  
2811 Zusammenarbeit der Nachrichtendienste der EU-  
2812 Mitgliedstaaten erreichen. Wir fordern des Weiteren die  
2813 rasche Einführung einer Meldepflicht für Unternehmen, die  
2814 Daten ihrer Kunden ohne deren Einwilligung an Behörden  
2815 in Drittstaaten übermitteln. Wir brauchen eine bessere  
2816 Durchsetzung europäischer Datenschutzstandards  
2817 gegenüber Anbietern aus Drittstaaten. Wir wollen zudem  
2818 gemeinsame neue transatlantische Datenschutzstandards  
2819 vereinbaren, um personenbezogene Daten bei ihrer  
2820 Übermittlung von Europa in die USA besser zu schützen.

2821 Deshalb ist es auch der richtige Weg, das sogenannte Safe-  
2822 Harbor-Modell neu zu verhandeln und damit eine bessere  
2823 rechtliche Grundlage zu schaffen.

2824 **93.**

2825 *Speicherung von Verbindungsdaten zur Kriminalitäts- und*  
2826 *Terrorismusbekämpfung*

2827 Persönliche Kommunikationsdaten müssen geschützt sein.  
2828 Zugleich müssen wir jedoch in einem rechtlich festgelegten  
2829 Rahmen Daten für die Bekämpfung von Kriminalität und  
2830 Terrorismus nutzen dürfen. Angemessene Speicherfristen  
2831 für Verbindungsdaten sind dafür notwendig. So können  
2832 Ermittler ausschließlich nach Genehmigung durch einen  
2833 Richter auf diese Daten zugreifen, um schwerere Straftaten  
2834 zu verfolgen. Auch um akute Gefahren für Leib und Leben  
2835 abzuwehren, muss ein Zugriff möglich sein. Wir werden  
2836 daher die entsprechende EU-Richtlinie umsetzen. Auf  
2837 europäischer Ebene werden wir darauf hinwirken, dass die  
2838 Speicherfrist auf drei Monate verkürzt wird.

2839 **94.**

2840 **4.5 Netzsicherheit erhöhen – Freiheit in einem sicheren Netz**

2841 Kriminalität verlagert sich im digitalen Zeitalter immer mehr  
2842 in das Netz: Vom Datendiebstahl über den Online-Betrug  
2843 bis hin zur Industriespionage. Datenschutz und Sicherheit  
2844 im Netz sind zwei Seiten derselben Medaille.

2845 *Vertrauen in die Datensicherheit wiederherstellen*

2846 Da wir wissen, dass die fortschreitende Digitalisierung für  
2847 die Zukunft Europas immer bedeutsamer wird, gilt es auch,  
2848 eigene europäische Kompetenzen auf dem Feld der IT-  
2849 Sicherheit zu entwickeln und auszubauen. Insbesondere bei  
2850 der Entwicklung von Hard- und Software müssen wir mehr  
2851 „technologische Souveränität“ erlangen, um unabhängiger

2852 von Ländern außerhalb Europas zu werden. Auch setzen  
2853 wir uns dafür ein, die europäischen  
2854 Kommunikationsverbindungen gegen  
2855 Massenausspähungen besser zu sichern. Hierzu treten wir  
2856 für ein europäisches Routingsystem, die europäische  
2857 Verarbeitung von Verbindungsdaten sowie den Einsatz von  
2858 Verschlüsselungstechnologie ein.

2859 *Für eine europäische Strategie zur IT-Sicherheit*  
2860 Deutschland hat bereits eine IT-Sicherheitsstrategie. Sie ist  
2861 eine gute Grundlage, um Sicherheit auf einem  
2862 angemessenen Niveau zu gewährleisten, ohne die Chancen  
2863 des Internets zu beeinträchtigen. Jedoch macht  
2864 Internetkriminalität nicht an Ländergrenzen Halt. Um die  
2865 Freiheit im Netz zu schützen und Sicherheit zu  
2866 gewährleisten, wollen wir die IT-Infrastruktur europaweit  
2867 widerstandsfähiger gestalten. Dazu treten wir für eine  
2868 europäische Strategie zur Netzsicherheit ein.

2869 **95.**  
2870 *Schutz der Wirtschaft vor Spionage*  
2871 In der globalisierten Wirtschaft steigt die Verwundbarkeit  
2872 durch Attacken aus dem Internet sowie durch Spähangriffe  
2873 fremder Nachrichtendienste und internationaler Konkurrenz  
2874 rasant an. Wichtige Forschungs- und  
2875 Entwicklungsergebnisse werden so ausgespäht. Die  
2876 Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen  
2877 Wirtschaft wird schwer geschädigt; insbesondere kleine  
2878 und mittelständische Unternehmen im gemeinsamen  
2879 Binnenmarkt sind häufig nur unzureichend geschützt.  
2880 Gegen solche Angriffe wollen wir Deutschland und Europa  
2881 besser schützen. Hierfür kommt es auch auf europäischer  
2882 Ebene auf ein eng verzahntes Vorgehen aller Akteure in  
2883 Staat, Wirtschaft und Forschung an. Zu diesem Zweck

2884 brauchen wir eine stärkere Zusammenarbeit sowie einen  
2885 besseren Austausch von Fachwissen und Informationen.

#### 2886 *Schutz kritischer Infrastrukturen*

2887 Wir werden Wasser, Strom, Telekommunikationsnetze und  
2888 andere sogenannte kritische Infrastrukturen vor Angriffen  
2889 aus dem Internet besser schützen. Mit einem IT-  
2890 Sicherheitsgesetz werden für alle kritischen Infrastrukturen  
2891 in Deutschland einheitliche und hohe Anforderungen bei  
2892 der Sicherheit festgelegt. Erhebliche IT-Sicherheitsvorfälle  
2893 müssen künftig gemeldet werden. Im Rahmen einer  
2894 europäischen Sicherheitsstrategie wollen wir  
2895 entsprechende Regelungen auch europaweit verankern.

#### 2896 *Förderung von Forschung und innovativen Projekten*

2897 Sicherheit im Netz ist auch ein entscheidender  
2898 Standortfaktor der Zukunft – für Deutschland ebenso wie  
2899 für den europäischen Raum. Je umfassender der Schutz in  
2900 Europa beschaffen ist, desto lohnenswerter werden  
2901 Investitionen in den Wirtschaftsstandort Europa. Deshalb  
2902 werden wir die Forschung auf diesem Feld weiter  
2903 vorantreiben und innovative Projekte fördern. Immer mehr  
2904 Unternehmen entwickeln neuartige Sicherheitslösungen.  
2905 Diese Initiativen müssen gestärkt werden. Durch die  
2906 richtigen Anreize wollen wir Deutschland zum Marktführer  
2907 für Sicherheitslösungen im Netz entwickeln und zugleich  
2908 die Netzsicherheit in Europa erhöhen.

2909 **96.**

2910 **5. Europas Verantwortung in der Welt**

2911 Die Europäische Union tritt für Frieden, Freiheit und  
2912 Wohlstand, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die  
2913 Achtung der Menschenrechte ein – in Europa selbst und in  
2914 der Welt. Nur gemeinsam können wir erfolgreich unsere  
2915 Werte und Interessen in der Welt verteidigen und  
2916 durchsetzen.

2917 **5.1 Europäische Außen- und Sicherheitspolitik –**  
2918 **weltweit für Frieden und Menschenrechte**

2919 Die Zukunft Deutschlands und Europas ist mit den  
2920 politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen  
2921 Entwicklungen in der Welt eng verbunden. Die  
2922 internationale Sicherheit, der Klimaschutz, wirtschaftliche  
2923 Stabilität oder sichere, saubere und bezahlbare  
2924 Energieversorgung bestimmen immer stärker die  
2925 internationale Tagesordnung. Die Globalisierung können  
2926 wir Europäer nur dann maßgeblich mitgestalten, wenn wir  
2927 eine starke und handlungsfähige Europäische Union haben.  
2928 Dafür müssen wir gemeinsam Lösungen erarbeiten und mit  
2929 einer Stimme sprechen. Nur so können wir weltweit  
2930 entschlossen für Frieden, Freiheit und Wohlstand eintreten.

2931 *Europas Außenhandeln stärken*

2932 Wir setzen uns dafür ein, dass der Hohe Beauftragte für die  
2933 Außen- und Sicherheitspolitik weiterhin als Vizepräsident in  
2934 der Europäischen Kommission verankert bleibt. Wir wollen  
2935 dieses Amt weiter stärken, damit die Europäische Union  
2936 geschlossener und wirksamer in der Welt auftreten und  
2937 handeln kann. Die Fähigkeiten des Europäischen  
2938 Auswärtigen Dienstes (EAD) für ein vorbeugendes  
2939 Krisenmanagement und für eine schnelle Krisenreaktion  
2940 müssen verbessert werden. Handels- und Außenpolitik



2941 sowie Entwicklungszusammenarbeit müssen zwischen  
2942 Europäischer Kommission und EAD noch besser verknüpft  
2943 und abgestimmt werden.

2944 **97.**

2945 *Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik*

2946 Wir wollen die Gemeinsame Sicherheits- und  
2947 Verteidigungspolitik (GSVP) zu einer gemeinsamen  
2948 Verteidigung der Europäischen Union ausbauen. Hierbei  
2949 setzen wir auch auf das Konzept der  
2950 Anlehnungspartnerschaft. Dabei können sich  
2951 Nachbarländer an die militärischen Fähigkeiten der  
2952 größeren Mitgliedstaaten der Europäischen Union  
2953 ankoppeln. Entscheidend ist, dass diese Form der  
2954 Zusammenarbeit zugleich der gemeinsamen Sicherheit und  
2955 dem Aufbau einer gemeinsamen Verteidigung dient.  
2956 Langfristig streben wir eine europäische Armee an.

2957 So wollen wir die militärischen Fähigkeiten der  
2958 Europäischen Union stärken und dabei zugleich eng mit der  
2959 NATO zusammenarbeiten. Wir setzen uns dafür ein, die  
2960 bestehenden Initiativen für ein Zusammenlegen und das  
2961 gemeinsame Nutzen militärischer Kapazitäten (Pooling und  
2962 Sharing) möglichst eng aufeinander abzustimmen und  
2963 auszubauen. Dies gilt auch mit Blick auf eine stärkere  
2964 Aufgabenteilung. Hierbei messen wir der Zusammenarbeit  
2965 Deutschlands mit Frankreich und Polen eine besondere  
2966 Rolle zu. Wir wollen alle interessierten Partner nach der  
2967 Möglichkeit einer sogenannten „Permanenten  
2968 Strukturierten Zusammenarbeit“ daran beteiligen.

2969 Zusammen mit kooperationswilligen EU-Partnern wollen wir  
2970 ein Konzept für eine gemeinsame Verteidigungsplanung  
2971 entwickeln. Wir streben verstärkt gemeinsame

2972 Rüstungsprojekte und die Entwicklung gemeinsamer  
2973 Fähigkeiten an. Wir setzen uns weiter für eine Angleichung  
2974 der Richtlinien für Rüstungsexporte innerhalb der  
2975 Europäischen Union ein.

2976 **98.**

2977 *Europäische Union und NATO – gemeinsam stärker*  
2978 Europa ist eine Friedensmacht. Die Verleihung des  
2979 Friedensnobelpreises steht symbolisch hierfür. In der GSVP  
2980 bringt die Europäische Union ihre besonderen Fähigkeiten  
2981 in der Diplomatie, bei der zivilen Krisenprävention und in  
2982 der Krisennachsorge ein. Durch einen vernetzten Ansatz  
2983 unter Einbeziehung der militärischen Stärke der NATO  
2984 schärft sie das Bewusstsein dafür, dass Konflikte nie allein  
2985 militärisch zu lösen sind. Es ist eine umfassende Strategie  
2986 unter Einbeziehung politischer und ziviler Mittel  
2987 erforderlich. Die Europäische Union und ihre  
2988 Mitgliedstaaten können insbesondere wertvolle Hilfe beim  
2989 Aufbau einer leistungsfähigen Polizei und Justiz leisten.

2990 Wir wollen, dass gemeinsame europäische Einsätze zur  
2991 Wahrung und Stärkung der Sicherheit Europas vorrangig in  
2992 unserer Nachbarschaft durchgeführt werden. Einsätze  
2993 jenseits dieser Nachbarschaft sollten vermehrt regionalen  
2994 Partnern und Organisationen in anderen Weltregionen  
2995 übertragen werden.

2996 **99.**

2997 *Transatlantische Partnerschaft*  
2998 Die transatlantische Partnerschaft gründet auf einem  
2999 Fundament gemeinsamer Werte. Auch im 21. Jahrhundert  
3000 gibt es keine besseren Partner füreinander als Nordamerika  
3001 und Europa. Diese Partnerschaft ist deshalb auch heute der  
3002 Schlüssel zu mehr Freiheit, Sicherheit und Wohlstand in der

3003 Welt. Deshalb werden wir sie weiter festigen und stärken.  
3004 Für mehr Wachstum und Arbeitsplätze auf beiden Seiten  
3005 des Atlantiks werden wir Handelshemmnisse im Rahmen  
3006 einer transatlantischen Handels- und  
3007 Investitionspartnerschaft abbauen. In Zukunft kommt es  
3008 darauf an, die Kooperation zwischen der EU und der NATO  
3009 zu stärken. Bestehende Blockaden bei der Zusammenarbeit  
3010 müssen überwunden werden.

#### 3011 *Partnerschaft mit Russland*

3012 Wir streben ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis zu  
3013 einem politisch und wirtschaftlich modernen Russland an.  
3014 Die Tiefe und Breite der Beziehungen hängt wesentlich  
3015 davon ab, in wieweit Russland seine internationalen  
3016 Verpflichtungen erfüllt und vereinbarte demokratische und  
3017 rechtsstaatliche Standards einhält. Wir wollen die Kontakte  
3018 zu Vertretern der neuen russischen Mittelschicht und  
3019 Zivilgesellschaft verbreitern und die  
3020 zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit fördern. Wir  
3021 verfolgen auch weiterhin das Ziel eines neuen  
3022 Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen  
3023 Union und Russland. Zudem setzen wir auf den Ausbau der  
3024 Ostseezusammenarbeit sowie eine stärkere  
3025 Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik.  
3026 Russlands Versuche, Staaten der gemeinsamen  
3027 Nachbarschaft unter Druck zu setzen, weisen wir zurück.

#### 3028 *Zusammenarbeit mit den Schwellenländern ausbauen*

3029 Der Aufbau einer friedlichen und fairen Weltordnung im 21.  
3030 Jahrhundert und die Lösung globaler Probleme erfordern,  
3031 dass wir noch enger mit den großen Schwellenländern  
3032 zusammenarbeiten. Deshalb wollen wir Länder wie  
3033 Brasilien, China, Indien, Mexiko, Nigeria oder Südafrika  
3034 noch stärker einbinden. Ein Beispiel ist die Gruppe der

3035 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G 20). Wir  
3036 wollen die Beziehungen zu Regionalorganisationen wie  
3037 ASEAN, MERCOSUR, Afrikanischen Union oder ECOWAS  
3038 ausbauen. Außerdem ist ein reger Wirtschaftsaustausch mit  
3039 den dynamisch wachsenden Ländern für sichere und  
3040 wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in Deutschland und  
3041 Europa von großer Bedeutung.

3042 **100.**

3043 *Vereinte Nationen – Handlungsfähigkeit im Blick*

3044 Wir setzen uns dafür ein, dass die Vereinten Nationen  
3045 handlungsfähiger und stärker werden. Hierfür bedarf es  
3046 auch innerer Reformen. Bei einer Reform des  
3047 Sicherheitsrats befürworten wir einen ständigen Sitz für die  
3048 Europäische Union. Auf dem Weg dorthin ist Deutschland  
3049 bereit, mit der Übernahme eines ständigen  
3050 Sicherheitsratssitzes mehr Verantwortung zu übernehmen.

3051 *Menschenrechte – im Fokus*

3052 Menschenrechte sind universell, unteilbar und  
3053 unveräußerlich. Sie sind Ausdruck der unantastbaren  
3054 Würde des Menschen. Auf dieser Grundüberzeugung fußt  
3055 unser politisches Handeln in Deutschland, in Europa und in  
3056 der Welt. Das intensive Bemühen für die Umsetzung und  
3057 die Wahrung der Menschenrechte beruht auch auf unserem  
3058 christlichen Bild vom Menschen. Es muss weiter  
3059 wesentlicher Teil einer wertegeleiteten europäischen  
3060 Außenpolitik sein.

3061 Der Einsatz für die Abschaffung der Todesstrafe sowie das  
3062 Verbot von Folter weltweit müssen in den europäischen  
3063 Außenbeziehungen mit Nachdruck verfolgt werden. Wir  
3064 wollen die Religionsfreiheit als universelles Menschenrecht  
3065 weltweit voranbringen und die Lage der christlichen

3066 Minderheiten verbessern. Wir wenden uns entschieden  
3067 gegen jede Form des Antisemitismus. Gleichzeitig ist  
3068 unsere Solidarität mit allen diskriminierten religiösen und  
3069 ethnischen Minderheiten selbstverständlich. Der  
3070 Bekämpfung von Menschenhandel, Zwangsprostitution,  
3071 Zwangsverheiratung und des Organhandels gilt weiterhin  
3072 unser Engagement in Europa und der Welt. Wir treten  
3073 weltweit für die Anerkennung der Presse-, Meinungs- und  
3074 Versammlungsfreiheit ein.

3075 **101.**

3076 **5.2 Festigung vor Erweiterung – Europas Zusammenhalt**  
3077 **stärken**

3078 Die bisherigen EU-Erweiterungen haben die Zone der  
3079 Stabilität und des Friedens in Europa größer gemacht. Sie  
3080 haben Deutschland politischen und wirtschaftlichen Nutzen  
3081 insgesamt gebracht. In den letzten 20 Jahren hat sich die  
3082 Zahl der EU-Mitgliedstaaten von 12 auf 28 erhöht. Das hohe  
3083 Tempo der Erweiterung war notwendig, ist aber zugleich  
3084 eine große Belastung für die Entscheidungs- und  
3085 Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Gerade  
3086 angesichts der noch nicht überwundenen Wirtschafts- und  
3087 Finanzkrise muss daher in den nächsten Jahren die  
3088 Festigung der Europäischen Union Vorrang vor weiteren  
3089 Erweiterungen haben. Allerdings muss die Europäische  
3090 Union grundsätzlich dennoch für europäische Staaten offen  
3091 bleiben.

3092 *Beitrittskriterien ohne Abstriche durchsetzen*

3093 Wir wollen, dass die laufenden Beitrittsverhandlungen  
3094 fortgesetzt werden. Dabei werden wir sorgfältig darauf  
3095 achten, dass Kandidaten für den Beitritt zur Europäischen  
3096 Union alle politischen und wirtschaftlichen Kriterien voll  
3097 erfüllen. Das ist die Voraussetzung für den Abschluss der

3098 Beitrittsverhandlungen. Die Länder müssen insbesondere  
3099 die EU-Standards in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit,  
3100 Gewaltenteilung, Menschenrechte wie Meinungs- und  
3101 Religionsfreiheit in die Praxis umgesetzt haben. Gleiches  
3102 gilt für Volksgruppen- und Minderheitenrechte.  
3103 Entscheidend sind zum einen die Beitrittsfähigkeit der  
3104 Kandidaten und zum anderen die Aufnahmefähigkeit der  
3105 Europäischen Union.

#### 3106 *Westlicher Balkan*

3107 Wir stehen zur Beitrittsperspektive der Staaten des  
3108 westlichen Balkans zur Europäischen Union. Allerdings  
3109 muss auch hier jeder Beitrittskandidat die Kriterien erfüllen.  
3110 Der Beitrittsprozess bietet die Chance, bestehende  
3111 Minderheiten- und Nachbarschaftskonflikte in der Region  
3112 beizulegen. Zudem müssen die Staaten des westlichen  
3113 Balkans ihre Probleme im Bereich der Rechtsstaatlichkeit  
3114 und Korruption erfolgreich lösen.

#### 3115 **102.**

#### 3116 *Türkei*

3117 Wir sehen die strategische und wirtschaftliche Bedeutung  
3118 der Türkei für Europa. Ebenso sehen wir die gewachsenen,  
3119 vielfältigen Beziehungen zwischen den Menschen in der  
3120 Europäischen Union und in der Türkei. Vor allem die  
3121 türkeistämmige Bevölkerung in Deutschland stellt eine  
3122 wichtige Brücke zwischen unseren Ländern dar. Wir wollen  
3123 daher eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen der  
3124 Europäischen Union und der Türkei sowie eine strategische  
3125 Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen  
3126 Fragen. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei lehnen wir aber  
3127 ab, weil sie die Voraussetzung für einen EU-Beitritt nicht  
3128 erfüllt. Angesichts der Größe des Landes und seiner

3129 Wirtschaftsstruktur wäre zudem die Europäische Union  
3130 überfordert.

3131 **103.**

3132 **5.3 Europäische Nachbarschaftspolitik –**  
3133 **für Demokratie, Stabilität und Wohlstand**

3134 *Lebendige östliche Nachbarschaft*

3135 Eine demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung in  
3136 der östlichen Nachbarschaft –hierzu zählen Armenien,  
3137 Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und die Ukraine  
3138 – ist für Deutschland und die Europäische Union von  
3139 zentralem Interesse. Wir wollen weiter die demokratische,  
3140 rechtsstaatliche, wirtschaftliche, soziale und ökologische  
3141 Entwicklung dieser Staaten fördern. Assoziierungs-,  
3142 Freihandels- und Visaerleichterungs-Abkommen bleiben die  
3143 besten Instrumente für eine Annäherung dieser Staaten an  
3144 die Europäische Union. Wir freuen uns, dass Georgien und  
3145 die Republik Moldau die Assoziierungsabkommen bereits  
3146 unterzeichnet haben.

3147 Wir beobachten seit mehreren Jahren mit großer Sorge,  
3148 dass in Ländern der östlichen Nachbarschaft wie  
3149 Aserbaidschan, Belarus und der Ukraine wichtige  
3150 Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und der  
3151 Menschenrechte verletzt werden. Auch diese Länder sollen  
3152 einen Platz im Europäischen Haus gemeinsamer Werte  
3153 einnehmen können. In diesem Bestreben wollen wir deren  
3154 demokratische Entwicklung fördern. Daher unterstützen wir  
3155 die demokratischen und proeuropäischen politischen  
3156 Kräfte in der Ukraine. Die Ukraine hat durch das  
3157 ausgehandelte Assoziierungsabkommen eine klare  
3158 europäische Perspektive. Dabei wollen wir, dass die  
3159 Ukraine gute und enge Beziehungen zur Europäischen

3160 Union und zu Russland pflegen kann. Die Ukraine kann  
3161 dann auch eine wichtige Brückenfunktion zwischen der  
3162 Europäischen Union und Russland einnehmen.

3163 **104.**

3164 *Nachbarn am Mittelmeer*

3165 Die Nachbarländer Europas an der südlichen und östlichen  
3166 Küste des Mittelmeers sind von großer Bedeutung für die  
3167 EU. Dies gilt vor allem für die innere und äußere Sicherheit  
3168 der Europäischen Union, unsere Energieversorgung und  
3169 die Bekämpfung illegaler Zuwanderung. Eine demokratisch  
3170 verfasste und stabile europäische Nachbarschaft in  
3171 Nordafrika und der arabischen Welt, die den Menschen gute  
3172 Lebenschancen vor Ort eröffnet, ist in unserem Interesse.  
3173 Die Europäische Union muss deshalb die nachhaltige  
3174 Entwicklung reformbereiter Länder weiter tatkräftig  
3175 unterstützen.

3176 *Naher und Mittlerer Osten*

3177 Deutschland und Europa haben ein hohes Interesse an  
3178 Frieden und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten. Wir  
3179 unterstützen das Ziel einer Zweistaaten-Lösung. Dazu  
3180 gehören ein jüdischer demokratischer Staat Israel in  
3181 anerkannten und dauerhaft sicheren Grenzen sowie ein  
3182 lebensfähiger palästinensischer Staat, die in friedlicher  
3183 Nachbarschaft leben.

3184 *Syrien*

3185 Ein dauerhafter Frieden in Syrien wird nur möglich sein,  
3186 wenn alle Konfliktparteien zu Verhandlungen bereit sind.  
3187 Sollte das syrische Regime nicht ausreichend kooperieren,  
3188 werden wir auf weitere Sanktionen der Europäischen Union  
3189 und auf harte Konsequenzen im Sicherheitsrat der  
3190 Vereinten Nationen dringen. Wir werden uns gemeinsam



3191 mit dem Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen  
3192 gegenüber anderen EU-Mitgliedstaaten nachdrücklich für  
3193 eine gemeinsame europäische Initiative zur Aufnahme  
3194 syrischer Flüchtlinge einsetzen.

#### 3195 *Nachbarkontinent Afrika*

3196 Wir wollen dazu beitragen, dass die Staaten unseres  
3197 Nachbarkontinents Afrika ihre Probleme selbst lösen  
3198 können. Zu den vorrangigen Zielen unseres Engagements  
3199 gehören die Bekämpfung von Armut, der Schutz der  
3200 natürlichen Lebensgrundlagen und die Förderung von  
3201 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Zudem setzen wir auf  
3202 eine Politik zur Stabilisierung und Wiederaufbau von  
3203 schwachen oder gescheiterten Staaten.

3204 **105.**

#### 3205 **5.4 Nachhaltige Entwicklung – globale Gerechtigkeit**

3206 Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind die  
3207 weltweit mit großem Abstand wichtigsten Geber von  
3208 Entwicklungsleistungen. Die gemeinschaftliche  
3209 europäische Entwicklungspolitik muss sich weiterhin von  
3210 einer wertorientierten Interessenpolitik leiten lassen.

#### 3211 *Werte und Interessen*

3212 Wir wollen Demokratie und Menschenrechte, das friedliche  
3213 Zusammenleben und die nachhaltige Schaffung von  
3214 Wohlstand in den Mittelpunkt stellen. Wir orientieren uns an  
3215 den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, der Bewahrung  
3216 der Schöpfung und weltweit fairen Handelschancen für alle.  
3217 Unser Ansatz in der europäischen  
3218 Entwicklungszusammenarbeit ist dabei Hilfe zur Selbsthilfe.  
3219 Die Entwicklungsländer müssen ihr Handeln und ihre  
3220 Regierungsführung darauf ausrichten. Die Regierungen in  
3221 unseren Partnerländern müssen sich auch daran messen

3222 lassen, ob sie Rahmenbedingungen schaffen, die  
3223 Entwicklung begünstigen.

3224 Wir treten dafür ein, dass sich die europäische  
3225 Entwicklungspolitik für eine armutsorientierte Folgeagenda  
3226 nachhaltiger Entwicklungsziele einsetzt, die die bisherigen  
3227 Millenniumsentwicklungsziele aufgreift und vertieft. Wir  
3228 wollen weltweit geltende, konkrete und nachhaltige  
3229 Entwicklungsziele vereinbaren.

3230 **106.**

3231 *Europäische und nationale Entwicklungspolitik abstimmen*

3232 Um die Wirksamkeit der europäischen Entwicklungspolitik  
3233 zu stärken, wollen wir sie so ausgestalten, dass sie sich  
3234 bestmöglich mit den Entwicklungspolitiken der  
3235 Mitgliedstaaten ergänzt. Vor allem soll sie nur da zum  
3236 Einsatz kommen, wo die Europäische Union als  
3237 übergeordnete politische Einheit bessere Problemlösungen  
3238 anbieten kann. Das bedeutet auch, dass die Europäische  
3239 Union keine eigenen Organisationen aufbauen soll, die  
3240 selbst Entwicklungsprojekte durchführen.

3241 Zugleich wollen wir die Arbeitsteilung verbessern: Sowohl  
3242 zwischen der gemeinschaftlichen Ebene und den  
3243 Mitgliedstaaten als auch unter den Mitgliedstaaten selbst.  
3244 So erreichen wir bessere Ergebnisse. Wir wollen auch das  
3245 Zusammenspiel der verschiedenen Politikfelder der  
3246 Europäischen Union stärken. Insbesondere wollen wir die  
3247 europäische Entwicklungs- und Nachbarschaftspolitik  
3248 besser aufeinander abstimmen.

3249 Die verschiedenen Finanzierungsquellen der  
3250 gemeinschaftlichen europäischen Entwicklungspolitik  
3251 wollen wir stärker aufeinander abstimmen und besser

3252 miteinander verzahnen. Den Europäischen  
3253 Entwicklungsfonds wollen wir deshalb in den Haushalt der  
3254 Europäischen Kommission überführen.